



**Sechster Besuch der
Internationalen Zivilen
Menschenrechts-
Beobachtungs-
Kommission
(CCIODH)**

30. Januar bis 20. Februar 2008

Chiapas

Vorgeschichte der CCIODH	1
Die 6. CCIODH.....	3
Chiapas.....	6
1. Vorgeschichte und Kontext des Konflikts in Chiapas.....	7
2. Konflikte im Zusammenhang mit der Autonomie und den Rechten der ursprünglichen Völker.....	10
2.1. Strategien gegenüber der indigenen Autonomie	14
3. Konflikte in Verbindung mit Land und Gebiet	17
3.1. Vorgeschichte und aktuelle Situation der Agrarkonflikte	17
3.2. Agrarkonflikte: Verfahren der Titelvergabe und Zertifizierung.....	20
3.2.1. Vergabe von Land und Ressourcen: Versuch der sozialen Demobilisierung.....	20
3.2.2. Konfliktive Vorgehensweisen bei der Regulierung des Landes.....	21
3.3. Andere Konflikte: Wasser, Strom und Biopiraterie	28
3.3.1. Wasser.....	29
3.3.2. Elektrizität.....	31
3.3.3. Biopiraterie: Die verschiedenen Interessen.....	32
4. Strategie der Repression: Militarisierung, Polizei und Paramilitarisierung	34
4.1. Militärpräsenz in Chiapas	34
4.2. Polizeiliche Repression und irreguläre Strafverfolgung.....	36
4.3. Paramilitärische Gruppen.....	39
5. Zwei paradigmatische Fälle: Agua Azul und Choles de Tumbalá	42
5.1. Die Zone von Agua Azul und die OPDDIC.....	42
5.1.1 Der Fall Bolóm Ajaw	42
5.1.2 Betel Yochib: der Fall der Familie Silvano (zapatistische Unterstützungsbasen).....	45
5.2. Choles de Tumbalá.....	48
6. Zehn Jahre Acteal: Straflosigkeit	53
6.1. Situation der Gerichtsprozesse und Haltung der Regierung gegenüber dem Massaker von Acteal.....	55
6.2. Administrative Prozesse gegen damalige Funktionäre.....	56
6.3. Verhandlungen und Entschädigungsmaßnahmen für das Massaker von Acteal	58
6.4. Andauern der Paramilitarisierung in Acteal.....	60
7. Spezielle Bevölkerungsgruppen und Situationen.....	62
7.1. Politische und Gewissensgefangene.....	62
7.2. Frauen	66
7.3. Vertriebene.....	70
8. Psychosoziale Auswirkungen.....	72
8.1. Strategien psychosozialer Schädigung.....	72
8.2. Auswirkungen auf individueller Ebene.....	74
8.3. Auswirkungen auf familiärer und kollektiver Ebene	76
8.4. Strategien des individuellen und kollektiven Umgangs mit den psychischen Problemen.....	78
9. Menschenrechte	80
9.1. Verletzungen individueller und kollektiver Menschenrechte.....	80
9.2. Straflosigkeit und das Recht auf Gerechtigkeit.....	83
9.2.1. Politische Gefangene und Gefangene aus Gewissensgründen	87
10. Schlußfolgerungen und Empfehlungen bezüglich des Bundesstaats Chiapas.....	89
Schlußfolgerungen	89
Empfehlungen	91

Vorgeschichte der CCIODH

Die „Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos“ (CCIODH - Internationale zivile Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte) gründete sich auf der Grundlage einer in der Zivilgesellschaft bestehenden Sensibilität und Besorgnis angesichts der neuerlichen militärischen und paramilitärischen Gewalteskalationen, die Chiapas im Jahre 1997 erfuhr. Deren Höhepunkt bildeten das Massaker von Acteal am 22. Dezember 1997, in dem 45 Personen getötet wurden: 15 Kinder, 21 Frauen und neun Männer, die zur zivilen Organisation „Las Abejas“ („Die Bienen“) gehörten.

Am 4. Dezember, Wochen vor dem Massaker, brachte das Europäische Parlament einen positiven Bericht zur Lage der Menschenrechte in Mexiko heraus. Dieses Gutachten war eine der unbedingt erforderlichen Bestimmungen, um der Unterzeichnung zwischen dem mexikanischen Freihandelsabkommen und der Europäischen Union nicht im Wege zu stehen.

Dieses Gutachten rief bei der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft Empörung hervor, da es mit der Schwierigkeit der Situation, die sich in Chiapas abzeichnete, nicht übereinstimmte. Das Interesse an politischer und wirtschaftlicher Ordnung hatte Vorrang vor der Verteidigung der Menschenrechte und der Anzeige der schweren Gewaltausbrüche in den indigenen Gemeinden, besonders im Staat Chiapas.

Der erste Besuch der CCIODH entstand also auch, um eine unmittelbare Antwort auf den offiziellen Bericht zu geben. Ziel war, einen unabhängigen Bericht zu erstellen, der es erlauben würde, richtige und dokumentierte Informationen in diesem Bereich zu erhalten, um letztendlich die Zivilgesellschaft und die europäischen und internationalen Organisationen einzuschalten. Einige Zeit später hat das Europäische Parlament selbst eine Resolution bezüglich des Massakers von Acteal herausgegeben.

Die CCIODH hat es sich im Verlauf ihrer zehnjährigen Arbeit zur Aufgabe gemacht, Beobachtungen in Chiapas zu machen, um an den Bericht von 1998 anzuknüpfen – so in den Jahren 1999 und 2002, – doch hat sie ihre Beobachtungen ebenso an zwei anderen und besonders schwerwiegenden Schauplätzen von Menschenrechtsverletzungen durchgeführt: in San Salvador Atenco im Jahr 2006 und in Oaxaca im Jahr 2007. In einer sechsten Delegation hat die CCIODH es sich zum Ziel erklärt, sowohl den Schauplatz Chiapas wieder aufzugreifen als auch Atenco und Oaxaca unter Beobachtung zu halten.

Erster Besuch der CCIODH (Februar 1998)

In dem Bericht, der anlässlich des Besuchs von 210 Personen aus elf verschiedenen Ländern ausgearbeitet wurde, wird festgestellt, daß sich die Menschenrechtssituation im Staat Chiapas gravierend verschlechterte, und auf die Hauptfaktoren hingewiesen.

Die folgenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen wurden festgelegt:

- Starke Militarisierung der Zone
- Präsenz paramilitärischer Gruppen
- Allgemeine Situation der Straflosigkeit
- Hindernisse beim Zugang zur Justiz
- Situation struktureller Armut der Gemeinden
- Unterdrückung von Organisationsformen der Zivilgesellschaft
- Fehlende politische Freiheit bei der Suche nach einer angemessenen Lösung bezüglich indigener Forderungen

Die Empfehlungen, die ausgearbeitet wurden, lassen sich grob in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Erfüllung der Übereinkünfte von San Andrés, Fortsetzung eines Prozesses des Dialogs und der Verhandlung zwischen der EZLN und der nationalen Regierung sowie Respekt gegenüber der Initiative verfassungsmäßiger Reformen der COCOPA
- Ende der Militarisierung und Paramilitarisierung

- Rückkehr der Vertriebenen in ihre Ursprungsgemeinden mit allen Wiedergutmachungs-garantien
- Sicherung des freien Zugangs zur Justiz und Veranlassung wirksamer Aktionen für den Kampf gegen die Straflosigkeit
- Sofortige Amnestie für politische Gefangene
- Sicherstellung der Überwachung der Menschenrechte sowohl für Bürger als auch für nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen. Im Falle internationaler Überwachung wurde ersucht, daß gemäß des internationalen Rechts deren Anwesenheit erlaubt und deren Ausweisung eingestellt werden
- Das Einschreiten des Roten Kreuzes als Garantie humanitärer Hilfe für die Bevölkerung
- Ernennung eines außerordentlichen Referenten der UNO für Mexiko. (Am 1. Juni 2002 unterzeichneten der Beauftragte der Vereinten Nationen für die Menschenrechte und die mexikanische Regierung ein Abkommen bezüglich der Gründung eines Büros in Mexiko)
- Die Einrichtung von Mechanismen der Überprüfung der „Demokratie- und Menschenrechtsklausel“ seitens der Europäischen Union, die im Fall des Inkrafttretens des mit Mexiko unterzeichneten „Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordination und Zusammenarbeit“ eine ständige Prüfung der Menschenrechtssituation in Mexiko erlauben.

Die CCIODH rief zugleich die Zivilgesellschaft dazu auf, die Anwesenheit der Beobachter in den Gemeinden beizubehalten.

Zweiter Besuch der CCIODH (November 1999)

Im November 1999 führte eine zweite Kommission, bestehend aus 41 Personen aus zehn verschiedenen Ländern, eine neue Beobachtungsreise durch, um die aktuelle Situation auszuwerten und eine Bewertung der Umsetzung der vorhergehenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen vorzunehmen.

Man stellte erneut die Verschlechterung der Menschenrechtssituation und die Verschlimmerung der Lebensbedingungen in den Gemeinden fest, die durch die zunehmende Militarisierung im Krisengebiet, sowohl hinsichtlich der Größe der Belegschaft als auch deren Einrichtungen, bedingt werden. Die Aktionen paramilitärischer Gruppen, die weiterhin stattfanden und Furcht und Terror in den indigenen Gemeinden hervorriefen, wurden bei völliger Straflosigkeit durchgeführt.

Die beiden Berichte, die infolge des Besuchs der zwei Kommissionen erstellt wurden, wurden allen Organisationen und Personen ausgehändigt, die sie unterstützten, sowie verschiedenen internationalen Organisationen (u.a. dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten, dem Mittelamerikanischen Parlament, dem Büro des Beauftragten für die Menschenrechte der Vereinten Nationen).

Dritter Besuch der CCIODH (Februar-März 2002)

Der dritte Besuch der CCIODH fand zwischen dem 16. Februar und dem 3. März 2002 statt. 104 Personen aus 14 verschiedenen Ländern besuchten Chiapas und Mexiko anderthalb Jahre nach der Machtübernahme der Regierung von Vicente Fox, um die Situation in Chiapas zu überprüfen, womit wir unserer seit Februar 1998 eingegangenen Verpflichtung nachkamen, die Verletzungen der Menschenrechte in den widerständigen indigenen Gemeinden zu überwachen und zu kontrollieren.

Die Befürwortung des Projekts verfassungsmäßiger Initiativen seitens des mexikanischen Parlaments stimmte die indigene Bevölkerung nicht zufrieden. Sie sah darin die Übereinkünfte von San Andrés nicht realisiert, da die Gemeinden weder als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt wurden noch als Rechtssubjekte oder politische Träger des Rechts auf Selbstbestimmung und Autonomie.

Der aus diesem dritten Besuch hervorgegangene Bericht wurde im Büro des Beauftragten für die Menschenrechte der Vereinten Nationen genauso wie im Europäischen Parlament vorgestellt. Die Vorstellung im Parlament von Katalonien bewirkte den Entschluß zur Unterstützung der Schlußfolgerungen und Empfehlungen.

Vierter Besuch der CCIODH (Juni 2006)

Unterstützt von mehr als Tausend Personen und Organisationen, kehrt die CCIODH vom 29. Mai bis zum 4. Juni 2006, bestehend aus 28 Personen sieben verschiedener Länder, angesichts der schweren Vorfälle in Texcoco und San Salvador Atenco (Bundesstaat México) nach Mexiko zurück. Zwei Jugendliche wurden getötet und mehr als 200 Personen festgenommen, wobei man die sexuelle Folter von 47 der verhafteten Frauen nachwies.

In den Schlußfolgerungen des Berichts der CCIODH wurde ein exzessiver Polizeieinsatz durch die unangemessene, irrationale und unnötige Anwendung öffentlicher Gewalt festgestellt, bei dem die Polizeieinheiten sich nicht im Rahmen des Rechtsstaats bewegten und die Menschenrechte der Festgenommenen und der Bevölkerung von Texcoco und San Salvador Atenco massiv verletzt wurden.

Zusammengefaßt wurden folgende Empfehlungen gegeben:

- Garantie medizinischer und psychologischer Hilfe für Opfer sexueller Gewalt
- Umsetzung verschiedener Vorkehrungen zur Schadenswiedergutmachung
- Entlassung der polizeilichen und politischen Verantwortlichen und die Befreiung der Strafgefangenen nach dem Grundprinzip „Im Zweifel für den Angeklagten“

Der Bericht wurde wie die vorhergehenden im Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten sowie in im Büro des Beauftragten der Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf vorgelegt.

Fünfter Besuch der CCIODH (Dezember 2006 - Januar 2007)

Der fünfte Besuch der CCIODH wurde durch 41 Personen sieben verschiedener Länder durchgeführt, unter denen sich Psychologen, Juristen, Gesundheitsspezialisten, Verteidiger der Menschenrechte und Vertreter und Mitglieder der Zivilgesellschaft befanden.

Die Entwicklung des Konflikts in Oaxaca von der Lehrerbewegung im Mai über die Gründung der APPO („Volksversammlung der Völker Oaxacas“), die Räumung der Mahnwache im Stadtzentrum Oaxacas bis zum Eindringen der PFP in die Stadt Oaxaca mit einer Bilanz von 23 Toten, Hunderten von Festgenommenen und Angegriffenen, Folter, Mißhandlung und Bedrohung der Gefangenen, die von diversen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden, sowie Mißbrauch und Verfolgung durch Polizeieinheiten und Paramilitärs, erregten große internationale Aufmerksamkeit.

Das anhaltend konfliktive soziale Klima trug dazu bei, daß beinahe viertausend Personen, Organisationen und Institutionen weltweit diesen fünften Besuch der CCIODH in Mexiko mit dem Ziel unterstützen, die Menschenrechtssituation infolge des Konflikts in Oaxaca zu beobachten, darüber zu reflektieren und Diagnosen anzustellen.

Es wurden u.a. folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Berücksichtigung der ursprünglichen Gründe dieses Konflikts
- Garantie der Gewaltenteilung
- Gerichtliche Untersuchung der begangenen Straftaten
- Juristische Überprüfung aller aus politischen Gründen festgenommenen Personen
- Öffentliche Anerkennung der begangenen Verstöße
- Kontrolle über Besitz und Gebrauch von Waffen
- Förderung von nötigen Mechanismen für die Wiederherstellung eines sozialen Ausgleichs durch Mittel individuellen und kollektiven Schadensausgleichs

Die 6. CCIODH

Zehn Jahre nach den Ereignissen von Acteal sind die Organisation Las Abejas, Überlebende sowie Mitglieder der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft der Meinung, daß der Fall Acteal nicht abgeschlossen ist.

Deshalb hat es die CCIODH für nötig gehalten, aus der Perspektive der vergangenen Jahre die Situation der Menschenrechte in Chiapas zu bewerten und zu überprüfen, ob ihre Schlußfolgerungen und Empfehlungen der vorangehenden Besuche weiter Gültigkeit haben oder es in dieser Hinsicht Veränderungen gab. Ebenfalls war es wichtig, aus erster Hand die verschiedenen Ansichten über die aktuelle Situation zu sammeln, da es sehr beunruhigende Anzeichen und alarmierende Meldungen in bezug auf die Eskalation der Gewalt und der Konflikte in den verschiedenen Zonen von Chiapas durch die Reaktivierung der paramilitärischen Gruppen und Anklagen der Gemeinden über zahlreiche Konflikte in Verbindung mit dem Land und dem Gebiet gab.

In gleicher Weise verfolgt die CCIODH die Entwicklung der Vorfälle von Atenco und Oaxaca, die kürzlich beobachtet und analysiert wurden (2006 bzw. 2007). Die CCIODH hat es für sinnvoll gehalten, an diese Schauplätze zurückzukehren und die Ereignisse nachzuverfolgen. Die neuen Klagen und das allgemeine Gefühl der Ohnmacht angesichts der Straflosigkeit haben die CCIODH genötigt, neue Fälle auszunehmen.

Mit dieser Verpflichtung hat die CCIPDH am 10. Dezember 2007 ihren 6. Besuch in Mexiko für den 30. Januar bis 20. Februar 2008 angekündigt, um die weitere Entwicklung bezüglich der Berichte über Chiapas, Atenco und Oaxaca nachzuverfolgen und einen Bericht über die Situation an diesen drei Schauplätzen auszuarbeiten.

Diesmal nahmen 50 Personen aus neuen Ländern teil (Frankreich, Spanien, Italien, Schweden, Österreich, Portugal, Deutschland, USA und Schweiz), darunter Akademiker/innen, Ärzt/innen, Psycholog/innen sowie Mitglieder sozialer Organisationen und solche der internationalen Zusammenarbeit sowie Personen der Zivilgesellschaft.

Methoden

Wie bei der CCIODH üblich, wurde ein Manifest bezüglich der zu analysierenden Vorfälle veröffentlicht, um die formelle Unterstützung eines Teils der internationalen Zivilgesellschaft zu bekommen und den Besuch in Mexiko vorzubereiten.

Wir haben die Regierung von Mexiko sowie der Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und México um Interviews bezüglich der jeweiligen Fälle von Menschenrechtsverletzungen angefragt. Ebenfalls wurden Interviews mit betroffenen Personen und Organisationen vereinbart.

Bei diesem Besuch hat die CCIODH 275 Interviews mit insgesamt 612 Personen geführt. Das Hauptziel dieses Besuchs war die Nachverfolgung der bisherigen Besuche, deshalb besuchten wir Chiapas, Oaxaca, San Salvador Atenco, Toluca (Hauptstadt des Bundesstaats México), um unsere Arbeit mit größtmöglicher Präzision und Objektivität durchzuführen sowie eine globale Vision zu erlangen, die eine präzise, objektive und qualitative Analyse erlaubt.

Die Untersuchungsmethode setzt einen Arbeitsschwerpunkt voraus, der auf Gesprächen mit allen Akteuren der verschiedenen Konflikte basiert und verschiedene Ansichten und Interpretationen wie auch die institutionelle Sichtweise einschließt, sowie eine Vorarbeit, die uns einen aktuellen und präzisen Einblick gibt, welche Informationen für die Analyse gesammelt werden müssen. In diesem Fall wurde eine Datenbasis im Internet erstellt und genutzt. Dort wurden Informationen aus verschiedenen Quellen gesammelt und so die Akteure der Konflikte und deren mögliche Ursachen identifiziert, um die Mitglieder der Kommission mit der für die verschiedenen Interviews notwendigen Information zu versorgen.

Methodisch werden das Sammeln und die Analyse der Informationen, die Systematisierung derselben und die Endredaktion des Berichts zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Formaten durchgeführt. Für das Sammeln der Information hat die CCIODH ein Formular entwickelt, in das die Kommissionsmitglieder die wichtigsten Merkmale des Interviews entsprechend einer Reihe von Grunddaten der Interviewten sowie der thematisierten Inhalte eintragen. Diese Inhaltsangaben stellen die Datenbasis für die Verarbeitung der Informationen dar. Diese Daten befinden sich (verschlüsselt und je nach den Verantwortlichkeiten für einzelne Kommissionsmitglieder zugänglich) in einer Datenbank, in der die Grunddaten des Interviews, die Transkription, der Tonmitschnitt und verschiedene zusätzliche Informationen abgerufen werden können.

Die Arbeit der CCIODH wäre nicht möglich ohne das Unterstützungsteam von über 100 Personen, die sich um die Transkribierung, die Programmierung der Datenbank und die digitale Unterstützung der verschiedenen Interviews kümmern.

Anmerkung zur Übersetzung

Wie die gesamte Arbeit der Kommission beruht auch die vorliegende Übersetzung des Berichts auf kollektivem, ehrenamtlichem Engagement. Der Text wurde nach bestem Wissen und Gewissen übersetzt. Ein Großteil des Berichts besteht aus mündlichen Aussagen von ZeugInnen, die oft keine ganzen Sätze bilden oder auch schlecht Spanisch sprechen. Hier wurde versucht, dem Sinn so nahe wie möglich zu kommen. Auch lassen sich juristische Fachbegriffe nicht immer zu 100% ins Deutsche übertragen. Im Zweifel gilt die spanische Originalversion.

Chiapas

1. Vorgeschichte und Kontext des Konflikts in Chiapas

Der Nachdruck, mit dem die CCIODH die Situation der Menschenrechte in Chiapas analysiert – es ist nun schon der vierte Besuch in diesem Bundesstaat –, wird durch eine Reihe von Umständen motiviert:

Chiapas ist einer der mexikanischen Bundesstaaten mit der höchsten Armut und Exklusion, trotz des außergewöhnlichen Reichtums an natürlichen Ressourcen. Diese Situation herrscht besonders, aber nicht ausschließlich in ländlichen Gebieten, besonders bei den indigenen Gemeinden, deren Bevölkerungsanteil mehr als 30% ausmacht. So ist Chiapas der wasserreichste Bundesstaat (mit 30% des Oberflächenwassers, das besonders auf das Gebiet Montes Azules konzentriert ist) und produziert die meiste hydroelektrische Energie (54% des ganzen Landes). Auf der anderen Seite haben (laut Zahlen des Nationalen Instituts für Geographische Statistik und Informatik) 38,8% der Indigenen über 15 Jahre keinerlei formale Bildung bekommen. Man muß klar von einer allgemeinen Verletzung der Menschenrechte sprechen, die von mächtigen Hindernissen beim Zugang zu lebensnotwendigen Grundressourcen und bei individuellen und kollektiven freien Entwicklung des Großteils der Bevölkerung herrührt.

Chiapas ist eine der Regionen in Lateinamerika, in denen der Kampf zwischen verschiedenen Modellen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, nämlich dem westlichen neoliberalen und den indigenen Vorschlägen und Praktiken, in den letzten Jahren am schärfsten war. Die Einführung des NAFTA und die private Aneignung natürlicher Rohstoffe und traditionellen Wissens, neue Bereiche für die Kapitalakkumulation, finden sich im Zentrum des neoliberalen Projekts; auf der anderen Seite ist die Schaffung immer größerer Freiräume für Autonomie als Basis des Weiterlebens und die Entwicklung eigener alternativer Kulturen die zentrale Achse des indigenen Projekts.

Seit den Impulsen durch die EZLN und ihre Unterstützungsbasis sind in dem Gebiet konkrete Vorschläge zur Transformation gemacht worden, die sich auf das ganze Land beziehen und von der Veränderung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den indigenen Völkern ausgehen. Diese Vorschläge beziehen sich unter anderem auf die in den 1996 zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung in San Andrés abgeschlossenen Verträge.

Über den symbolischen Wert hinaus ist der zehnte Jahrestag des Massakers von Acteal ein geeigneter Zeitpunkt, zu analysieren, inwieweit es Fortschritte bei der Verfolgung seiner materiellen und intellektuellen Urheber gibt, das heißt, auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Straflosigkeit. Außerdem wollen wir untersuchen, ob es Bedingungen für eine Wiederholung der Ereignisse von Acteal gibt. Deshalb hat die CCIODH entschieden, die Schlußfolgerungen und Empfehlungen der vorhergehenden drei Besuche in Chiapas (1998, 1999 und 2002) wiederaufzugreifen, besonders diejenigen, die sich auf die Politik der Aufstandsbekämpfung (Militarisierung, paramilitärische Aktivitäten, Straflosigkeit, Strategien der Spaltung und Kriminalisierung von Forderungen und Aufbau sozialer Alternativen) beziehen.

Seit dem 1. Januar 1994 litt Chiapas unter der Militarisierung der ganzen Region als Reaktion auf den Aufstand der Zapatisten, die sich bis heute fortsetzt und ein Klima des „Krieges niedriger Intensität“ geschaffen hat. Alles was in Chiapas geschieht, muß unter dem Aspekt dieser Ausnahmesituation betrachtet werden.

Seit dem letzten Besuch der CCIODH in Chiapas sind sechs Jahre vergangen. In dieser Zeit sind eine Reihe von Ereignissen geschehen, die sich auf die Situation des Bundesstaates ausgewirkt haben und die es wert sind, betont zu werden. Beim letzten Besuch hatte gerade die Regierungszeit von Pablo Salazar begonnen, die, wie die Regierung Vicente Fox auf nationaler Ebene, einen Raum der Ungewißheit öffnete, in dem einige auf eine Verbesserung der Menschenrechtsslage hofften. Letztlich enttäuschten sowohl die Regierung Fox als auch im besonderen die Regierung Salazar in Chiapas diese Hoffnungen seitens verschiedener sozialer Sektoren. Die letzten Wahlen in Chiapas gewann Juan Sabines, der bedeutende Änderungen in der Beziehung zu den sozialen Organisationen und den indigenen und bäuerlichen Gemeinden angekündigt hat, besonders zu den zapatistischen, denen er seine „Bewunderung und Respekt“ bezeugt hat.

Andererseits haben diese vergangenen sechs Jahre einen wichtigen Wechsel in der Haltung und Strategie der zapatistischen Bewegung gebracht. Der Prozeß und das Ergebnis der Verfassungsreform von 2001 wurden besonders seit der Ablehnung der Einsprüche durch den Obersten Gerichtshof, als definitives Signal gesehen, das alle Wege der juristischen Anerkennung

durch die offiziellen Institutionen abschnitt. Angesichts dieser Situation, die von der Mehrheit der mexikanischen indigenen Organisationen als „Verrat“ der drei nationalen Gewalten (Exekutive, Legislative und Judikative) gesehen wurde, haben die Zapatisten ihre Kräfte auf den Aufbau der faktischen Autonomie „ohne Erlaubnis“ konzentriert.

Die Zapatisten verzichteten auf Mobilisierungen nach Art des „Marsches der Farbe der Erde“ (2001), und nach Monaten beunruhigenden Schweigens rief die EZLN die Zivilgesellschaft zur Teilnahme am Tod der Aguascalientes, Räumen des Zusammentreffens in den fünf zapatistischen Einflußzonen in Chiapas, und der Geburt der Räte der Guten Regierung (Juntas del Buen Gobierno, JBG) und der Caracoles im August 2003 auf, die vor allem als Raum der Koordinierung der autonomen Praxis der verschiedenen autonomen Bezirke in den fünf genannten Regionen verstanden wurden.

Wenn für die Periode zwischen dem letzten und dem aktuellen Besuch der CCIODH in Chiapas ein Element besonders hervorgehoben werden soll, so ist es zweifellos der für die Festigung der indigenen zapatistischen Autonomie beschrittene Weg. Und darüber hinaus hat der Impuls dieser Initiative, die als Umsetzung der Verträge von San Andrés verstanden wird, das gesamte mexikanische Gebiet erreicht, wo Formen der Selbstregierung in Oaxaca, Guerrero, Sonora, Jalisco oder Michoacán zu beobachten sind. Außerdem muß betont werden, daß das Recht auf Selbstbestimmung der indigenen Völker explizit in zwei internationalen Dokumenten enthalten ist, die für Mexiko gelten: die Konvention 169 der ILO (1989) und die kürzlich angenommene Deklaration der Rechte Indigener Völker (September 2007).

Die autonomen zapatistischen Bezirke und deren Koordination durch die Räte der Guten Regierung reichen in Bereiche wie Justiz, Bildung, Gesundheit, Unterkunft, Land, Wasser, Arbeit, Ernährung und Stromversorgung. Die territoriale Reichweite ist bedeutsam: so umfaßt eine der JBG, die der Zone Tzots Choj (Herz des Regenbogens der Hoffnung) acht offizielle Bezirke.

Die autonome Praxis ist, wie bereits erwähnt, eingebettet in einen Kampf widerstreitender Modelle der Entwicklung und des Zusammenlebens. Es handelt sich um ein Modell der Selbstverwaltung und des eigenen Schutzes der Rechte, die ihre Notwendigkeiten sowie deren Umsetzung und Prioritäten selbst definiert. Sie geht daher über Forderungen nach Verbesserungen hinaus; es ist ein Versuch, diese Verbesserungen umzusetzen, das heißt, Situationen der Unterordnung und des kulturellen Ausschlusses zu überwinden.

Und es handelt sich um eine indigene, und im Fall Chiapas hauptsächlich zapatistische Praxis. Aber die Situation der Ungleichheit betrifft bei weitem nicht nur die zapatistischen Gemeinden. Die Hindernisse beim Zugang zu grundlegenden, sowohl materielle als auch kulturellen Ressourcen sind auch in anderen indigenen sowie in bäuerlichen Gemeinden und selbst im städtischen Bereich vorhanden. Deshalb müssen auch andere soziale Kämpfe erwähnt werden. Zweifellos ist die Autonomie als Antwort im zapatistischen Projekt am weitesten praktisch entwickelt und formuliert. Die anderen Organisationen haben sich mehr auf Forderungen der Bedürfnisbefriedigung gegenüber den Behörden orientiert.

Aber wie dem auch sei, sowohl auf soziale Mobilisierungen mit Forderungen der Bedürfnisbefriedigung als auch auf das Autonomieprojekt haben die Behörden mit einer Kombination von Mißtrauen bis hin zu offenen Versuchen, sie durch Spaltung, Zermürbung, Kriminalisierung und Repression aufzulösen, reagiert.

In den letzten Jahren sind die Linien des Entwicklungsprojekts für die ländlichen Gebiete und solche mit natürlichen Rohstoffen klar gezeichnet worden. Unter dem Schutz der NAFTA-Forderungen an Mexiko hat das mexikanische Parlament die rechtlichen Rahmenbedingungen für die private Aneignung der natürlichen Rohstoffe und traditionellen Kenntnisse geschaffen: das Allgemeine Gesetz für Nachhaltige Forstwirtschaft (Februar 2003), die Reform des Nationalen Wassergesetzes (April 2004), das Gesetz über biologische Sicherheit genetisch veränderter Organismen (März 2005) etc.

In diesem Zusammenhang ist es verständlich, daß die sozialen Forderungen als unbequem betrachtet werden und sie, sobald sie eine Bedrohung für die Interessen des Marktes darstellen, so schnell wie möglich ausgeschaltet werden müssen, je nach Situation auf die eine oder andere Weise. Weit davon entfernt, die grundlegenden Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung vollständig und geplant zu befriedigen, hat die Politik vereinzelte und zeitlich begrenzte Hilfen verteilt und damit eine Situation der Konkurrenz hervorgerufen, die es in vielen Fällen geschafft hat, die Forderungen verstummen zu lassen. Die Dringlichkeit der Bedürfnisse hat in Kombination mit einem extrem klientelistischen Umgang mit öffentlichen Geldern zahlreiche Fälle der Spaltung und Ermüdung bei den Organisationen

hervorgerufen. Instrumente wie das PROCEDE (öffentliches Programm zur Landtitelvergabe) haben, anstatt Sicherheit des Landbesitzes zu schaffen, als Mechanismen des beschleunigten Kaufs und Verkaufs des Landes und damit seiner Privatisierung und der Enteignung von Land in kommunalem und Ejido-Besitz gedient.

In vielen Fällen handelte es sich um die Rückgängigmachung der Agrarreform, die besonders in den ersten Jahren nach dem zapatistischen Aufstand vom 1. Januar 1994 durch die Landbesetzungen faktisch durchgeführt worden war.

Wenn man die Strategien der Spaltung und Zerstörung des sozialen Netzes für unzureichend hält, wurde ohne allzu große Bedenken zur Kriminalisierung und Repression mittels illegaler Festnahmen, Folter zwecks Erlangung von Selbstbeschuldigungen, Konstruktion von Straftaten sowie Schaffung neuer, in Verbindung mit sozialen Forderungen stehender Straftatbestände (das Delikt der Aufstachelung zur Gewalt sowie das Delikt der Zurückhaltung von Autoritäten, die beide unter Juan Sabines eingeführt wurden) gegriffen. Dieses Handlungsschema hat außerdem die notwendige Unterstützung einer Justiz, die allzu sehr mit den Interessen der Exekutive verbunden ist.

Bei diesem Besuch wollte die CCIODH untersuchen, inwieweit dieses Handlungsmodell, das sich bezüglich der zapatistischen Unterstützungsbasen als Aufstandsbekämpfung und "Krieg niedriger Intensität" bezeichnen läßt, weiterbesteht. Zu diesem Zweck wurde, ausgehend von den durchgeführten Besuchen und Interviews, besonders auf die Konflikte in Verbindung mit indigener Autonomie sowie allgemein auf die Konflikte in Verbindung mit dem Territorium, einschließlich Landkonflikte sowie solche um natürliche Rohstoffe eingegangen. Außerdem sollten die Faktoren der größten Spannungen und Bedrohung der Menschenrechte festgestellt werden. Es handelt sich um Elemente, die bereits bei den früheren Besuchen festgestellt wurden: Militarisierung, Paramilitarisierung und das Handeln der verschiedenen Polizeitypen, wozu als unabdingbares Element die Straflosigkeit sowie allgemein der schwierige Zugang zu einer auch nur im Ansatz unabhängigen Justiz kommt. Als Teil der Analyse dieser Aspekte wurde besondere Aufmerksamkeit auf das Massaker von Acteal gelegt, zehn Jahre nach dessen Verübung. Einen weitere Punkt bildet die Beobachtung der Situation der Gefangenen, die mit sozialen Mobilisierungen und dem Aufbau von Alternativen in Zusammenhang stehen (und deshalb als politische oder Gewissensgefangene betrachtet werden müssen), sowie die Situation der Menschenrechtsverteidiger/innen. Schließlich gibt es noch zwei Aspekte, die besondere Beachtung verdienen: zum einen die Situation der Frauen, die die Dynamik der sozialen, ökonomischen und kulturellen Mißachtung besonders intensiv zu spüren bekommen; zum anderen wurde wie bereits bei den beiden letzten Besuchen der CCIODH in Mexiko ein Teil den sowohl individuellen als auch kollektiven psychosozialen Auswirkungen der verschiedenen Situationen der Menschenrechtsverletzung gewidmet.

2. Konflikte im Zusammenhang mit der Autonomie und den Rechten der ursprünglichen Völker

Ohne jeden Zweifel konnte die indigene Mobilisierung der letzten 20 Jahre in Lateinamerika klar den Anspruch formulieren, der die Forderungen, für die sie mehr als 500 Jahre gekämpft haben, zusammenfaßt. Es handelt sich um den Kampf für Selbstbestimmung und für die Autonomie als interne Äußerung.

Bekanntlich wurde die Ausweitung dieser Ansprüche zu einem Gutteil von der durch den zapatistischen Aufstand vom 1. Januar 1994 provozierten politischen und juristischen Bewegung vorangetrieben. In fast allen Erklärungen, an denen die EZLN beteiligt war, besonders seit den Gesprächen, die in den Verträgen von San Andrés mündeten, nimmt die "Autonomie" einen wichtigen Platz ein. Hier ein Beispiel:

"... unser Land ist multikulturell. Das gibt ihm einen Reichtum, der nicht nur rechtliche Anerkennung braucht, sondern materielle Bedingungen für ihre Reproduktion", und das Instrument, um solche Bedingungen zu sichern, ist die Autonomie, "verstanden als Selbstregierung, als das Recht, sich selbst Vertreter zu geben oder nehmen und über den eigenen Weg zu entscheiden".

CCRI-EZLN (1996) "Politische Erklärung: Autonomie, grundlegendes politisches und soziales Prinzip. Koordination des Forums und Delegierte des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees (CCRI)

14 Jahre nach dem zapatistischen Aufstand ist die Autonomie mehr als eine Forderung, es ist vor allem eine Praxis und auch ein Raum des Streits zwischen der bundesstaatlichen Macht und der indigenen Machtaneignung. Deshalb haben viele Konflikte mit den indigenen Gemeinden, besonders mit den zapatistischen, als Hintergrund diesen Kampf um die Festigung der Autonomie.

Seit dem letzten Besuch der CCIODH in Chiapas 2002 hat sich die damals angekündigte Situation, die nicht allzu viele Hoffnungen bezüglich der Möglichkeiten, ein Modell anderer Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern der mexikanischen Gesellschaft aufzubauen, geborgen hatte, gefestigt. Es lohnt sich, einen Blick auf die damaligen Aussagen der CCIODH zu werfen:

"Die Verabschiedung eines Gesetzes über konstitutionelle Änderungen durch den Kongreß hat den indigenen Völkern keine Befriedigung verschafft, weil darin die Kernpunkte der Vereinbarungen von San Andrés nicht zur Geltung kommen. Die Gemeinden werden nicht als Einheiten des öffentlichen Rechts, die indigenen Völker werden weder als juristische Subjekte noch als politische VerwalterInnen ihrer Selbstbestimmung und Autonomie anerkannt.

Die Reforminitiative der COCOPA ist die einzige Möglichkeit, die Voraussetzungen für einen erneuten Friedensverhandlungen zu schaffen. Der Abbruch des Dialogs hat die indigenen Völker viele Opfer nicht nur in den Konfliktgebieten, sondern in allen Regionen mit indigener Präsenz, gekostet."

CCIODH (2002) „Schlußfolgerungen und Empfehlungen des 3. Besuchs der CCIODH“

Dies war eine der Schlußfolgerungen des 3. Besuchs der CCIODH bezüglich indigener Rechte und Kultur. Leider bedeutete die vom mexikanischen Senat und Parlament verabschiedete und später von Präsident Fox verabschiedete Verfassungsreform für die indigenen Völker Mexikos die Versperrung einer dialogischen Konfliktlösung durch die drei Staatsgewalten. Die Exekutive legte dem Parlament den Gesetzesvorschlag der COCOPA vor, verteidigte ihn aber nicht; die Legislative nahm im Senat einstimmig einen Gegenvorschlag an (das sogenannte Bartlett-Cevallos-Ortega-Gesetz von PRI, PAN und PRD); die Judikative lehnte die über 300 Einsprüche gegen die Reform ab. Seit diesem Moment bezeichneten die EZLN und der Nationale Indígena-Kongreß (CNI), gemeinsam mit anderen sozialen Sektoren, die verabschiedete Reform als Verrat an der Umsetzung der Verträge von San Andrés. Seitdem sind der Dialog und die Beziehungen zwischen dem mexikanischen Staat und der EZLN unterbrochen. Es begann eine Periode der Unsicherheit und ein Gefühl des Scheiterns angesichts der historischen Chance, einen Pakt zwischen dem Staat und den ursprünglichen Völkern zu schließen, der bis heute immer noch aussteht.

Der Vergleich zwischen dem Verfassungsartikel 155 gemäß dem Gesetzesvorschlag der COCOPA und dem letztlich verabschiedeten ist eindeutig: angesichts des Respekts gegenüber der „Ausübung der freien Entscheidung der indigenen Völker in jedem Bereich und auf jeder Ebene, auf der sie ihre Autonomie geltend machen, was ein oder mehrere indigene Völker einschließen kann, entsprechend der speziellen Umstände jeder föderativen Einheit“ (Artikel 115 gemäß Vorschlag der COCOPA), legt der letztlich verabschiedete Artikel 115 im letzten Absatz des 3. Abschnitts fest, daß die indigenen

Gemeinden im Bereich der Bezirke sich nach den Begriffen und zu den Zielen, die das Gesetz vorsieht, koordinieren und zusammenschließen können“. Die Beschränkung ist eine dreifache:

- eine subjektive Beschränkung: das Subjekt kann nur die Gemeinde sein
- eine territoriale Beschränkung: die Autonomie kann niemals über die Bezirksebene hinausgehen
- eine Beschränkung juristischer Gültigkeit: diese kontrollierte Erweiterung des autonomen Bereichs bleibt der gesetzlichen Beschränkung unterworfen

Nach Monaten des Schweigens rief die EZLN im August 2003 zu einem großen Treffen in Oventic auf. Die fünf Aguascalientes, die in den ersten Jahren des zapatistischen Aufstands geschaffen worden waren, wurden abgelöst von den Caracoles (Schneckenhäusern) und den Räten der Guten Regierung (Juntas de Buen Gobierno, JBG), deren Aufgabe es ist, die Interessen und Bedürfnisse der verschiedenen zugehörigen autonomen Bezirke zu koordinieren und zu befriedigen, in Bereichen von der Justiz bis zur Gesundheit, der Bildung, Land, Arbeit, Ernährung, Handel, Information oder Kultur. Auf diese Weise haben sich die zapatistischen Gemeinden für eine Autonomie der Praxis als Antwort auf die Verweigerung der Autonomie als Recht entschieden.

Bei diesem 6. Besuch hat die CCIODH bei den durchgeführten Interviews die Wichtigkeit festgestellt, die die Einwohner der autonomen Bezirke der Festigung ihrer eigenen Institutionen geben, und in diesem Sinne die positive Wertschätzung der Caracoles und der JBG während der vergangenen mehr als vier Jahre ihrer Existenz.

Interview 71. Rat der Guten Regierung (JBG) Morelia

„Wir sind als autonomer Bezirk und Rat der Guten Regierung in dieser Zone vorangekommen. Früher waren wir weiter unten, weil jeder Bezirk gesehen hat, wie man sich organisieren muß, um sich zu entwickeln, und es gab nicht dieses Zentrum, wo die verschiedenen Bezirke teilnehmen... Dann wurde die Notwendigkeit gesehen, weil es Bezirke gibt, die ein bißchen weiter sind, und andere, die nicht so weit sind, was wir machen können, damit die autonomen Bezirke dieser Zone und anderer Zonen der anderen Caracole in gleichem Tempo vorangehen.“

Gleichfalls stellen sie die Wichtigkeit der Autonomie im produktiven und ökonomischen Bereich fest.

Interview 71. JBG Morelia

„Außerdem haben wir Bezirkskommissionen im Bereich der Produktion, und daneben unsere Techniker, die sich weiterbilden, wie sie den Anbau von Bohnen, Mais, den Umgang mit Rindern und den Kaffeeanbau verbessern. Diese Techniker bilden die Promotoren in den Gemeinden als lokale Techniker aus, die die Produzenten direkt begleiten.“

Auf der anderen Seite weisen sie darauf hin, wie die grundlegenden Dienste wie Bildung durch die Ausübung der Autonomie geleistet werden, gegenüber der Untätigkeit oder Ineffizienz der offiziellen Institutionen.

Interview 71. JBG Morelia

„Die Bildung in den Caracoles hat begonnen, die Vorbereitung für die Promotoren zu verbessern, die in den Gemeindeschulen arbeiten. Die Promotoren der Gemeinden machen Pläne, wann sie Workshops bekommen. Dafür ist die Bezirkliche Bildungskommission zuständig, die aus vier Compañeros oder Compañeras besteht. Es gibt eine Kommission der Zone, die für die Ausarbeitung von Material zuständig ist, das an die einzelnen Gemeinden in den verschiedenen Bezirken geschickt wird.“

Einhellig ist die Überzeugung von der Notwendigkeit, den Autonomieprozeß zu stärken.

Interview 102. Gregorio (Zapatistische Unterstützungsbasis - BAZ). Gemeinde Choles de Tumbalá

„Wir als indigenes Volk der zapatistischen Unterstützungsbasis haben das Recht auf freie Entscheidung, das Recht auf Autonomie, mit der Selbstregierung in internen und lokalen Angelegenheiten, sowie auch die Mittel zu haben, die autonomen Funktionen zu finanzieren.“

Dieser Prozeß ist außerdem mit der Einhaltung der Verträge von San Andrés verbunden, nicht nur durch die zapatistischen Unterstützungsbasen, sondern auch durch rivalisierende Organisationen, wie sich im Interview mit Mitgliedern der OPDDIC zeigt.

Interview 51. OPDDIC

„Wir wissen, daß ein Vertrag, ein Gesetz unterzeichnet wurde, in dem von indigenen Rechten die Rede ist, und wir stellen uns auch teilweise vor, daß darin die Autonomie impliziert ist (...) von dem, was wir ungefähr gehört und gelesen haben, verstehen wir, daß sie vereinbart wurde, daß sie hätten respektiert werden müssen, und heute sind uns diese Verträge nicht fremd, wir wiederholen, daß wir in diese Verträge verwickelt sind.“

Die Arbeit und die Legitimität der autonomen Behörden werden sogar von offiziellen Instanzen anerkannt.

Interview 65. Bezirkspräsident von Las Margaritas. Rafael Guillén

„... als Regierungen, sie innerhalb ihrer Autonomie, wir innerhalb der Institutionalität, müssen uns annähern. Wir erkennen den Rat der Guten Regierung als Autorität an. Wir müssen zusammenleben, ihre Regeln (die der Zapatisten) müssen anerkannt werden, ihre Autonomie...“

Auch von der bundesstaatlichen Regierung. So hat es der Gouverneur zusammen mit seiner Regierungsmannschaft bei den beiden Interviews mit der CCIODH und in einem in der *Jornada* am 12. März 2008 veröffentlichten Kommuniqué erklärt:

„Wie ich schon bei früheren Gelegenheiten erklärt habe, schätze ich den sozialen und politischen Beitrag des Zapatismus, besonders die verantwortlichen politischen Aufgaben, die die Räte der Guten Regierung in einigen Zonen von Chiapas entwickeln.“

La Jornada, 12. März 2008. Kommuniqué der Regierung des Bundesstaats Chiapas: „Position der Regierung des Bundesstaats Chiapas angesichts Realität und Anklage der Räte der Guten Regierung“

Trotz der Worte des Respekts und der Anerkennung entsteht ein Großteil der Konflikte im heutigen Chiapas als Reaktion auf die kollektive Praxis der Selbstregierung. Der Kampf zwischen zwei Entwicklungsmodellen verlagert sich auf den politischen und territorialen Streit, der in vielen Fällen Bewohner zapatistischer Gemeinden mit anderen Bewohnern in Konkurrenz um den Zugang zu Ressourcen bringt. Die nachfolgenden Kapitel bringen einige Beispiele für diese Konflikte.

Auf die Notwendigkeit der Anerkennung der autonomen Praxis im Rahmen ihres Territoriums, durch Dialog und basierend auf den Verträgen von San Andrés, der Konvention 169 der ILO und der Erklärung der Rechte Indigener Völker der UNO wurde von verschiedenen Instanzen hingewiesen. Beispielsweise die COCOPA, die ja eine parlamentarische Instanz ist, die Abgeordnete aller Parteien einschließt, hat beim Interview mit der CCIODH erklärt:

Interview 247. COCOPA

„Wie Sie wissen, haben wir im April des Jahres ... im Rahmen der Staatsreform das Gesetz für Initiativen der Staatsreform eingereicht. In diesem Rahmen hat diese Kommission am 26. November des vergangenen Jahres innerhalb der Kommission für die Schaffung von Vereinbarungen für die Staatsreform eine Reihe von Vorschlägen und Initiativen eingereicht, die im Zusammenhang mit den Hauptforderungen der EZLN stehen und von denen wir glauben, daß sie im wesentlichen in den Verträgen von San Andrés, in der Konvention 169 der ILO und nun in der kürzlichen Deklaration der UNO bezüglich indigener Völker enthalten sind. Die Hauptachsen dieser Vorschläge oder Initiativen, die dieser Kommission präsentiert wurden, sind verbunden mit kollektiven Rechten, kultureller Vielfalt und intellektuellem Eigentum, vorheriger, freier und informierter Befragung und Zustimmung, Land, Gebieten und natürlichen Rohstoffen, Entwicklung, Kommunikations- und Informationsmedien, Schutz der Mitglieder indigener Völker in Situationen der Verletzlichkeit, Verpflichtungen bei Betroffenheit und institutionelle Handlungen.“

Bisher scheint es, daß diese Initiative nicht dazu gedient hat, daß die nationale Regierung die Hauptachsen ihres wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodells neu entwirft, eines Modells im Rahmen der Forderungen des NAFTA und mit Priorität auf der Vermarktung der Rohstoffe, welches den Hoffnungen und Bedürfnissen der indigenen Völker entgegensteht, die sich deshalb im Widerstand erklären und sich entscheiden, keinerlei Unterstützung der Regierung anzunehmen.

Es ist interessant, daß diese Haltung des Widerstands nicht einfach die Anerkennung der eigenen Rechte sucht, sondern auf eine Neuformulierung des Staates und der Art des Politikmachens abzielt.

Ein gutes Beispiel dieser globaleren Sichtweise, die sich nicht auf die eigenen Ansprüche beschränkt, ist der Impuls, der von der Sechsten Erklärung aus der Selva Lacandona ausgeht, wo die EZLN meint:

„...das heißt, daß der Moment gekommen ist, wieder alles zu riskieren und einen gefährlichen Schritt zu wagen, der es aber wert ist. Denn vielleicht können wir vereint mit anderen sozialen Sektoren, die unter den gleichen Entbehrungen wie wir leiden, das erreichen, was wir brauchen und was wir wert sind.“

EZLN (2005) Sechste Erklärung aus der Selva Lacandona

In diesem Zusammenhang und angesichts der Wahlkampagnen um das Präsidentenamt beginnt die Andere Kampagne (Otra Campaña), die Synergien zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen schaffen will, die sich trotz möglicher Differenzen als „unten und links“ verstehen.

Im Juli 2006 erklärt sich Felipe Calderón Hinojosa, Kandidat der Partei der nationalen Aktion (PAN) trotz erheblicher Mutmaßungen über einen Wahlbetrug zum Sieger. Die neue Regierung entsteht in einem Kontext zutiefst angezweifelter Legitimität, herausgefordert von Straßenprotesten der Anhänger des PRD-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador.

Man muß hervorheben, daß Präsident Calderón sich bisher nicht durch Aufmerksamkeit gegenüber dem Konflikt in Chiapas ausgezeichnet hat. Aus seiner Rede zum Amtsantritt, bei dem er weder auf den Konflikt in Chiapas noch auf die indigene Problematik einging, kann man vielmehr schließen, daß es die Linie der neuen Regierung ist, den Konflikt zu leugnen oder zumindest die Verantwortung auf die Ebene des Bundesstaats zu verlagern.

In diesem Sinn muß auf die Situation in Chiapas mit der Wahl des neuen Gouverneurs im Oktober 2006 hingewiesen werden. In diesen Wahlen gewann Juan Sabines, Kandidat der PRD, der sich in verschiedenen Erklärungen und auch in den beiden Interviews mit der CCIODH klar und wiederholt von der Politik seiner Vorgänger bezüglich der Beziehung zur EZLN und den autonomen Bezirken abgrenzte.

Er hat sogar schriftlich einige Verpflichtungen bezüglich der zapatistischen Gemeinden ausgedrückt: „...wir haben öffentlich erklärt, daß wir keinerlei Räumung der vor 2007 von den Zapatisten besetzten Gebiete zulassen“ (*Jornada*, 12.3.2008). Jedoch weisen zahlreiche Indizien darauf hin, daß, wie der Bischof im Interview mit der CCIODH sagt, bisher „das Projekt der Aufstandsbekämpfungsstrategie hier nie aufgehört hat“.

Interview 55. Bischof der Diözese Saltillo: Raúl Vera

„(...) das Projekt der Aufstandsbekämpfungsstrategie hat hier nie aufgehört, jetzt bekommt es die Charakteristik, die Gebiete zurückzugewinnen... durch die Ausbeutung der Bedürfnisse der indigenen Welt selbst, in der Gruppen kooptiert wurden, die gerade entstanden sind, um zur Organisierung der indigenen Welt beizutragen.“

Interview 88. OCEZ (Bauernorganisation Emiliano Zapata)

„(...) die aktuelle Regierung, Juan Sabines Guerrero, ändert die politische Strategie. Als sie gesehen haben, daß sie durch Einschüchterung, durch Drohungen oder Angst unsere Gemeinden nicht aufhalten oder kontrollieren können, haben sie einen Aufruf gestartet, Vermittler eingeschaltet (...) um eine ausgewählte Kommission zusammenzubringen (...) und einen Dialog an einem geheimen Ort zu machen (...) Aber angesichts dessen, angesichts dieses Angebots haben wir unsere Position klargemacht, daß wir bereit sind zu verhandeln, unter der Bedingung, daß es darum geht, unsere Probleme zu lösen (...) unsere Forderungen (...). Wir haben gesagt, wir können reden, aber es sollte als Zeuge das Komitee für Menschenrechte Fray Bartolomé de las Casas dabei sein, damit der Dialog harmonisch verläuft und es Respekt gibt. (...) Die Regierung hat das nicht akzeptiert und auf geheimem Dialog bestanden.

Was ist also die Absicht der Regierung? Einerseits geht es um politische Aufbereitung, daß sie uns als Organisation helfen, unsere Probleme zu lösen, aber daß wir unsere Unterstützung für die Regierung erklären, daß die Regierung von Juan Sabines eine Regierung der Stabilität ist, eine Regierung des Friedens, daß die Bauernorganisation Emiliano Zapata in Harmonie arbeitet, daß sie auf Seite der Regierung ist.“

2.1. Strategien gegenüber der indigenen Autonomie

Wie wir gezeigt haben, stellt die zapatistische Autonomie heute eine der Szenarien der offensten Konfrontation mit dem herrschenden politischen und ökonomischen System dar. Deshalb müssen die Konflikte mit den zapatistischen Gemeinden als Kampfarenen der Entwicklungsmodelle gesehen werden. Hinter den von der CCIODH beobachteten spärlichen Fortschritten beim institutionellen Respekt für die indigene Autonomie erscheint klar die Ablehnung einer Neugestaltung des Modells des Zusammenlebens durch die politischen und wirtschaftlichen Mächte auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene.

Der Bischof von Saltillo, Raúl Vega, erklärte im Interview mit der CCIODH, man dürfe folgendes nicht aus den Augen verlieren:

Interview 55. Bischof der Diözese Saltillo: Raúl Vera

"Die mexikanische Regierung bestimmt dieses Gebiet zur Beute, nicht einmal der Nation, sondern für einzelne, als Beute für die Verhandlungen. Zuerst mit der bundesstaatlichen Infrastruktur, die sie praktisch ihren Freunden schenkt ... sie entscheiden, daß Chiapas keinesfalls für die Indígenas bleibt, für all den Reichtum, den es hier gibt, an Vielfalt, Arbeit, Wasser, Holz, radioaktive Stoffe, fruchtbarem Land, auch für den Anbau, für Viehhaltung... Sie sind entschlossen, um jeden Preis in Chiapas und Mexiko das neoliberale Modell anzuwenden. Durch ein solches, neoliberales Modell haben sie die Arbeitswelt völlig schutzlos gelassen und die ländlichen Gebiete vernachlässigt."

Die CCIODH konnte verschiedene Strategien ausmachen, die Bedrohung, die die indigene Autonomie für den Aufbau des genannten Modells darstellt, nach Möglichkeit auszuschalten. Verschiedene öffentliche Programme, besonders das PROCEDE und das PROCECOM (die auf der individuellen Zertifizierung von Land basieren), bringen unvermeidlich die Spaltung der Gemeindestrukturen und damit die Schwächung der Gemeinden. Dieses Phänomen wird in den nachfolgenden Kapiteln beispielhaft dargestellt.

Interview 101. Gemeinde San Patricio (Zapatistische Unterstützungsbasen -BAZ)

„Vor ‚94 waren die Brosamen, die die Regierung jetzt verteilt, unbekannt. Wir wußten nicht, was das PROCAMPO ist, (...) was das PROGRESA ist, (...) was ein Stipendium ist. Wir haben nie gesehen, daß alle Personen Wellblechpakete bekommen hätten, wir haben nie gesehen, daß sie Pakete mit Hühnern, (...) Schweinen, (...) Macheten, (...) Feilen bekommen hätten. Aber dann, als es den Aufstand gab, kamen all die Brosamen der schlechten Regierung, um glauben zu machen, wir sind die bessere Regierung [er bezieht sich auf die Regierung des Bundesstaats], oder vielleicht, um zu versuchen, unsere Organisation zu erledigen.
(...) Wir sehen, daß all die Brosamen, die die schlechte Regierung verteilt, Produkte der Aufstandsbekämpfung sind, um unseren Kampf zu erledigen. Wir wollen nicht, daß unser Kampf aufhört, weil er uns schon viel gebracht hat, um ein Stück Land zu haben, um ein Stück Land zurückzugewinnen, auf dem wir arbeiten können, das uns gehört, weil wir früher schlimm dran waren, wir hatten nicht mal ein Stück Land zum bearbeiten.“

Zusätzlich zu den Spaltungen durch die oben genannten öffentlichen Programme konnte die CCIODH zahlreiche Zeugenaussagen über Fälle von Feindseligkeiten und Angriffen auf zapatistische Gemeinden sammeln. Sie konnte sogar ein beunruhigendes Einsetzen der Paramilitarisierung und allgemein Angriffe mit wissentlicher Duldung der Behörden und Polizeieinheiten feststellen, was in den folgenden Kapiteln an Beispielen erläutert wird. Die CCIODH ist der Meinung, daß dies weder Einzelfälle noch bloße Streitigkeiten zwischen Gemeinden sind, sondern Teil einer Verfolgung, die von den Behörden auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene durch Handlung oder Unterlassung vorangetrieben wird.

Der Streit um das Land ist immer noch der Hauptkonfliktfokus, wenn auch nicht der einzige. Deshalb widmen wir ihm ein eigenes Kapitel. Dennoch muß hier betont werden, daß dieser Konflikt direkt die Autonomie betrifft, da es sich nicht nur um ein umstrittenes Gebiet handelt, sondern um die materielle Grundlage der indigenen Autonomie und den politischen, territorialen Raum, in dem sich diese entwickelt. Deshalb muß das Versprechen der aktuellen chiapanekischen Regierung, keine Räumung der vor 2007 von den Zapatisten besetzten Gebiete zuzulassen, sehr genau beobachtet werden. So hieß es in der „Position der Regierung des Bundesstaats Chiapas angesichts der Realität und der Anklage der Räte der Guten Regierung“ (Jornada, 12. März 2008):

„1. Wir haben öffentlich erklärt, und so wird es auch sein, daß wir keine Räumung der von den Zapatisten vor 2007 besetzten Gebiete zulassen werden, besonders im Naturschutzgebiet El Huitepec.“

Im selben Dokument erkennt die Regierung die Feindseligkeiten im Fall Bolóm Ajaw an:

„3. Wir haben die wachsenden Feindseligkeiten von Mitgliedern der OPDDIC gegen das Dorf Bolóm Ajaw und zapatistische Unterstützungsbasen in Chilón und Tumbalá aufgehalten und rechtliche Schritte gegen die Anführer der Aggressionen in diesen Bezirken unternommen, was öffentlich bekannt wurde.“

Interview 83. JBG La Garrucha

„Es gibt Unterschiede, aber in einer Gemeinde [ist es] manchmal OPDDIC, manchmal ARIC Unión de Uniones, also diese Organisationen, die nur dafür da ist, um Ärger zu machen... Wir haben gesagt, daß wir nicht wollen, daß sie in unserem Gebiet Ärger machen, deshalb ist jeder für sich, sie sind auf seiten der Regierung. Wir [wollen], daß es gegenseitigen Respekt gibt mit ihnen als Organisation, oder als Indígenas, aber sie arbeiten für Geld.“

Wie in den folgenden Kapiteln gezeigt wird, beziehen sich die Konflikte, die die indigenen Gemeinden betreffen, auch auf die verschiedenen Bereiche der Umsetzung der Autonomie. Einerseits betreffen sie klar die Kontrolle der Umweltressourcen und die Möglichkeit, über ihr eigenes Entwicklungsmodell zu entscheiden.

Interview 97. Autonomer Bezirk El Trabajo

„... Die Pläne der nationalen Regierung für das Ökotourismusprojekt der Wasserfälle betreffen uns sehr (...) Wenn sie unsere Gemeinde gewaltsam einnehmen wollen, müssen sie uns von hier verjagen (...) Sie würden den Berg zerstören, und diesen Berg haben uns unsere Vorfahren, unsere Großeltern als Schutzgebiet hinterlassen. Es ist ein ererbter Besitz der Gemeinde, wo Tiere, Affen, Vögel sind (...) Ich glaube, sie täuschen die Leute, [wenn sie sagen,] daß es Ökotourismus sein wird... von der Gemeinde oder so. Es gibt vorübergehend Geld, sie bieten einen Kredit von 400-800.000 Pesos an, um Hütten zu bauen (...) Wir haben analysiert, daß wir eine so große Menge Geld nicht bestreiten können. Es wird nicht bezahlt werden können, und dann werden sie uns sagen: ihr könnt diese Arbeit nicht machen, überlaßt es uns, wir machen es.“

Obwohl der Hintergrund vieler Konflikte ein ökonomischer ist, darf man nicht vergessen, daß es zu einem Gutteil auch um Modelle kolonialer Dominanz geht, wo die Barrieren auch kultureller Art sind. In diesem Zusammenhang muß man auch den fehlenden Respekt gegenüber dem Recht der indigenen Völker sehen, das durch Sitten und Gebräuche sowie durch Mechanismen der Konfliktlösung bestimmt ist, die sie auf verschiedenste Situationen reagieren lassen.

Interview 99. Jacinto (BAZ). Ejido La Ruina, Autonomer Bezirk El Trabajo

„Das mit den Sitten und Gebräuchen, daß sie die Rechte respektieren, ist eine Lüge... Der Compañero kommt als Autorität des Rates zu einem Gespräch mit der Lizentiatin und zeigt ihr, daß er eine autonome Autorität ist. Obwohl er ein Papier hat und es ihr zeigt, wird er nicht respektiert, als ob sie nichts wert sind, es für sie nicht gilt... sie nehmen dich nicht ernst, weil du nichts hast, wo es heißt, du bist Autorität der offiziellen Regierung... Und sie respektieren weder die Rechte noch die Kultur, weil wir jetzt sehen, wie sie kommen, um ihre Programme aus der Stadt umzusetzen (...). Es gefällt ihnen nicht, daß wir versuchen, das zu tun, was wir können.“

Das autonome System hat seine Wurzeln in der Tradition, aber erneuert sich und schaut nach vorn, um auf die sich ändernden Notwendigkeiten der Gemeinden zu reagieren.

Interview 71. JBG Morelia

„In der Frage der Justiz gibt es drei Ebenen, auf lokaler Ebene einer Gemeinde muß es eine Kommission geben, die sich um die Probleme und die Rechtsprechung kümmert. Wenn ein Problem auf lokaler Ebene nicht gelöst werden kann, wird es zur autonomen Bezirkshauptstadt getragen. Dort gibt es die Kommission für Ehre und Gerechtigkeit, die aus vier Männern und vier Frauen besteht. Diese Kommission kümmert sich um Probleme innerhalb des Gebiets, aber begleitet von den autonomen Räten. Wenn es dort auch nicht gelöst werden kann, kommt es hierher [er bezieht sich auf die JBG], abhängig von der Schwere des Problems.“

In vielen Fällen werden diese Antworten im Bereich der Justiz, der Gesundheit oder der Bildung auch von Nicht-Zapatisten gern gesehen. Zeugenaussagen zeigen, daß oft Nicht-Zapatisten sich an die

JBG wenden, um ihre Probleme zu lösen. In allen Interviews der CCIODH mit den JBG wurde dies erwähnt. Am klarsten wird dies vielleicht im Interview mit der JBG von Morelia:

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

"Es gab Fälle, wo sogar Bezirkspräsidenten zur JBG kamen, weil sie schon seit 20 oder 16 Jahren Probleme haben, die sie nicht lösen können, und am Ende kommen sie hierher, zum Rat der Guten Regierung, um sie zu lösen... Das ist im Bezirk Huixtán passiert, wo ihr Bezirkspräsident mit dem von Chanal diskutierte, sie stritten sich über ein Agrarproblem, obwohl sie das leugnen, weil sie sich schämen, weil sie uns so hassen, sie haben uns verachtet...

(...)

Als sie gesehen haben, daß die Rechtsprechung der autonomen Behörden ohne Folter abläuft, ohne jemanden zu schlagen, ohne jemanden zu bedrohen, sondern Ursachen gesucht werden, so daß beide Seiten verstehen, was das Problem war, wer wirklich provoziert, haben viele Brüder von der Partei verstanden. Sie sind es, die am häufigsten zu den Autonomen Büros kommen, weil bei ihnen mehr Probleme entstehen, weil sie Alkohol trinken, stehlen, ihre Frau schlagen und Paare sich trennen...

(...)

Wer am häufigsten zu den autonomen Behörden kommt, sind die Brüder von der Partei. Aber dort wird nicht unterschieden, wir lösen die Probleme für alle, die uns vertrauen. Und wenn sie uns nicht vertrauen, gehen sie eben zu den offiziellen Behörden, denen der Regierung. Aber dort merken sie, daß auch wenn ich der Delinquent bin, wenn ich Geld habe, kaufe ich den Staatsanwalt und bin frei. Und die Opfer der Probleme werden eingesperrt, müssen eine Strafe zahlen. Also merken viele Leute der politischen Parteien, daß die Behörden der Regierung so arbeiten, und kommen lieber hierher, weil wir kein Geld verlangen.

3. Konflikte in Verbindung mit Land und Gebiet

Zweifellos ist die Agrarfrage ein wesentlicher Teil der in Chiapas zu beobachtenden Konflikte. Ein großer Teil der Fälle kreist um die verschiedenen Vorgehensweisen zur Regulierung und Titelvergabe von Land, besonders des im Zuge des Aufstandes von 1994 sowohl von Zapatisten als auch von anderen Organisationen besetzten Landes.

Als Ausgangspunkt sind einige Faktoren zu nennen, die zu einem besseren Verständnis der aktuellen Konflikte im Agrarbereich führen: in den 50er und 60er Jahren wurde von der Regierung die Kolonisierung des Lacandonischen Urwalds (der als „nationales Land“ betrachtet wurde) vorangetrieben, um den sozialen Druck zu mindern und auf die Forderungen der Bauern nach Land einzugehen. Diese Kolonisierung war gefolgt von einem langsamen und mühsamen Prozeß der Regulierung einiger Ejidos.

1992 verschärfte sich die ohnehin schon erlahmte Situation (die dadurch neue Konflikte verursacht hatte) durch die Reform des Verfassungsartikels 27. Diese Reform hatte das Ziel, die Landverteilung zu stoppen, davon da an die Ländereien in sozialem Eigentum (der Gemeinden und Ejidos) für die Logik des Marktes geöffnet werden sollte. Das Hauptinstrument dieser strukturellen Reform war das Ensemble öffentlicher Maßnahmen, die benutzt wurden, um das Eigentum an Land zu sichern und den Prozeß der Vermarktung des Landes voranzubringen. Das wichtigste Programm war zweifellos das Programm zur Zertifizierung ejidaler Rechte und Titelvergabe urbaner Grundstücke (PROCEDE), das als Vorstufe zur Privatisierung den Ejidos (eine juristische Formulierung des Gemeinschaftseigentums an Land indigener Gemeinden) gehörender Parzellen genutzt wurde.

Im Kontext von Chiapas verschärfte dieses Programm die Landkonflikte, da es sich in vielen Fällen mit dem Fideikommiß überlappte, was eine Rechtsfigur für die vorübergehende und unvollständige Landübertragung, meist im Besitz von großen Latifundien, ist, die von der EZLN und anderen Organisationen besetzt wurden. Neben diesen schwerwiegenden Problemen, die im Moment die Ursache der gewalttätigsten Konflikte in Chiapas sind, hat die CCIODH eine erneute Verschärfung der Spannungen beobachtet, die durch Drohung oder tatsächliche Durchführung von Vertreibungen unter dem Vorwand des Umweltschutzes durch die Politik der Erweiterung der Naturschutzgebiete hervorgerufen werden. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, daß Situationen, die scheinbar vielfältige Charakteristiken haben (einerseits lokale Landstreitigkeiten, andererseits Umweltkonflikte, in die globale Interessen hineinspielen), tatsächlich eine enge Beziehung von Ursache und Wirkung haben.

Der Interessenkonflikt zwischen den verschiedenen Seiten hat dazu beigetragen, die Probleme zu verschärfen, und eine allseitige Lösung in weitere Ferne rücken lassen, die sowohl der Hoffnung der Bauern, vom Land zu leben, als auch dem respektvollen Umgang mit den natürlichen Rohstoffen gerecht wird.

3.1. Vorgeschichte und aktuelle Situation der Agrarkonflikte

Die Reform des Verfassungsartikels 27, die den bäuerlichen Gemeinden die Möglichkeit nahm, an Land zu kommen, führt zu Beginn der 90er Jahre zu einem Klima der Unzufriedenheit und Ablehnung des Modells der ländlichen Entwicklung, das die Regierungsinstanzen entworfen hatten. Die Angst, den Zugang zu Gemeinschaftseigentum an Land blockiert zu sehen, steht hinter den kollektiven Landbesetzungen, die es seitdem gab, wobei die größten sich in den Monaten nach dem zapatistischen Aufstand ereigneten. Es ist notwendig, zwei Dinge hervorzuheben: zum einen wurden diese Landbesetzungen nicht nur von zapatistischen Gemeinden durchgeführt, auch wenn sie unter zapatistischem Einfluß standen. Tatsächlich sind von den 700.000 Hektar, die laut offiziellen Zahlen 1994 besetzt wurden, heute nur 250.000 in der Hand zapatistischer Gemeinden (nach Zahlen, die im Gespräch mit der Regierung von Chiapas bestätigt wurden).

Zweitens erklären sich diese Landbesetzungen aus dem chiapanekischen Kontext, wo die starke Präsenz von Großgrundbesitzern und die Knappheit von kultivierbarem Land (besonders im Hochland) traditionell dazu geführt haben, daß Gruppen von Bauern den Urwald kolonisiert haben. Viele der Gemeinden in den Cañadas (den Tälern zwischen den Bergrücken im Osten von Chiapas),

auf die dies zutrifft, warteten viele Jahre, bis ihnen das Land als Ejido zugesprochen wurde. Manche erreichten dies nie.

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

„In dieser Zone, die das Caracol von Morelia kontrolliert, gibt es alte Ejidos, die von der Regierung anerkannt wurden, worum die Ejido-Teilhaber lange gekämpft hatten, nach dem Kampf von Zapata (...) man sagt Ejidos, wo sie sind: wo die Leute nicht mehr leben können, weil es nur Felsen sind, nur Steine, nicht einmal die wilden Tiere können dort leben, wo es kein Wasser gibt, dort wird es zum Ejido erklärt, Land für die Bauern. Und wo die guten Böden sind, dort waren die Gutsbesitzer, die, die Geld haben. Angesichts all dessen haben die Bauern, die bis auf die Spitze des Berges leben, die Notwendigkeit für den Kampf gesehen, weil sie am Sterben waren. (...) Und jetzt leben in den Gebieten, die den Gutsbesitzern gehörten, die zapatistischen Compañeros und bearbeiten dieses Land, die, die kein Land haben, leben jetzt dort und bearbeiten es.“

Diese Situation hat einen gewundenen Weg gezeichnet, in dem der Landbesitz zwar nicht mehr das einzige Problem ist (dazu kommen wachsende Schwierigkeiten im Zugang zu anderen Ressourcen), aber weiterhin ungelöst ist. Weit davon entfernt, diese faktische Agrarreform vollständig zu akzeptieren, haben die Behörden die Konflikte durch punktuelle „Zugeständnisse“, die die Spaltung zwischen verschiedenen Gemeinden fördern, weiter angeheizt.

Nach den Landbesetzungen strömten viele betroffene (große und kleine) Eigentümer in die Städte und baten die Regierung des Bundesstaats um Entschädigung, mit dem Argument, daß die Ursache der massiven Landbesetzungen die fehlende Behandlung des Agrarproblems von seiten der Behörden war.

Unter diesem Druck entschied die nationale Regierung seit 1995, diese Gebiete unter die juristische Figur des Fideikommiß zu stellen, mit zwei Hauptzielen: zum einen die Rinderzüchter und Großgrundbesitzer zu entschädigen, die mit dem zapatistischen Aufstand von 1994 ihr Land verloren; zum anderen, den besetzten gebieten eine vorübergehende juristische Figur zu geben, mit der den Indígenas dieser Zonen das Land für zehn Jahre geliehen wurde. Das war faktisch ein Weg der juristischen Regulierung des Eigentums.

Die Situation, die auf die Landbesetzungen folgte, ist komplex und oft konfliktreich. Das folgende Zeugnis beinhaltet einen Teil dieser Komplexität.

Interview 38. Bevollmächtigter für die Versöhnung der indigenen Gemeinden und Völker. Juan Vázquez

„Die Agrarreform at Programme zur Entschädigung geschaffen, um allen das Land, das sie verloren haben, zu bezahlen (...) es wurden Fideikommisse geschaffen, damit die Gruppen diese Ressourcen nutzen und der Eigentümer entschädigt werden konnte. Das andere Programm, das die nationale Regierung damals entwickelt hat, ist eine Art Kredit, den sie FIAPAN nennen, fast wie eine Art Darlehen an die Eigentümer, die ihre Grundstücke verlassen mußten. Und wenn es irgendwann die Möglichkeit zur Rückkehr gäbe, müßten sie dieses Geld zurückzahlen. Und in den Fällen, wo es keine Möglichkeit zur Rückkehr gibt, muß er das Geld nicht zurückzahlen, aber das Grundstück geht in das Eigentum der Regierung über. Daher gibt es eine Menge Grundstücke, die jetzt der Regierung gehören und die Teil einer Lösung einiger Konflikte sein könnten, die es heute um das Land gibt. Und das dritte ist das neueste und bezieht sich auf die Eigentümer, die nicht akzeptiert haben, ihr Land durch Fideikommiß zu verkaufen und auch nicht das Darlehen angenommen haben. Es gibt viele Eigentümer, die nicht verzichtet haben, die hoffen, daß sie eines Tages zurückkehren können, die hoffen, daß die Lösung des Problems überdacht wird, was bis jetzt nicht möglich war. Vor kaum zwei Jahren hat die nationale Regierung ihnen ihr Land bezahlt, ihre Grundstücke gekauft, und jetzt fehlt noch die Überprüfung, welcher Gruppe es gehört.“

Eine der Quellen des Konflikts ist, daß die Landbesetzungen oft von der EZLN gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführt wurden. In der Praxis bekamen diverse Gemeinden und Organisationen, die juristisch Personen waren, Landtitel im Rahmen dieser juristischen Figur durch eine nominale Liste der Begünstigten zugesprochen. In vielen Fällen wird diese Landzusprechung mit Krediten für produktive Projekte kombiniert. Die in einer Bank hinterlegte Summe wird von den Begünstigten zurückgezahlt, die daraufhin das Landeigentum legal beanspruchen können.

Die zapatistischen Gemeinden, die nicht als juristische Person gelten, werden in dem Prozeß der Landverteilung nicht berücksichtigt. In jedem Fall gibt es Gemeinden, die jeglichen Vertrag mit der Regierung ablehnen, weil sie einen Mangel an politischem Willen sehen, die Probleme zu lösen.

Aktuelle Situation

Die Bedingungen der Marginalisierung und Armut in den bäuerlichen Gemeinden, der Druck des offenen Marktes auf das Land und die internen Spaltungen in den Organisationen führen dazu, daß einige Familien entscheiden, sich den regierungstreuen Organisationen anzuschließen, um ihre Agrarsituation zu regeln. Das Fehlen effizienten und entschlossenen Handelns seitens der Regierung in Agrarfragen fördert in vielen Fällen ein Klima der Spaltung und Konfrontation zwischen Gemeinden.

Die beste Zusammenfassung von dem, was die Agrarpolitik der nationalen sowie der bundesstaatlichen Regierung in Chiapas im Rahmen des Konflikts gebracht hat, sowie der Folgen für die aktuelle Situation gibt die chiapanekische Regierung selbst.

Interview 247. Vertreter der Regierung von Chiapas bei der COCOPA: Jaime Martínez Veloz

"Ich bin überzeugt, daß die mexikanische Regierung mit einer Haltung, Konflikte zwischen der EZLN und Bauern sowie Indigenen zu schüren, Leute mit Bedarf an Land unterstützt hat, aber in denselben Zonen, in denen die Zapatisten Land besetzt hatten.

Sie macht sie zu Ejido-Eignern und schafft damit offensichtlich Konflikte. Auf demselben Gebiet gibt es die, die das Land besetzen und die, die den Landtitel haben. Das ist schon in den ersten Jahren passiert, '95, '96... und die Auswirkungen sieht man heute."

Die CCIODH versteht, daß es (in groben Zügen und ohne erschöpfend darauf einzugehen) drei große Verfahrensweisen der Vergabe und Betitelung von Land gibt, die Konflikte hervorrufen und sich in vielen Fällen überlappen. Kurz gesagt sind es folgende:

- Fideikommiß: wie wir erklärt haben, entstehen sie nach 1994 mit verschiedenen Zielsetzungen, unter anderem, die Eigentümer des Landes zu entschädigen, das in der Hitze des Aufstandes sowohl von Zapatisten als auch von anderen Organisationen besetzt wurde, wobei zugleich eine juristische Konstruktion für jenes Land geschaffen wurde, das in der Mehrheit außerhalb der Kontrolle der bundesstaatlichen Regierung blieb. In diesem spezifischen Kontext der Landvergabe, deren Titel auf dem Spiel steht (die Fideikommissionen hatten eine Dauer von zehn Jahren, die in der Mehrheit der Fälle abgelaufen ist) hat die CCIODH die schwersten Aggressionen festgestellt, die dem repressiven Muster folgen, das wir im folgenden Kapitel erklären werden. Diese Aggressionen sind hauptsächlich gegen zapatistische Unterstützungsbasen gerichtet, und die Betroffenen klagen an, daß das Ziel ihre gewaltsame Vertreibung ist. Nach vorläufigen Zahlen von CAPISE beträgt die Gesamtzahl der Gebiete, die durch dieses Verfahren umstritten sind, 13.586, wodurch 705 zapatistische Familien und 12 Familien von Xi'Nich betroffen sind.
- PROCEDE und PROCECOM: Nationale Programme der Titelvergabe und Zertifizierung von Grundstücken, die reguliert und in das Programm einbezogen wurden. Diese Art von Regulierung wurde hauptsächlich in der Zone des Lacandonischen Urwalds durchgeführt. Dieses Programm beinhaltet eine Zertifizierung (in der Mehrheit der Fälle ohne rechtliche Bedeutung) der individuellen Parzelle – im Fall von Chiapas 5 Hektar pro Familie (unabhängig von der Zahl der Familienmitglieder) –, die Teil eines Gemeinschaftseigentums, des Ejidos, bleibt, dessen Autorität die Gemeindeversammlung ist. Ein Gutteil der Organisationen, die seinerzeit gemeinsam mit den Zapatisten Land besetzt hatten oder an zapatistische Grundstücke angrenzendes Land besetzt halten, lassen ihr Land, und manchmal das der Zapatisten, vom PROCEDE zertifizieren. Angesichts des neoliberalen Charakters dieses Projekts und seiner Verbindung zu anderen Programmen mit Hilfscharakter beteiligen sich die Zapatisten nicht an diesem Verfahren der Titelvergabe und Zertifizierung des Landes und haben dieser niemals zugestimmt. Tausende Hektar dieses regulierten Landes sind besetztes Land, während die Zapatisten außerhalb der Verhandlungen blieben, wodurch neue Situationen des Konflikts und der Unsicherheit über den Landbesitz entstanden. Die von CAPISE dokumentierten offiziellen Zahlen zeigen:

Dokument 34b. CAPISE

Die SRA (Ministerium für Agrarreform) hat 28.568 Hektar „regularisiert“. Das bedeutet, daß die „regulierte“ Bevölkerung (28.568 Hektar) innerhalb der 501.000 Hektar bereits ihre Landtitel hat, das heißt, sie wurde zu Ejidos und in das PROCEDE integriert.

- Dekrete von Montes Azules und neue Schutzgebiete. Die Dekrete von Mai und August 2007 betreffen zusammen 36.332 Hektar innerhalb der Zone des Lacandonischen Urwalds. Folglich sind die zapatistischen Siedlungen und die anderer Organisationen innerhalb dieser Zone unter Druck oder von Räumung bedroht.

Mit diesem Panorama scheint es schwierig, eine Lösung der komplexen Agrarprobleme in Chiapas auszumachen, wo sich verschiedene klientelistische Praktiken ineinander verweben, die ihre eigene und oft einander widersprechende Logik haben, sowie Spaltungen der sozialen Mobilisierung, der Eifer einer geostrategischen Positionierung, eine repressive Politik und die ökonomische Ausbeutung der Ressourcen.

3.2. Agrarkonflikte: Verfahren der Titelvergabe und Zertifizierung

3.2.1. Vergabe von Land und Ressourcen: Versuch der sozialen Demobilisierung

Regelmäßig werden die Landstreitigkeiten als historische Konflikte zwischen Gemeinden aufgrund des knappen verfügbaren Landes dargestellt. Mit dieser Darstellung wird versucht, die Verantwortung der verschiedenen nationalen und bundesstaatlichen Regierungen sowohl für die Entstehung als auch für die Verfestigung dieser Konflikte zu vertuschen.

Bis heute ist, wie die CCIODH bei früheren Besuchen feststellen konnte, die regelmäßig wiederholte Richtlinie der Behörden die Umsetzung einer neoliberalen Politik der ländlichen Entwicklung, die die Umwandlung des Landes und der natürlichen Rohstoffe in Waren und ihre ungezügelte Eingliederung in den Markt zur Folge hat. In diesem Rahmen wird die Vergabe von Land und Projekten zu einem Instrument der Kooptierung der Gemeinden durch die Behörden.

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

„(...) fast überall auf dem wiedergewonnenen Land sehen wir, daß die Regierung den Brüdern der Partei, der OPDDIC oder anderer Organisationen Projekte bringt. Sie bekommen Projekte, aber weil sie kein Land haben, ist die Idee, daß das Vieh, die Tiere, die sie bekommen, dafür das sind, das sie in das wiedergewonnene Land eindringen, damit sich zapatistische Indígenas mit den Brüdern der Partei um das Land streiten, weil die Brüder von der Partei kein Land haben, aber sie bringen ihnen zum Beispiel ein Viehprojekt, aber sie wissen nicht, wo sie sie hinstellen sollen, sie brauchen Land für die Tiere, es bleibt ihnen also nichts anderes übrig, als (...) das Land wieder wegzunehmen, das der Organisation gehört, so machen sie es, und da fängt ein ernsthafter Konflikt an.“

Die verschiedenen Entwicklungsprojekte in der Zone zielen hauptsächlich auf eine marktorientierte Landwirtschaft, die der Subsistenzwirtschaft, Garant der Ernährungssouveränität, entgegengesetzt ist. Wie in vielen anderen Fällen gibt in Cruztón, Bezirk Venustiano Carranza, wo sich zwei Gruppen um ein Stück Land streiten, die Regierung einer der Gruppen Projekte im Tausch für den Verzicht auf ihre Forderungen.

Interview 27. Zapatistische Unterstützungsbasen. Gemeinde Cruztón, Bezirk Venustiano Carranza

„Die Regierung kann uns sagen, daß wir das Land räumen sollen, weil sie uns sagen, sie geben ns Projekte. Aber wir wollen keine Projekte, weil sie uns immer gesagt haben: ‚verlaßt das land, und wir geben euch Projekte. Welches Projekt wollt ihr? Wir geben es euch.‘ Aber wie wir gesagt haben, was wollen wir mit Projekten, wenn wir kein Land haben? Sicher wollen wir Projekte, aber wir brauchen auch das Land. Oder wie wir gesagt haben bezüglich des Projekts das sie uns geben wollen, warum geben sie es uns, sollen sie es doch anderen geben, sollen sie ihnen anderswo Land kaufen. (...) Das einzige Projekt, das wir wollen, ist das Land, das Land, auf dem wir jetzt sind.“

Dadurch wird diese Politik zu einem Mechanismus der Auflösung sozialen Unmuts, indem versucht wird, Spaltungen zwischen verschiedenen Gemeinden und innerhalb derselben hervorzurufen.

Ohne sich über ihre eigenen Programme zu äußern, interpretiert die Regierung von Chiapas die nationalen Programme und Handlungsweisen als Provokationen, die auf die Ermüdung der sozialen Organisationen und konkret der EZLN abzielen.

Interview 247. Vertreter der Regierung von Chiapas bei der Cocopa: Jaime Martínez Veloz
„Mir schien es nicht gut, daß die Kommission der Indio-völker einen Werbeakt bezüglich der Unterstützung einiger Gemeinden durchgeführt hat, die Zapatisten sind oder damals waren. Das trägt in keiner Weise dazu bei, die Bedingungen für ein Treffen zu verbessern, im Gegenteil. Diese Tatsachen, die vielleicht für einige Funktionäre unbedeutend erscheinen, sind sehr bedeutend, weil sie Anzeichen dafür sind, daß es eine Politik gibt, die auf die Ermüdung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung zielt.“

In diesem Kontext werden die Erfahrungen indigener Autonomie (die das Recht auf ihr Territorium ausüben) als inkompatible Vorschläge gesehen, die kontrolliert und nach Möglichkeit ausgeschaltet werden müssen. Jedoch verhindert ein Klima permanenter Spannungen die Regierbarkeit, die von den Behörden ebenfalls als notwendig für ihre Entwicklungsprojekte gesehen wird. Sicherlich aus diesem Grund, ohne weitere Gründe auszuschließen, verteidigt die aktuelle Regierung in ihren öffentlichen Äußerungen die Notwendigkeit einer Richtungsänderung, die auf die Wiederaufnahme eines Dialogs zielen könnte.

Diese Besorgnis der bundesstaatlichen Behörden spiegelt sich wider in den (bisher vereinzelt) Bemühungen, dazu beizutragen, daß zwei im Streit liegende Gemeinden zu einer Vereinbarung kommen. Dies geschah kürzlich im Bezirk Las Margaritas, wo die Regierung, um den Streit zwischen der zapatistischen Gemeinde 24 de Diciembre und den Ejido-Teilhabern von drei benachbarten Gemeinden, die der Unión de Ejidos de la Selva (UES) angehören, um 525 Hektar Land beizulegen, die Bauern der UES entschädigte, damit die Zapatisten auf ihrem 1994 wiedergewonnenen Land bleiben konnten.

3.2.2. Konfliktive Vorgehensweisen bei der Regulierung des Landes

Bezüglich der durch die Landbetitelung hervorgerufenen Konflikte hat die CCIODH drei Verfahrensweisen ausgemacht, die in Chiapas eine Vielfalt von Landkonflikten hervorgerufen haben:

PROCEDE und PROCECOM: zur Privatisierung des Landes

Die Programme zur Zertifizierung von Land auf nationaler Ebene, PROCEDE (für Ejido-Rechte) und PROCECOM (für Gemeindebesitz), die das System des Landbesitzes tiefgreifend verändern sollen, haben das erklärte Ziel, Sicherheit über den Besitz des Landes zu bringen und somit einen an die von den internationalen Institutionen (besonders der Weltbank) definierten Ziele abgepaßten Grundstücksmarkt zu schaffen.

Die Umsetzung dieser Programme hat zu Spaltungen in den Gemeinden geführt zwischen denen, die sich ihnen verweigern, und denen, die sie wünschen. In vielen Interviews mit der CCIODH wurden diese Spaltungen beklagt.

Interview 99. Jacinto (BAZ). Ejido La Ruina. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Angeblich ist es, um besser zu leben, aber in Wirklichkeit ist es nicht so, sondern um die Völker zu spalten, denn wenn du beim Procede mitmachst, mußt du einen Betrag für dieses Grundstück bezahlen. Und damit es Spaltungen gibt, weil die Regierung genau weiß, daß die im Widerstand nicht zahlen und es deshalb Konflikte mit den politischen Gruppen oder den politischen Parteien gibt, mit denen PRI-Anhängern, daß es Zusammenstöße gibt und die Spaltung beginnt. all das erzählt der Compañero, daß das Procede eine weitere Taktik der Regierung ist, um mit dem Zapatismus Schluß zu machen. "

Die Schaffung dieser Spaltungen in den Gemeinden hat mit zwei weiteren Faktoren zu tun: erstens mit dem regelmäßigen Stellen von Bedingungen für die produktiven Programme, für die Kredite oder Entwicklungsprojekte, die an das Vorlegen eines individuellen Besitztittels unter diesen neuen Bedingungen geknüpft sind. Das wird von den Gemeinden als ein starkes Druckmittel der Regierung erlebt.

Interview 105. Vertriebene von Comajil

"Wir akzeptieren das PROCEDE nicht, weil wir wissen, daß wir mit dem Procede nicht gut fahren werden, das ein Programm der Regierung ist, und der Bevollmächtigte hat uns gezwungen, es zu akzeptieren, aber wir lehnen dieses Procede ab, weil es uns nichts nützt."

Zweitens zertifizieren und betiteln diese Programme das Land individuell, aber dieses bleibt im Rahmen eines Gemeinschaftseigentums, was Konflikte bei seiner Durchführung hervorruft, während es in einer Epoche des wirtschaftlichen Mangels in den indigenen Gemeinden den Verkauf fördert.

Interview 86. SERAPAZ: Luís Menéndez

"(...) in vielen Gemeinden, wo das Procede eingeführt wurde, gab es Fälle von irregulären Landverkäufen, viele Landkonflikte in diesen Gemeinden, weil es irreguläre Verkäufe sind; das Akzeptieren des Procede bedeutet nicht, daß sich das Ejido auflöst, die Struktur des Ejido bleibt weiterhin bestehen, deshalb haben die Leute, die das Land kaufen, Probleme, weil sie es nicht beurkunden können, sie brauchen die Zustimmung der Versammlung, und wenn es diese Zustimmung in der Ejido-Versammlung plötzlich nicht gibt, hat logischerweise die Person, die das Grundstück kauft, Probleme, und diese Probleme gab es tatsächlich, zum Beispiel in Ocosingo, ja, es gibt viele Probleme um das Land."

Die Zeugenaussage des Rats der Guten Regierung von Morelia zeigt eine globale Sichtweise der Folgen des Procede für die Gemeinden.

Interview 71. Rat der Guten Regierung von Morelia

"Und das mit dem Procede, obwohl sie die Ejido-Teilhaber täuschen, weil sie ihnen erst sagen, sie werden ihr Stück Land anerkennen, sie geben ihnen den Titel, daß sie die wirklichen Besitzer sind, aber letztlich enden diese Ejido-Teilhaber damit, daß sie ihre Grundstücke verkaufen, weil es das ist, was ihnen die sagen, die beim Procede arbeiten: du kannst auf deinem Land arbeiten, aber du weißt, was du hier machst, wenn du das Land verkaufst, wenn du das Holz verkaufst, die Rohstoffe, die dein Land hat, ist es für dich, aber wenn du das Land verkaufen willst, kannst du das auch tun, weil es dir gehört. Und viele Leute verstehen nicht und glauben, es ist gut für sie, und akzeptieren das Programm, und letztlich bleiben sie auf der Straße, weil sie ihr Land an die verkaufen, die ein bißchen mehr Geld haben. Bisher haben die, die das Procede akzeptiert haben, gemerkt, daß die, die das Stück Land kaufen konnten, diejenigen im selben Ejido sind, die ein bißchen mehr Geld haben, jetzt kommen Leute von außen, um zu kaufen, weil sie sehen, daß es auf diesem Stück Land viel Reichtum gibt."

Die aktuelle Regierung von Chiapas macht deutlich, daß die Zertifizierung des Landes ein notwendiges Element zur Einführung von Entwicklungsprogrammen und –politik im Bundesstaat ist.

Interview 288. Regierungsteam von Chiapas

"Es war ein nationales, kein lokales Programm. Das Programm ist beendet, es existiert nicht mehr. Es wurde durchgeführt, aber in Chiapas blieben Tausende Hektar, ca. 400.000, ohne Legalisierung (...) Viele Hektar blieben ohne Einwilligung, sie können nicht legalisiert werden, es gibt für sie weder Kredite noch Hilfen, was den Bundesstaat zurückwirft, als Bundesstaat Chiapas, weil er nicht dasselbe bekommt wie einer aus Veracruz oder einer aus Tabasco."

Die Fideikomisse und der Druck auf die wiedergewonnenen zapatistischen Gebiete

Gleichzeitig mit dem Beginn der Regulierungen durch das PROCEDE liefen einige der in den Fideikomissen der ersten Jahre der zapatistischen Rebellion festgelegten Fristen ab. Offensichtlich gab es frühere Landkonflikte, bei denen die Fideikomisse Schutz boten, aber es gab einen deutlichen Anstieg der Konflikte um Land, das in den letzten Jahren in dieser Weise reguliert worden war, was zeitlich mit der Ingangsetzung des zapatistischen autonomen Projekts (2003) und mit der Reaktivierung repressiver Strategien, die wir im nächsten Kapitel erklären, zusammenfällt.

Die CCIODH hat verschiedene Formen des Drucks auf wiedergewonnenes zapatistisches Land dokumentiert. So wurden z.B. in drei spezifischen Fällen, die die JBG von La Garrucha vorlegte - Emiliano Zapata im autonomen Bezirk Ricardo Flores Magón, San Juan (bzw. Nuevo San Manuel) im autonomen Bezirk San Manuel und Rafael Moreno im autonomen Bezirk Francisco Gómez – die 1994 zurückgewonnenen Ländereien, die jetzt von den Zapatistischen Unterstützungsbasen bearbeitet werden, teilweise oder ganz von Gruppen der OPDDIC, der URCI oder von Paz y Justicia der Gemeinde Emiliano Zapata okkupiert. In einigen Fällen hat diese Situation zur Vertreibung der Zapatistischen Unterstützungsbasen geführt.

Nach Zeugenaussagen sind viele Menschen auf der Suche nach Land für sich selbst oder für ihre Kinder und lassen sich irgendwo nieder. Es funktioniert so: Eine oder zwei Personen erkunden eine Gegend, wo sie sich niederlassen wollen, und bringen später den Rest ihrer Familie oder manchmal Mitglieder ihrer alten Gemeinde mit. So geschah es im Fall Nuevo San Manuel (früher San Juan del

Río), das 1997 gegründet wurde. Nach einem Jahr boten Regierungsbeamte die Legalisierung des Landes an, sieben der 18 Familien entschieden, sich der OCPAS (oder OPAS, was vermutlich für Bauernorganisation der landwirtschaftlichen Produzenten des Urwalds steht) an.

Andere Personen schlossen sich ihnen an, und nach und nach drangen sie auf verschiedene Grundstücke vor, die vorher gemeinschaftlich bearbeitet worden waren, und verdrängten so die Familien, die sich weiterhin als Zapatisten verstehen. Später drangen die Kinder von Mitgliedern des benachbarten Ejidos La Peña, die es nicht schafften, durch die Ausweitung des Ejidos Land zu bekommen, ebenfalls auf das Land von Nuevo San Manuel vor. Letztere sind in der historischen ARIC organisiert. Vorher hatten sie nie Probleme. Die Betroffenen, erzählten, daß die Ejido-Mitglieder von La Peña sogar ihre Ablehnung des Verhaltens ihrer Angehörigen erklärten.

Interview 85. Moisés (BAZ). Gemeinde San Juan del Río. Autonomer Bezirk San Manuel
"Also sind die, die immer gehen, dorthin gegangen und haben ihre Siedlung errichtet, wofür sie Strom in ihre Gemeinden gelegt haben, deshalb sind sie dort hingegangen und bleiben in der Nähe der Strommasten (...) Sie suchen die flachsten Gebiete. Sie sind clever. Und was uns bleibt, ist die Aussaat im Mai, im Juni (...) Wir können nicht mehr wie jetzt säen und als Weide. Dort gibt es kein Wasser, nur für das Maisfeld, deshalb benutzen wir nur das hier als Weide: die 40 Hektar und diese 20 Hektar und ein anderes Stück, das wir dort in der Siedlung am Fluß haben, weil das Vieh Wasser trinken muß. Also ist es hier nur für Mais, um Bohnen, Bananen, Guayave zu säen, wir nennen es in trockener Erde, weil es hier ein Abhang ist."

Wie man aus den Zeugenberichten sieht, ist dieses Vorgehen der Regulierung eng verbunden mit dem PROCEDE und dem PROCECOM, den benachbarten Gemeinden angeboten (und oft akzeptiert) werden. Wenn die strukturellen wirtschaftlichen Bedingungen die Bauern zu großen Landverkäufen zwingen (die durch die Zertifizierung durch diese Programme erst möglich werden), sind die Grundstücke, die „verfügbar“ bleiben, die wiedergewonnenen. Diese Situation spiegelt sich perfekt in der folgenden Aussage wider.

Interview 83. Rat der Guten Regierung La Garrucha
„Nun, das ist es, was es jetzt mit der Regierung gibt. Weil die Regierung weiß, daß wir eben Bauern sind, daß wir kein Geld haben, deshalb glaubt die Regierung, daß sie uns gewinnen kann. Jemand, der nicht bescheid weiß, verkauft sein Land, und dann organisiert er einen Haufen Leute, von OCPAS, von URCI, um auf dem wiedergewonnenen Land Ärger zu machen. Von wem kommt also die Idee? Die Idee kommt von der schlechten Regierung, so passiert es jetzt (...) Wir haben gesehen, daß sie parzellenweise verkaufen (...) zwei, drei oder vier Hektar, um ihre Familien zu unterstützen. Aber bald werden sie wieder um die wiedergewonnenen Gebiete streiten, bald werden sie ihre Leute zusammenrufen, um denen Ärger zu machen, die auf dem Gebiet leben.“

Wir werden später einige genauere Beispiele dieser Situation bringen, in der sich die Konflikte um die Autonomie und das Land abspielen und die durch eine repressive Strategie gelöst werden, die Militarisierung, Paramilitarisierung und ein repressives Verhalten der Polizei mit irregulären Verfahren kombiniert. Zunächst aber ist es nötig, die Daten der Bezirke, der Größe in Hektar und der Familien aufzulisten, die von den Landkonflikten betroffen sind, die mit dieser Regulierung und Titelvergabe verbunden sind.

Liste der von den Landkonflikten in Verbindung mit den Fideikommissen betroffenen Bezirke, Hektar und Familien

Quelle: CAPISE

CARACOL BARRIOS	ROBERTO	Offizieller Bezirk	Ha betroffen	zapatistische Fam.	Fam. Xinich
Autonomer Bezirk EL TRABAJO					
CHOLAS DE TUMBALA		Palenque	535,00	38	
Autonomer Bezirk AKABALNA					
NUEVA REVOLUCION		Tila	400,00	45	
CHULUM JUAREZ		Tila	30,00	16	
PROPIEDAD GUACAMAYA.		Tila	19,00	4	
PROPIEDAD EL VIOLIN		Tila	1,50	3	
Autonomer Bezirk LA DIGNIDAD					
SAN PATRICIO		Sabanilla	265,00	25	
Autonomer Bezirk LA PAZ					
NUEVO PROGRESO		Tumbala	130,00	17	
LINDA VISTA		Tumbala	48,00	9	
RANCHO LA SOMBRA-ANEXO		Salto de Agua	90,00	2	
LA REVANCHA					
Autonomer Bezirk VICENTE GUERRERO					
NUEVO TILA		Ocosingo	735,00	2	12
		Zwischensumme	2.253,50	161	12

CARACOL MORELIA	Offizieller Bezirk	Ha betroffen	zapatistische Fam.	Fam. Xinich
Autonomer Bezirk OLGA ISABEL				
BOLÓN AJAW	Chilón	339,00	47	
YAXTE	Chilón	36,00	12	
MUKULUM BACHAJON Paket 1	Chilón	1.580,00	Enteignung konkretisiert	
MUKULUM BACHAJON Paket 2	Chilón	1.420,00		
SAN MIGUEL AGUA AZUL		150,00	16	
EJIDO LA PERSEVERANCIA		4,00	1	
BALULUMASH		30,00	6	
CARMEN SAQUILA		66,00	14	
PREDIO SANTA ANITA		90,00	24	
SHISHINTONIL		160,00	31	
LACANTAJAL		140,00	35	
Verschiedene Siedlungen (Morelia und Roberto Barrios)	Chilón - Tumbalá	2.091,00		
Autonomer Bezirk VICENTE GUERRERO				
NANTZE Y 21 DE ABRIL	Altamirano	1.569,00	30	
Autonomer Bezirk PRIMERO DE ENERO				
PATRIA NUEVA		199,00	25 (ca.)	
SLUMGUINAL JALAMETIC		170,00	30	
RANCHO LA VALENCIA		20,00	20 (ca.)	
	Zwischensumme	8.064,00	246	0

CARACOL LA GARRUCHA	Offizieller Bezirk	Ha betroffen	zapatistische Fam.	Fam. Xinich
Autonomer Bezirk SAN MANUEL				
20 DE FEBRERO	Ocosingo	230,00	5	
FRANCISCO VILLA	Ocosingo	40,00	31	
SAN MANUEL (Früher San Juan del Río)	Ocosingo	228,00	9	
BENITO JUAREZ	Ocosingo	308,00	35	
MIGUEL HIDALGO	Ocosingo	180,00	24	
LAS TACITAS	Ocosingo	300,00	15	
Autonomer Bezirk RICARDO FLORES MAGON				
6 DE OCTUBRE		1.000,00	58	
EMILIANO ZAPATA		69,00	7	
NUEVO JERUSALEM		30,00	10	
EJIDO EL CALVARIO		30,00	15	
Autonomer Bezirk FRANCISCO GÓMEZ				
RAFAEL MORENO		1,50	10	
NUEVO ROSARIO	Ocosingo	180,00	15	
	Zwischensumme	2.596,50	234	0

CARACOL LA REALIDAD	Offizieller Bezirk	Ha betroffen	zapatistische Fam.	Fam. Xinich
Autonomer Bezirk SAN PEDRO MICHOACAN				
24 DE DICIEMBRE		525,00	45	
Bezirk LIBERTAD DE PUEBLOS MAYAS				
BENITO JUAREZ		147,00	19	
	Zwischensumme	672,00	64	0
	Summe	13.586,00	705	12

Montes Azules und andere Naturschutzgebiete: Räumungen und Umsiedlungen

Angeichts des chiapanekischen Reichtums an natürlichen Rohstoffen (biologische Vielfalt, Wasser, Energie, Holz etc.) besteht ein Großteil der Landkonflikte in den Unterschiedlichen Strategien ihrer wirtschaftlichen Nutzung, besonders im Naturschutzgebiet Montes Azules. Ursprung dieser Konflikte ist die Umweltschutzpolitik der nationalen Regierung, in der auf wirtschaftliche Verbindungen zu transnationalen Unternehmen gesetzt wird, um die Naturschutzgebiete territorial neu zu ordnen und hinterher zu verwalten.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste

“Seit den 90er Jahren kommt der Umweltschutz auf, und die Unternehmer verwandeln sich in Umweltschützer, und es beginnt diese Politik, Naturschutzgebiete zu schaffen, unter nationaler Kontrolle, aber mit privatem Geld (...) Die großen multinationalen Unternehmen zahlen für den Naturschutz, und die Regierungen schaffen Fideikomisse für Naturschutzgebiete. Aber sie schützen im Rahmen des Möglichen, ohne Völker, ohne indigene Völker oder Bauern. Und wenn das nicht möglich ist, dann eben mit bedingungslosen Völkern, die zu Teilhabern dieser Privatisierung werden, Minderheitsteilhaber, die sich mit Brotkrumen zufriedengeben. Und nicht die ganzen Völker, sondern Teile des Volkes, die zu Minderheitsteilhabern des Umweltschutzes werden.“

Montes Azules: neue Räumungen

1972 wurden durch ein Dekret des Präsidenten 618.000 ha Land im Lacandonischen Urwald an die Lacandonische Gemeinde übertragen. 1978 wurden 300.000 ha dieses weitläufigen Gebiets zum Naturschutzgebiet Montes Azules (RIBMA) erklärt. Sowohl das Dekret von 1972 als auch die

Einrichtung der RIBMA 1978 führten zu Konflikten, da die Landrechte zahlreicher Gemeinden und Ejidos, die seit langem auf diesem Gebiet angesiedelt waren, mißachtet wurden.

Die CCIODH hat die zahlreichen Klagen über Unregelmäßigkeiten bei den Räumungen und Enteignungen von Grundstücken sowie über gewalttätige Vorfälle in der RIBMA nachverfolgt. Die letzte Etappe des Konflikts begann im Mai 2007, als ein neues präsidentielles Dekret über die Enteignung von 14.000 ha Land veröffentlicht wurde, die offiziell der Lacandonischen Gemeinde gehören. Nach Daten von CAPISE sind durch die Dekrete von Mai und August 32.332 ha von der Umstrukturierung des Landes innerhalb der Lacandonischen Zone betroffen. Dieses Dekret, daß von der nationalen Regierung durch die Naturschutzbehörde SEMARNAT erlassen wurde, addiert sich zu der in den letzten Jahren in der RIBMA betriebenen Politik, die verschiedene Konflikte hervorrief, in die sowohl lokale Akteure (Gemeinden), nationale Institutionen (SEMARNAT, PROFEPA – ebenfalls eine Naturschutzeinrichtung –, die Agrarreformbehörde SRA), sowie externe Akteure (NGOs, Umweltschutzlobbys, Stiftungen, Privatunternehmen wie auch Agenturen für internationale Zusammenarbeit) involviert sind.

Deshalb ereignen sich die Enteignungen vom Mai 2007, obwohl sie Unzufriedenheit und Proteste von eiten der betroffenen Organisationen hervorrufen, im Rahmen der zweideutigen Beziehungen, die einige von ihnen mit den verschiedenen Regierungen des Bundesstaats unterhalten, uns stehen in Zusammenhang mit der Erteilung von Projekten durch die Regierung mit dem Ziel, die erwähnte soziale Unzufriedenheit zu deaktivieren.

Interview 86. SERAPAZ: Luís Menéndez

"Dieses erste Treffen, von dem ich gesprochen habe, war Ende Oktober. Es wurde für Mitte November einberufen, und in diesem Zeitraum begann der Streit zwischen den Organisationen um diesen Raum (...) es hat damit zu tun, sich bei dieser Ressourcenverteilung zu positionieren, die die nationale und die bundesstaatliche Regierung auch durch die Gemeinden vornehmen. Und ich glaube, daß sie das soziale Netz zerstört, versucht, eine Basis zu schaffen, auf der sie ihr neoliberales politisches Projekt aufbauen können (...) In dem es darum geht, mit Projekten Ressourcen abzuleiten. Diese Ressourcen der Verhandlungen, etc. Es gibt zwei Wege, den einen beschreitet die nationale Regierung in Montes Azules mit Umsiedlungen, in einem Plan der Abwehr und der territorialen Kontrolle und der Ermöglichung des Zugangs für transnationale Unternehmen oder der Interessen von außen für die natürlichen Rohstoffe, um sie zu identifizieren oder zu dokumentieren oder sie sich anzueignen. Es gibt also diese Politik der aggressiven Abwehr durch die Regierung, in einigen Fällen gewaltsam wie im Fall Viejo Velasco."

Am 18. August wurden die 39 Einwohner/innen (von denen 26 Kinder waren) der Siedlungen "Buen Samaritano" und "San Manuel" geräumt, die zapatistische Unterstützungsbasen sind und im offiziellen Bezirk Ocosingo liegen. Diese Räumungen wurden mit Hubschraubern durchgeführt, die Häuser der Bewohner/innen wurden zerstört und es wurde die Brutalität beklagt, mit der sie durchgeführt wurden.

Seit Beginn des Prozesses haben nur zwei Gemeinden neue Siedlungen errichtet – die Choles in Frontera Corozal (früher Frontera Echeverría) und die Tzeltales in Nueva Palestina – und bekamen nach einem schwierigen Verhandlungsprozeß den Status *Subcomuneros*. Seitdem waren die Bewohner/innen von Frontera Corozal und Nueva Palestina die gewalttätigsten Protagonisten der Zusammenstöße mit den von den Behörden als irregulär bezeichneten anderen Gemeinden des Gebiets. Zu erwähnen sind die Überfälle 2003 gegen die Gemeinden Nuevo San Rafael und Nuevo San Isidro, die von Autoritäten aus Frontera Corozal angeführt wurden (in Begleitung von Funktionären der PROFEPA).

Ein Vorfall neueren Datums war im November 2006 der Angriff auf die Gemeinde Viejo Velasco, dessen Resultat mehrere Tote und Verschwundene waren und dessen Verantwortung Mitgliedern der paramilitärischen Gruppe OPDDIC aus Nuevo Palestina zugeschrieben wird. Bezüglich des einzigen für dieses Massaker Verhafteten, des Krankenpflegers Diego Arcos, der den Opfern half und fälschlich des Mordes beschuldigt wurde, erkannte die chiapanekische Regierung gegenüber der CCIODH an:

Interview 292. Regierungsteam von Chiapas

"Der Beamte, der von der Staatsanwaltschaft, der öffentlich beglaubigt und zu der Hütte kommt [wo Diego Arcos war], bestätigt nicht, was der Ministerialpolizist sagt, deshalb gab es einen Widerspruch; wir sehen, daß sie die Zeugen belogen haben und es nicht das war, was sie unterschrieben haben, sondern sie haben lediglich bestätigt, daß sie ihn kennen, und sie haben sie getäuscht."

Verschiedene Strategien zur territorialen Neuordnung von Montes Azules

Bis 2001 empfahl die SEMARNAT gewaltsame Räumungen. JEGLICHE Verhandlung mit den Bewohner/innen der sogenannten "irregulären Siedlungen" wurde ausgeschlossen. Aus diesem Grund wurden keine Umsiedlungen oder Entschädigungen in Erwägung gezogen, da laut den Behörden derlei Maßnahmen neue Invasionen fördern würden. In diesem Zusammenhang wurde der größte Druck auf am Rand des Schutzgebiets gelegene und relativ schlecht organisierte Gemeinden ausgeübt, um einen Präzedenzfall zu schaffen und danach mit den geschlosseneren und mit Organisationen (u.a. EZLN, ARIC) verbundenen Gemeinden fortzufahren.

In jenem Jahr war die Beauftragte der Agrarreform, Martha Cecilia Díaz Gordillo (heute Senatorin der PAN und turnusmäßige Präsidentin der COCOPA) dafür zuständig, den Verhandlungsprozeß zu führen, der zur Umsiedlung diverser Gemeinden in neue Bevölkerungseinheiten führte.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

"Aber 2001 gab es eine neue Strategie, die nicht mehr aus gewalttätigen Räumungen, sondern aus erzwungenen Umsiedlungen bestand, daß heißt, es wurde Geld bereitgestellt und den Gemeinden angeboten (...) Und sie gingen tatsächlich freiwillig, sie gaben ihnen anderswo Land. Viel weniger Land und in fürchterlichem Zustand, aber sie haben es ihnen gegeben. Wenn sie nicht gehen wollten, haben sie sie geräumt. Es gab Druck für die Umsiedlung, das heißt eine erzwungene Umsiedlung. Und sie haben es geschafft, das war die Arbeit, die Martha Cecilia gemacht hat."

Eines der neuen Bevölkerungszentren trägt den Namen Santa Martha und wurde als Beispiel der Umsiedlung genommen, wegen der guten Bedingungen für die Familien. Später allerdings änderten sich diese Bedingungen, und der Bau der Siedlung Nuevo Montes Azules schaffte viel Unzufriedenheit.

Zwischen 2002 und 2003 gibt es mit den Konflikten in Nuevo San Rafael und Nuevo San Isidro eine Periode großer Spannungen und bedeutenden Druck auf das Land der angesiedelten Gemeinden. Es gibt bedeutende Reaktionen auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch lokal, speziell die Entscheidung der EZLN, einige Gemeinden umzusiedeln, um sie besser schützen zu können.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

"Gegen 2005, oder 2004 kam die EZLN zu einer Vereinbarung oder so, weil sie acht Dörfer umgesiedelt haben. (...) Von den acht, die sie in der südlichen Zone der Montes Azules hatten, hat sie freiwillig sechs herausgeholt (...) und zwei bleiben, die jetzt von Räumung bedroht sind. Es bleiben zwei Dörfer, die Nuevo Limar und Ojo de Agua heißen, sie sind im Süden von Montes Azules, in der Nähe der Laguna Miramar, und jetzt sind sie von Räumung bedroht."

2005 ändert die SRA ihre Strategie und eröffnet eine neue Phase: sie beendet die Umsiedlungen und bietet statt dessen Entschädigungen, und überläßt damit den Geräumten den Kauf von neuem Land für ihre eigene Umsiedlung. Das bringt nicht nur eine territoriale Neuordnung hervor, sondern auch eine starke Spekulation mit den Grundstückspreisen. Die Viehzüchter, die ihr Land wiedergewonnen oder behalten hatten, steigern die Preise pro Hektar, als sie von der Politik der Regierung erfahren, die den Kauf von Land für die Umsiedlungen fördert. In diese spekulative Dynamik sind einige Regierungsfunktionäre verwickelt.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

"In Nuevo Montes Azules gab es einen Skandal, der vertuscht wurde, daß der Innenminister von Pablo Salazar, der vorher Planungsminister war, der Innenminister bei Patrocino González Garrido war, Roger Grajales, der Eigentümer des Gebiets war, wo Nuevo Montes Azules gebaut wurde. Dieser Skandal trat auf, daß er für 4.000 bürgte und sie ihm 10.000 pro Hektar zahlten".

2006 wird zu einer Strategie aggressiver Räumungen zurückgekehrt. Der Angriff auf Viejo Velasco, den wir erwähnt haben, ist ein Beispiel dafür.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

"Nun, das war bis 2005-2006, die Entschädigung. Später kam das Massaker, das heißt, eine andere Methode, wo nicht einmal mehr entschädigt wird (...) Uns ist nicht klar, ob es eine Methode der Regierung war oder ihnen aus der Hand gegliitten ist, aber Tatsache ist, daß es ein Massaker war, das zur Räumung führte, um sie dort rauszuholen."

In der Logik, die wir schon vorher erwähnt haben, nämlich die Militarisierung mit dem Kampf gegen den Drogenhandel zu rechtfertigen, wurden im Zusammenhang mit den Räumungen von Montes Azules einige derartige Operationen am Rand des Schutzgebiets angeklagt, die immer häufiger sind.

Diese Ereignisse, in Verbindung mit den Enteignungsdekreten vom August 2007, erlauben zu bestätigen, daß die Landkonflikte in Montes Azules weiterbestehen und aufgrund der Möglichkeit weiterer Räumungen und neuer Klassifizierungen von Naturschutzgebieten die Spannungen in der gegen groß sind.

Kooperationsprojekte: Werkzeuge zur territorialen Neuordnung und zur Kontrolle der natürlichen Rohstoffe

In diesem Zusammenhang müssen die Entwicklungsprojekte analysiert werden, die die Regierungen – mit internationaler Unterstützung – entwirft und die auf der Ausbeutung dieses Reichtums hauptsächlich durch "Ökotourismus" basieren und große Auswirkungen auf die kulturelle und ökonomische Realität der Gemeinden haben. In diesem Sinn muß man die Einschätzung verschiedener NGOs bezüglich des von der Europäischen Union und der chiapanekischen Regierung mitfinanzierten Projekts PRODESIS hervorheben.

Interview 80. Rat traditioneller indigener Heiler und Hebammen aus Chiapas (COMPITCH): Juan Ignacio Domínguez

"Wie Sie wissen, ist das PRODESIS eine mexikanisch-europäische Investition zur Neuordnung des Gebiets. Die Absicht ist, wie sie sagen, die Verschlechterung der natürlichen Rohstoffe zu bremsen und so, durch die Bremsung des Drucks auf die existierenden Rohstoffe in dem Gebiet ... auch die Armut zu bremsen und einen Prozeß der nachhaltigen Entwicklung zu initiieren, der die Gemeinden aus der Armut erlöst in der sie sich befinden (...) Der Urwald, den sie wählen, ist der besterhaltene, der genau dem Urwald der Naturschützer entspricht. Die Naturschützer haben Landkarten der Rohstoffe, und die Europäer stellen es nicht als Landkarte der Rohstoffe dar, sondern als Landkarte der Armut, die verschleiern es als ein soziales Problem statt eines der biologischen Reichtümer, obwohl die Vorschläge die Rohstoffe betreffen."

Dieses Projekt soll über zwei Achsen umgesetzt werden: einerseits institutionell, als Begleitung der Anpassung der Landpolitik, territorialen Neugestaltung und rechtlichen Anordnung an die Ziele der sogenannten nachhaltigen Entwicklung, andererseits die Anwendung von sozialen Mechanismen, die auf die Änderung der bäuerlichen Lebensweise zielen und von außen die Landwirte und Sämänner zu Umwelt- oder touristischen Dienstkräften machen wollen. Dies wird von NGOs und Gemeinden als kulturelle Enteignung gesehen, da das Konzept der Rohstoffe, traditionellen Kenntnisse und medizinischen Praktiken als Ware den Vorstellungen in den indigenen Gemeinden von den Rohstoffen als nichtkommerzialisierbare Allgemeingüter entgegensteht.

In dieser Strategie wurde auch auf die aktive Beteiligung bestimmter Umweltorganisationen gesetzt, die Marktmechanismen zur Verwaltung der Naturressourcen favorisieren.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

"Das heißt, mit transnationalen NGOs oder falschen NGOs wie "Conservation International", wie "The Nature Conservancy" oder WWF, diesen transnationalen Naturschutzorganisationen ... Hier, am Ufer des Lacantún-Flusses gab es mindestens vier riesige Schilder, auf denen stand: "die Ford Company zusammen mit "Espacios Naturales" (eine angebliche NGO von Julia Carabias, ehemalige Umweltministerin) und die Lacandonische Gemeinde schließen sich zusammen für die Erhaltung von Montes Azules für den Bau von Überwachungs- und Versuchszentren". In Wirklichkeit bauen sie Hotels für den Ökotourismus, die von Julia Carabias geleitet werden. (...) Was ist das Interesse der Ford Motor Company? Besser wir zahlen für die Erhaltung von Naturschutzgebieten, die den Kohlenstoff binden, den wir ausstoßen, und es gibt eine Art Wertpapierbörse für Kohlenstoff, wo die Unternehmen kaufen, (...) sie adoptieren ein Naturschutzgebiet eines armen Landes, zahlen für seine Erhaltung und damit, durch einen Mechanismus wissenschaftlicher Berechnungen, wieviel Gas ausgestoßen wird, greift die Ford im Lacandonischen Urwald ein."

3.3. Andere Konflikte: Wasser, Strom und Biopiraterie

Eine weitere Problematik, die das Leben Tausender Indigener noch mehr erschwert, ist der Konflikt um Elektrizität und Wasser. Laut dem Nationalen Institut für Geostatistik und Informatik (Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática, INEGI) nimmt Chiapas bezogen auf nahezu alle

Indikatoren des Wohlstandsniveaus einen der letzten Plätze ein. Dies betrifft auch die Wohnsituation samt Grundversorgung mit Wasser, Abwasser und Elektrizität sowie festen Böden und Dächern. Und dies, obwohl sich in Chiapas 30% der überirdischen Wasservorkommen des Landes sowie die zwei wasserreichsten Flüsse (Usumacinta und El Grijalva) befinden und hier 54% der Wasserenergie der gesamten Republik produziert werden.

Die Abholzung der Wälder sowie die Verschmutzung und Ausbeutung der Grundwasservorkommen führen zu ernstzunehmender Wasserknappheit in den Dörfern und zwingen die Bevölkerung – vor allem die Frauen –, das Wasser aus entfernten Quellen zu holen. Die Abholzungen und die Ausbeutung des Grundwassers hängen teilweise mit der Biopiraterie zusammen: Die Politik fördert die Aneignung der Wasservorkommen und der biologischen und genetischen Ressourcen von Chiapas durch transnationale Unternehmen, welche die Dörfer nicht nach ihrer Meinung fragen und keinerlei Vereinbarungen bezüglich Patenten und traditionellem Wissen anerkennen.

Die Regierungspolitik, die danach strebt, sowohl das Wasser als auch die elektrische Energie zu privatisieren, ruft große Widerstände in den Dörfern hervor, welche die Rechte aller an diesen grundsätzlichen Ressourcen verteidigen. Im Fall der Elektrizität hat die Regierung von Chiapas die Programme "Chiapas Solidario" ("Solidarisches Chiapas") und "Tarifa Vida Mejor" ("Tarif Besseres Leben") gestartet. Nach Ansicht vieler Bauern verbindet sich diese staatliche Propaganda mit dem institutionellen Interesse an Vergünstigungen für private Unternehmen, die riesige Projekte im Bereich der Wasserenergie entwerfen, wie dies bereits in anderen Regionen des Landes der Fall ist. Ein deutliches Beispiel hierfür ist das Projekt von La Parota im Bundesstaat Guerrero. Der Druck aufgrund von Vertreibungen und die Einschüchterungen von Seiten des Staatlichen Elektrizitätsausschusses (Comisión Federal de la Electricidad, CFE), ebenso wie der Umgang mit Informationen und das Geschäft mit Elektrizität und Wasser selbst, verursachen ernstzunehmende Konflikte innerhalb der Dörfer.

3.3.1. Wasser

Das Interesse der nationalen und multinationalen Unternehmen an den Wasservorkommen erzeugt Druck innerhalb der Gebiete, in denen sich diese natürliche Ressource findet. Die öffentlichen Verwaltungen – die sich innerhalb privatwirtschaftlicher Logiken bewegen – waren nicht in der Lage, die korrekte und gerechte Wasserverteilung sicherzustellen, was zu Konflikten mit den indigenen Dörfern führte, die traditionellerweise ihre eigenen Quellen nutzen.

Interview 35. BAZ der Gemeinde Chactoj – Autonomer Landkreis Zinacantán

«Wir wollen es nicht mehr so; was wir wollten, war, daß sie uns das Wasser lassen, weil es unseres ist, das unserer Vorfahren. Wir haben verschiedene Instanzen angerufen, aber auf keiner Ebene fanden wir Gehör, auch nicht beim Präsidenten (...) Das hier ist weder Land von [der Gemeinde] Nachig noch Wasser von Nachig, ich weiß nicht, warum sie uns vertreiben und uns das Wasser rauben. Wir haben nichts zu trinken und sie haben genug.»

Während ihres Besuches konnte die CCIODH zahlreiche Konflikte dokumentieren, deren Ursache im Zugang zu Wasser zu finden ist. Das Autonome Naturreservat von Huitepec stellt hierfür ein paradigmatisches Beispiel dar. Das Quellwasser aus diesem Gebiet – das traditionellerweise zu Dörfern gehört, die sich als zapatistische Unterstützungsbasen verstehen – wurde in letzter Zeit in Tanks gespeichert und mit Rohrleitungen bis in das Dorf unterhalb der Anhöhe geleitet, um es lukrativ und industriell zu nutzen.

Interview 160. BAZ des gemeinschaftlichen Naturreservats von Huitepec

«Sie haben sich zu viert oder fünft zusammengeschlossen und dann das Geschäft abgewickelt. Wir wissen, daß sie früher 70.000 Pesos pro Jahr verlangten und dieses Geld nicht auf das ganze Dorf verteilten, sondern auf vier oder fünf Personen. Nur weil sie das hier aufgebaut haben; sie kaufen also etwas, und verlangen dann in den Siedlungen, wo sie das Wasser verkaufen, mehr Geld, und es scheint so, als behalten sie das dann für sich.»

Außerdem gibt es den begründeten Verdacht, daß ein Großteil des Wassers dazu verwendet wird, die industriellen Anforderungen der transnationalen Coca-Cola-Anlage zu erfüllen, die sich dort am Berghang befindet.

Interview 160. BAZ des gemeinschaftlichen Naturreservats von Huitepec

«(...) Sie schließen ihre Schläuche an den Wasserquellen an. Aber ja, es ist offensichtlich, daß sie Handel mit dem Quellwasser betreiben. Der letzte Präsident wollte dort einen Wasserspeicher errichten lassen, aber wir haben das nicht zugelassen, deshalb wurde dort alles abgesperrt. Hier unten gibt es eine Quelle, und dort ist noch eine kleine. Diese wurde verwendet, um das Wasser zu anderen Siedlungen oder wer-weiß-wohin zu leiten. Nach dem, was sie sagen, soll noch eine weitere Fabrik gebaut werden. Damals wurde sie nicht genehmigt. Aber sie wird gebaut werden, ohne um Erlaubnis zu fragen: Sie erzählen der Regierung – der schlechten Regierung – einfach, daß die Menschen dort damit einverstanden sind. Und uns respektieren sie nicht, weil wir unser Land dort verteidigen. Sie denken, sie könnten uns ausnehmen, und ich denke, sie wollen einfach mehr Geld. Sie haben die Quelle mit einem Vorhängeschloß versperrt, und daher weiß man nicht, wohin das Wasser fließt. (...) Aber wir haben von Coca-Cola-Anlage reden gehört, nun ja. (...) Dort ist sie, gleich hier vorne, im unteren Abschnitt.»

Das Wasser wurde umgeleitet, ohne die betroffenen Dörfer nach ihrer Meinung zu befragen und ohne die Auswirkungen in Bezug auf ihre Grundbedürfnisse nach dem lebenswichtigen Wasser zu berücksichtigen.

Interview 160. BAZ des gemeinschaftlichen Naturreservats von Huitepec

«[Die alten Leute des Dorfes] haben dort ihr Wasser geholt, aber nun gibt es nichts mehr, wo sollst du Wasser herbekommen, wenn alles versiegelt ist?! Du siehst den Teich und hier seinen Ablauf, und wenn du vor Durst am Sterben bist, nun, dann kannst du nur das schmutzige Wasser trinken, das es da unten gibt.»

Interview 36. Ziviles Beobachtungscamp des Ökoreservats von Huitepec (BAZ)

«Dieses Wasser, das es dort gab, ich sage dir, es war frei verfügbar. Es gab weder Vorhängeschlösser noch Wassertanks, nichts dergleichen. Dort waren Brunnen, das Wasser floß. Nun ja, früher haben die Leute auch Wasser geholt, aber das war normal, zum eigenen Nutzen, sie haben keinen Handel betrieben, es war alles ruhig. Aber dann, wie sie es jetzt machen, nun, sie haben Wassertanks errichtet.»

Um diese Wasserförderung, die vom Dorf als Ausplünderung wahrgenommen wurde, zu beenden, wurde der Berg von der zapatistischen Regierung zum Naturreservat erklärt und dort das Zivile Beobachtungscamp des Ökoreservats von Huitepec eingerichtet, mit dem Ziel, die Umweltzerstörungen aufzuhalten.

Interview 36. Ziviles Beobachtungscamp des Ökoreservats von Huitepec (BAZ)

«Wir möchten es so erhalten. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, und auch, weil sie uns nicht mehr respektierten als die, die wir sind. Also haben wir mit der schlechten Regierung gesprochen und ihnen gesagt: Dies ist unser Land, dies gehört uns, wir leben hier, wir kommen von hier! Es gehörte unseren Großvätern, unseren Vorfahren. Und sie, nicht nur, daß sie sich mit den Behörden zusammen tun: Sie vertreiben uns und rauben uns unsere Ländereien.»

Ein anderes paradigmatisches Beispiel für die Konflikte, die durch die Kommerzialisierung des Wassers ausgelöst wurden, stellt der Fall der Autonomen Gemeinde 5 de Marzo dar.

Interview 29. Gemeinde 5 de Marzo, San Cristóbal de las Casas (BAZ)

«Zurzeit zeigt sich hier in der Autonomen Gemeinde das Wasserproblem. Die Familien, die Beziehungen zu den politischen Parteien haben, fordern von den Compañeros der Unterstützungsbasis die Bezahlung des Wassers, von den Mitgliedern der Zivilgesellschaft und denen, die aufgrund der Kosten für Wasser und Strom im Widerstand sind. Jetzt leiden zahlreiche Familien unserer Compañeros darunter, daß ihnen das lebenswichtige Wasser fehlt. Und es wird damit gedroht, alle öffentlichen Hydranten, an denen unsere Compañeros Wasser holen, vollständig abzusperren. Dann wird den Mitgliedern der Zivilgesellschaft und unseren Unterstützungsbasen der Zugang zum Wasser mit Maschendrahtzäunen verwehrt werden.»

Der Kommerzialisierung des Wassers die Stirn bietend, weigert sich das Dorf, für die seit Generationen genutzten Wasserressourcen Geld zu bezahlen, und so wurden, ganz im Sinne des Autonomiegedankens, eigene Wasserverteilungssysteme und Spannungstransformatoren installiert.

Interview 29. Gemeinde 5 de Marzo, San Cristóbal de las Casas (BAZ)

«Ein weiteres Beispiel ist das Wasser, auch hier haben alles wir gemacht, das Material, die Leitungen, die Arbeit. Aber dann kommen sie und wollen auch noch für das Wasser abkassieren. Und das Wasser kommt aus öffentlichen Hydranten auf der Straße. Das können sich alle nehmen, Leute aus dem Dorf und auch Leute von außerhalb. Es ist frei verfügbar. Aber auch hier beginnt die Regierung damit, Druck auszuüben, zu drohen und Geld zu verlangen. Und diese Politik der Regierung zehrt die Kräfte einiger Brüder und Compañeros hier und dort auf.»

In jedem Fall hat der Konflikt um das Wasser zu Spaltungen innerhalb der Dörfer geführt.

Interview 33. BAZ der Gemeinde Sok'on – Autonomer Landkreis Zinacantán

«Früher war alles offen zugänglich, es gab hier zwei Wassertanks, dort hinten war es offen, da holten die Leute aus Nachig Wasser und hier wir. Und weil es uns nicht an Wasser mangelte, reichte uns der eine Wasserschlauch, den wir hatten. Wie ich sage, hatte mein Bruder damals zwei Häuser, und das Wasser, das durch diesen Schlauch kam, reichte aus. Aber nun sind wir viele, nun sind es hier sechs oder sieben Häuser. So mußten wir einen weiteren Schlauch verlegen, weil das Wasser nicht mehr ausreichte und wir uns stritten, und da haben die Leute aus Nachig angefangen, uns zu belästigen. Sie fragten uns, wer uns erlaubt hätte, uns das Wasser zu nehmen. Dabei mußten wir die Leute aus Nachig doch nicht um Erlaubnis fragen, weil es unser Wasser ist. Aber sie rollten unseren Schlauch auf und nahmen ihn mit, sie taten, als hätten sie hier das Sagen und versiegelten den Wassertank. Nun können wir kein Wasser mehr holen und müssen das aus dem Tanklastwagen kaufen.»

Es schwand auch das Vertrauen in die Fähigkeit der Behörden, die Konflikte zu lösen und eine gerechte Verteilung der Wasserressourcen zu gewährleisten.

Interview 33. BAZ der Gemeinde Sok'on – Autonomer Landkreis Zinacantán

«Wir haben verschiedene Instanzen angerufen, aber keine der Abteilungen hörte uns an, auch nicht der Präsident.»

Zwar hat die Regierung sich öffentlich verpflichtet, die Vertreibungen hier nicht fortzusetzen, jedoch hat sich niemand aus ihren Reihen mit der Frage beschäftigt, wie der Zugang zu Wasser sichergestellt werden kann.

3.3.2. Elektrizität

Die CCIODH konnte zeigen, daß sich der gleiche Konflikt bezogen auf den Zugang zu elektrischer Energie wiederholt. Viele Dörfer organisieren sich in Widerstandsbewegungen gegen die Bezahlung der Stromrechnungen, da sie die von ihnen geforderten Abgaben als überhöht betrachten.

Interview 111. Vereinigte Dörfer in Verteidigung der Elektrischen Energie (Pueblos Unidos en Defensa de la Energía Eléctrica – PUDEE)

sie verlangen die Stromquittung für das Ausstellen einer Beglaubigungsurkunde oder einer Geburtsurkunde. Sie verlangen die Stromquittung, wenn sie ihre Kinder in der Schule anmelden, in den Universitäten, in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen in einigen Dörfern. Daher möchten wir folgendes feststellen: Es ist unsere Elektrizität, sie gehört Chiapas! Und deshalb steht sie uns zu einem gerechten Preis zu. Wir werden daher weiterhin von der Regierung verlangen, daß sie uns respektiert. Daß sie uns nicht einschüchtert, daß sie uns nicht bedroht, es sind unsere Ressourcen, wir fordern, daß uns alles zurückgegeben wird, was uns zusteht. Und deshalb möchten wir darauf hinweisen, daß es bereits Probleme gab, es wurde den Compañeros damit gedroht, ihnen den Strom abzuschalten. Es gibt Compañeros, die Angst davor haben.»

Bei der Forderung der Dörfer nach kostenloser Elektrizität handelt es sich um einen offenen Protest, der an die Regierung von Chiapas gerichtet ist. Die Verteidigung der Elektrizität als grundlegender Ressource war ein weiterer Schritt für die Organisation und Herausbildung dieses Grundrechts als eines eigenständigen inmitten der umfassenden Rechte, die der Bevölkerung gewährt werden müssen.

Angesichts dieser Aktionen stellten die Unternehmen die Elektrizitätsversorgung ein und erzeugten damit eine Eskalation des Konflikts, die in den vorhergehenden Besuchen nicht zu beobachten war. Einer der zahlreichen dokumentierten Fälle ist der des Autonomen Landkreises Ricardo Flores Magón. Die CCIODH konnte bestätigen, das die staatliche Elektrizitätskommission (CFE) in der

Gemeinde La Culebra die Stromkabel abgeklemmt hat, was sowohl einzelne Häuser als auch öffentliche Gebäude des Dorfes betrifft: unter anderem Schule, Speisesaal und Gesundheitsstation. Die Initiativen der Regierung zur Lösung des Konflikts konzentrieren sich vor allem auf ökonomische Unterstützungen. Etliche der Programme, die von der Regierung zur Unterstützung der Finanzierung der Elektrizitätskosten durchgeführt wurden, konnten weder die Abschaltung des Stroms beenden noch den Zugang zu elektrischer Energie garantieren. Weit davon entfernt, von den betroffenen Dörfern positiv bewertet zu werden, erleben diese die Programme vielmehr als Instrumente, die Spaltungen innerhalb der Dörfer verursachen. Sie provozieren Konflikte zwischen denen, die die Voraussetzungen der Programme akzeptieren, und denjenigen, die die fortschreitende Privatisierung ablehnen.

Interview 111. PUDEE

«Das Programm "Chancen" (*Oportunidades*) verspricht den Compañeros, die ihre Stromrechnung bezahlen, 100 Pesos und übernimmt die Hälfte der Kosten für Gas und Elektrizität. Es war ein Werkzeug der Regierung, um uns zu spalten, und sie haben die Compañeros damit eingeschüchtert. Deshalb möchten wir darauf hinweisen, daß wir einander nicht im Stich lassen. Und wir fordern die Regierung auf, uns zu respektieren, und auch unsere Organisation zu respektieren, wir sind Pazifisten. Wir wollen keine Probleme mit unseren Compañeros, unseren Nachbarn, unseren Brüdern, wir kämpfen lediglich dafür, daß die Elektrizität nicht privatisiert wird. Wir sehen, daß in Chiapas ebenso wie in Tabasco große Schäden durch den Bau von Staudämmen angerichtet werden, 22 Dörfer, die dem Staudamm Las Peñitas weichen mußten, sind bis heute noch nicht wieder aufgebaut worden, und von uns wird sogar noch Geld für Strom verlangt. Und deshalb werden wir uns auch weiterhin organisieren, denn die Regierung will uns alle unsere Rechte streitig machen, all das, was uns tatsächlich zusteht.»

Die Dorfbevölkerungen sind ständigen Bedrohungen durch Mitglieder der staatlichen Elektrizitätskommission (CFE) ausgesetzt. Die Verfolgung derjenigen, die mit dem Privatisierungsprozeß nicht einverstanden sind, ist in diesem Staat nichts Ungewöhnliches. Die Klagen über Verfolgungen und Einschüchterungen sind zahlreich. Die Strategien, die von der CFE in Absprache mit den staatlichen Sicherheitsorganen (Seguridad Pública) verfolgt werden, sind nichts Unbekanntes für die Bewohner der Dörfer, die sich im Widerstand befinden.

Interview 111. PUDEE

«Etwa 30 oder 35 Wagen, aber es waren keine Leute der CFE, sondern Polizisten. Es waren Mitglieder der Sicherheitspolizei, die sich wie die Leute der Elektrizitätskommission angezogen hatten. An diesem Tag haben dann zum Glück unsere Frauen hier im Dorf, und mit ihnen die Kinder, angefangen, sich zu wehren, denn sie haben schon genug angerichtet. Manchmal kommen sie alle zwei Wochen und schalten den Strom ab und bedrohen uns, mehrmals hat uns der Vorsitzende der Kommunalverwaltung schon mit Beschlagnahmung gedroht.»

3.3.3. Biopiraterie: Die verschiedenen Interessen

Die CCIODH hat bereits in ihrem Bericht aus dem Jahre 2002 auf die Interessen von Unternehmen und einigen konservativen Lobbyorganisationen an der Biodiversität hingewiesen. Seitdem haben lokale Organisationen die Analysen vertieft und die ökonomischen Logiken herausgestellt, die hinter dem Interesse an der Kontrolle von Land und Ressourcen stehen, welche eine möglichst vollständige Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung beinhaltet. In den Fällen, wo dies nicht möglich ist, gehen die Bestrebungen dahin, von der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung Kenntnisse und Know-How über das Land, die physischen Ressourcen (z.B. Pflanzen) und die genetischen Ressourcen zu erlangen.

Interview 80. COMPITCH: Juan Ignacio Domínguez

«Im Mai vergangenen Jahres schlug der europäische Vertreter des Projektes den Einwohnern des neu entstehenden Dorfes Jerusalén ein Bündnis zur Verwendung von Kräutern vor, welches der Gesundheit des Dorfes dienen sollte. Sie schlugen ihnen vor, sich dem Verkauf von Genen zu widmen. Das ist keine Interpretation, es sind die Worte, die dieser Herr verwendete und welche die Leute dieses Dorfes protokollierten. Sie haben ihnen nicht den Verkauf von Biodiversität oder Pflanzen vorgeschlagen, bestimmter Arten, sondern sprachen ausdrücklich und wörtlich von Genen, daß dies ein guter Markt sei, die Gene.»

Konkret eröffnet die Biodiversität mit der Kontrolle über genetische Ressourcen enorme Handelsperspektiven, vor allem für multinationale Unternehmen im Pharma- und Lebensmittelbereich, deren Präsenz in Mexiko bereits sichtbar ist und die beginnen, auch auf chiapanekischem Territorium Fuß zu fassen.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

«Monsanto hat drei Jahre lang intrigiert und das Gewissen der Kongreßabgeordneten gekauft, um ein Gesetz zum Schutz der Biodiversität zu erhalten, das Ley Monsanto genannt wurde, weil es nichts mit dem Schutz der Biodiversität zu tun hat, im Gegenteil ist es ein Gesetz, welches das Aussäen von transgenetischen Pflanzen begünstigt (...). Das weltweit viertgrößte Unternehmen in der Produktion von Gemüsesamen war bereits hier in Chiapas, am Rand des Urwalds, und Monsanto hat es 2005 aufgekauft und dort, wo der Lacandonische Urwald beginnt, eine Fabrik errichtet.»

Darüber hinaus beklagen einige Organisationen Fälle und Strategien, die der Verdeckung von Biopiraterie dienen.

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste: Miguel Ángel García

«Die Abholzung war sehr skandalös und offensichtlich. Jetzt gibt es einen Trailer, in dem es um Mahagoni-Holz geht und TV Azteca (...) bringt eine schockierende Reportage zum Thema "Sie holzen den Lacandonischen Urwald ab". Aber statt dessen fährt nun ein Wagen mit Kühlvorrichtungen in den Urwald, solchen alten, die man im Discovery Channel sehen kann. Die Wissenschaftler kommen, um für das Gemeinwohl die Pflänzchen zu erforschen, und sie bringen sie in Glaskolben mit Trockeneis weg. Und alle applaudieren ihnen.»

4. Strategie der Repression: Militarisierung, Polizei und Paramilitarisierung

Diese Kommission mußte mit Sorge feststellen, daß der Regierungswechsel auf Bundesebene zu einer verstärkten Militarisierung des Landes geführt hat, vor allem in indigenen Zonen mit einem hohen Niveau sozialer Mobilisierung (hier ragen insbesondere Chiapas und Oaxaca heraus). Im konkreten Fall von Chiapas wird die territoriale Kontrolle über das zapatistische Autonomieprojekt nicht nur durch Militärpräsenz und Aktionen des Militärs erreicht, sondern auch mit Hilfe von Programmen zur Titelvergabe und Zertifizierung von Land, das sich in gemeinschaftlichem Besitz befindet.

4.1. Militärpräsenz in Chiapas

Es folgt eine Zusammenstellung verschiedener Zeugenaussagen, welche die Situation, die Strategien und die aktuellen Auswirkungen der Militarisierung in Chiapas verdeutlichen. Hier zeigt sich, auf welche Art und Weise das Militär in Chiapas die Funktion territorialer Kontrolle ausübt, die sich in erster Linie nicht gegen die "Bedrohungen" durch Drogenhandel und klandestine Einwanderung richtet, welche üblicherweise als Rechtfertigung dienen, sondern die vor allem eine Strategie der Aufstandsbekämpfung darstellt, sowohl gegenüber Bereichen, in denen die zapatistischen Autonomieerfahrungen bereits gefestigt sind, als auch gegenüber anderen Räumen von Organisierung und sozialen Forderungen.

Militärstützpunkte und Truppenstärke: Verdopplung, ohne mehr zu scheinen

Zurzeit gibt es in Chiapas 79 dauerhafte Militärstützpunkte, von denen sich der größte Teil in der Zona Norte, in den Altos und in der Selva befindet. Von diesen 79 Stellungen liegen 56 innerhalb der sogenannten Konfliktzone. Sie umfassen verschiedene Militäreinheiten: Infanterie, Kavallerie, Artillerie sowie verschiedene Spezialeinheiten (aus den Bereichen Kampf, Kommunikation usw.). Was die durch das Militär ausgeübte territoriale Kontrolle betrifft, so hat die CCIODH festgestellt, daß ein deutliches Wiederaufleben der Militäraktionen im Bundesstaat Chiapas zu verzeichnen ist.

Interview 105. Flüchtlinge aus Comajil

«Es war vor 3 oder 4 Monaten, dort im Dorf in der zweiten Sektion, es heißt Libertad Jolnixtié, drei- oder viermal kam dort der Oberleutnant aus Ich-weiß-nicht-wo vorbei (...). Er sprach mit den Autoritäten von Paz y Justicia darüber, daß sie ihre Basis wieder dort errichten wollen, in dem Dorf, das sie damals verlassen haben, ich glaube, es war vor 3 oder 4 Jahren, als die Soldaten dieses Dorf verließen. Aber es ist jetzt 3 oder 4 Monate her, daß sie versuchten, in dieses Dorf zurückzukommen, also bis jetzt haben sie es nicht geschafft.»

Interview 34. Zentrum für politische Analyse und soziale und wirtschaftliche Untersuchungen (CAPISE): Ernesto Ledesma

«Zwischen 2006 und 2007 konnten wir den Rückzug von 20 Militärstützpunkten belegen. Allerdings ist dieser Rückzug Teil einer Politik der militärischen Neuordnung durch das Verteidigungsministerium (SEDENA) in so wichtigen indigenen Gebieten von Chiapas, daß es einen schwerwiegenden Angriff auf die indigenen Gebiete und die zapatistischen Autoritäten darstellt.»

Verschärft wird dieses militärische Wiedererstarken vor allem durch die Größe der Truppenstärke und die Qualität der Militäreinheiten, die derzeit im Staat Chiapas und im Verantwortungsbereich der zapatistischen Guten Regierung (Juntas de Buen Gobierno) aktiv sind.

Interview 34. CAPISE: Ernesto Ledesma

«Die SEDENA hat ihre Truppen in den indigenen Gebieten neu organisiert. So konnten wir unter anderem dokumentieren, daß konventionelle Einheiten durch Spezialeinheiten und Elitetruppen ersetzt wurden. Sie reduzierten die Quantität regulärer Einheiten und verbesserten im Gegenzug die Truppenqualität durch auf spezifische Operationen und Missionen spezialisiertes Personal, um so die Wirkung der gewöhnlichen Militärcamps zu verstärken.»

Erschwerend kommt hinzu, daß die Truppenbewegungen zur Verstärkung der Einheiten im Stillen und "heimlich" erfolgen. Die Strategie der "Verheimlichung" besteht darin, nach außen nicht zahlreicher zu erscheinen: In den permanenten Militärcamps, die bis November nur eine militärische Einheit oder ein Bataillon beherbergten, befinden sich nun zwei Einheiten bzw. zwei Bataillone.

Interview 34. CAPISE: Ernesto Ledesma

«Viele dieser Einheiten wurden sogenannten Gruppierungen zugeordnet, speziellen Militärorganisationen, die mehrere Einheiten umfassen (...). Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß diese Gruppierungen existieren, der Unterschied ist, daß sie jetzt sichtbar sind und ihr Auftauchen dokumentiert wurde. In einigen dieser Militärcamps befinden sich Einheiten, die in mehreren militärischen Zonen gleichzeitig und im Verbund mit den Spezialeinheiten (Fuerzas Especiales) operieren können. (...) Zwei Militäreinheiten innerhalb eines einzigen permanenten Stützpunktes. Zum Beispiel im Militärcamp von San Andrés: Dort befinden sich das 20. Infanteriebataillon und ein Bataillon der Spezialeinheiten; oder in der militärischen Stellung von Vicente Guerrero: Dort ist das 91. Infanteriebataillon als Teil der Fliegergruppen der Spezialeinheiten (Grupos Aeromóviles de Fuerzas Especiales – GAFEs) stationiert, begleitet vom 101. Infanteriebataillon, bei welchem es sich ebenfalls um eine Spezialeinheit handelt.»

Strategien des Eindringens und Auftretens in Dörfern

Im Zuge dieser Strategien zur Verschleierung der Militäraktivitäten in dem Gebiet, in dem sich das zapatistische Autonomieprojekt entwickelt, zielen auch die Strategien des Eindringens in die Dörfer und der Bewegung in diesen darauf ab, für externe Beobachter nicht sichtbar zu sein. Dennoch konnte diese Kommission Zeugenaussagen zusammentragen, die aufzeigen, nach welchen Richtlinien solche Bewegungen vonstatten gehen.

Interview 71. Rat der Guten Regierung von Morelia

«Das Militär dringt oft auf autonomes Gebiet vor, aber sie benutzen zivile Wagen und tragen keine Uniformen, sondern kleiden sich in Zivil. Es wurde gesehen, daß sie ihre Waffe in einem Sack oder einer Tasche tragen, sie steigen auf der Straße aus und gehen in Dörfer, die den Parteien PRI oder PRD nahestehen. Uns ist klar, daß sie mit den jungen Leuten sprechen, um sie zu beeinflussen, das ist es, was sie tun. Tatsächlich kommen sie auch mit Militärfahrzeugen und Uniformen, zwar nicht dahin, wo die Straßen schlecht befahrbar sind, aber dort, wo es asphaltierte Straßen gibt, verkehren sie täglich und patrouillieren auf der Straße, Polizisten und alle, die zu den bewaffneten Kräften der Regierung gehören. Es ist nicht klar ersichtlich, daß sie in die Dörfer eindringen, doch sie kleiden sich in Zivil und gehen auch dort hinein.»

Drogenhandel als Vorwand für militärisches Eindringen

Auch in Chiapas wird beharrlich der Vorwand des Kampfes gegen den Drogenhandel herangezogen, um die Militarisierung zu rechtfertigen. Bekanntermaßen bezeichnet die Regierung von Calderón den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, besonders im Bereich des Drogenhandels, als eine der Hauptachsen ihres Programms. Doch hat dieser illegale Handel in Chiapas eine viel geringere Bedeutung als im Norden des Landes.

Interview 97. Rat des Autonomen Landkreises El Trabajo.

«Bis vor kurzem, etwa vor zwei Wochen, sah man hier oft Flugzeuge (...) überall in den Bergen, und das täglich, etwa 3 oder 4 Monate lang an jedem Tag. Seit ein paar Wochen wurden die Flugzeuge nicht mehr gesehen, und ich denke, daß sie in diesem Fall nach Marihuana-Plantagen gesucht haben, aber die gibt es hier nicht, es hat hier dieses Problem nicht gegeben und es gibt es auch jetzt nicht. (...) Wir glauben, daß dieses ständige Patrouillieren vielleicht damit zu tun hatte, daß sich das Caracol 5 hier in der Nähe befindet. (...) Diese Manöver sind angeblich Bewegungen, um die Drogenhändler zu fangen, aber ich glaube, daß das nicht stimmt, sie militarisieren Chiapas wegen der Zapatisten, sie militarisieren es, genau wie in Guerrero und anderen Bundesstaaten die Gebiete militarisiert werden, in denen es Volksbewegungen gibt, in denen protestiert wird.»

Auswirkungen der Militärpräsenz in den indigenen Dörfern

Es erscheint wichtig und notwendig, herauszuarbeiten, auf welche Art und Weise Vertreter der Bundesregierung die Militarisierung bestimmter Zonen des Staatsgebietes, darunter Chiapas, gegenüber der CCIODH rechtfertigen. So erklärte Lorena Larios (Stellvertretende Generaldirektorin der Hauptabteilung für Menschenrechte und Demokratie des Sekretariats für Außenbeziehungen) uns gegenüber, daß die Präsenz der bewaffneten Streitkräfte in Chiapas auf die Ausnahmesituation

zurückzuführen sei, in welcher sich das Land befinde, und darüber hinaus auf ein Gesuch der lokalen Regierung. Weiterhin wies sie darauf hin, daß das Militär als einzige Körperschaft im gesamten Staatsgebiet präsent sei und angesichts der Korruption der lokalen Polizeieinheiten Sicherheit böte; somit verwandelt sich das Militär in den Garanten von Sicherheit und Unversehrtheit der Bürger.

Diese Art von Argumentation steht zuallererst im Widerspruch zu Kontinuität und Wiedererstarken der militärischen Aktivitäten (sowohl quantitativ als auch qualitativ); darüber hinaus zeigt sich ein offener Widerspruch zur Nachdrücklichkeit der Anklagen und Zeugenaussagen bezüglich der durch das Militär verursachten psychosozialen Auswirkungen in den Dörfern, welche die Kommission während ihres sechsten Besuchs sammeln konnte.

Interview 112. Ziviler Widerstand

«Wir sehen, daß die Soldaten hier in Tila Probleme suchen, denn wir wissen, daß die Soldaten dort in ihrem Camp von vielen Frauen besucht werden. Das heißt, sie respektieren sie nicht, auf diesem Weg werden immer wieder Frauen von den Soldaten vergewaltigt.»

Interview 24. Autonomer Landkreis San Pedro Pol'hó (BAZ)

«Die Soldaten sind hier ganz in der Nähe, und wir mögen sie nicht sehr, weil sie unser Land dort besetzt halten. Zu bestimmten Zeiten müssen wir das Feld bestellen, aber die Soldaten bleiben dort, und wir sind sehr besorgt und möchten um Unterstützung durch die internationalen Organisationen bitten, damit sich die Soldaten nicht dort aufhalten, wo auch die Frauen und Kinder hingehen müssen, um sich um das Feld zu kümmern, obwohl sie Angst haben. Die Soldaten verhalten sich auch nicht ruhig, manchmal erschrecken sie auch Erwachsene zu Tode.»

4.2. Polizeiliche Repression und irreguläre Strafverfolgung

Bedauerlicherweise haben die Veränderungen auf nationaler und bundesstaatlicher Regierungsebene bis heute zu keinerlei grundlegenden Modifikationen der repressiven Strategien geführt, die bereits in vorhergehenden Berichten beklagt wurden. Besonders beunruhigend ist die anhaltende Kontinuität in der Vorgehensweise von Beamten zur Repression von Mitgliedern sozialer Organisationen und – was vor allem die zapatistischen Unterstützungsbasen trifft – als Mittel zur Aufstandsbekämpfung, was oft viele Jahre Gefängnis zur Folge hat.

Die CCIODH konnte die fortbestehende Gültigkeit einer Richtlinie beobachten, die den Polizeikörperschaften in Gemeinschaft mit Staatsanwaltschaft und Judikative die Aufgabe zuweist, abweichende soziale und politische Verhaltensweisen, vor allem der indigenen Völker, zu unterdrücken.

In diesem Zusammenhang gründet sich das polizeiliche Vorgehen oft auf falsche anonyme Anschuldigungen, die zu willkürlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen führen.

Interview 40. Julio Cesar Méndez Luna (La voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.03.08)

«Einige Personen kamen in das Haus, das mir mein Bruder zur Verfügung gestellt hatte, hier in San Cristóbal de las Casas. Sie fingen an, mich zu verhören, ich wußte nichts, sie verhörten mich, sie schlugen mich, ich wurde etwa zwei Stunden lang gefoltert, sie schlugen mir auf den Kopf, tauchten meinen Kopf in einen Eimer Wasser, damit ich ein paar Papiere unterzeichnete, aber ich habe sie gefragt "warum?", sie beschuldigten mich eines Mordes (...). Ich sage zu einem von ihnen, daß ich aus einem Dorf komme und damit nichts zu tun habe, das es so sei, daß mir hier in San Cristóbal dieses Haus zur Verfügung gestellt wurde. "Nein!", sagt er, "du bist es gewesen".»

Interview 83. Rat der Guten Regierung von La Garrucha

«Ein Compañero der zapatistischen Unterstützungsbasis, Pedro Méndez Núñez, wurde im Jahre 2006 verhaftet. Sie beschuldigten ihn, fünf Brüder aus dem Dorf Viejo Velasco umgebracht zu haben, wir wissen nicht, woher diese Probleme kommen, aber wir wissen, daß die Regierung uns für jede Art von Problemen verantwortlich macht.»

Die CCIODH erhielt zahlreiche Zeugenaussagen bezüglich irregulären und gewalttätigen polizeilichen Vorgehens aufgrund haltloser Anschuldigungen durch Dritte, die sich mit den Beschuldigten im Konflikt befinden und die beteiligten Polizisten beauftragen und aufhetzen.

Interview 94. Eliseo Silvano Jiménez und Eliseo Silvano Espinosa (BAZ), Gefängnis Nr. 17 (freigelassen am 09.02.08)

«Wenn sie jemanden schlagen, dann schlagen sie ihn richtig. Mein Vater erzählte mir, daß sie ihn verbrennen wollten, den Befehl dazu hatte Mateo Torres erteilt. Nachdem sie meinen Vater ergriffen hatten, brachten sie ihn an einen menschenleeren Ort und bestraften ihn dort, und derjenige, der den Auftrag erteilt hatte, war auch dort, (...) Mateo Torres war dabei. Und Herr Mateo Torres sagte: "Verbrennt ihn ein für allemal, verbrennt ihn mit Benzin, denn er ist der eigentliche Anführer der Zapatisten".»

Manchmal erfolgen die Verhaftungen nur für einige Stunden, um die Festgenommenen zu erschrecken und sie anschließend ohne Anklage wieder freizulassen.

Interview 35. BAZ der Gemeinde Chactoj – Autonomer Landkreis Zinacantán

«Etwa um 7 Uhr abends haben sie meinen Vater und mich ins Gefängnis gebracht. Im Gefängnis verhörten sie uns dann gegen 12 Uhr nachts und fragten uns, ob wir damit weitermachen würden, und wir sagten ihnen, daß wir das nicht könnten, da wir nichts getan hätten. Und sie sperrten uns wieder ein (...), und sie verhörten uns ein weiteres Mal. Und weil wir die Geldstrafe nicht bezahlt hatten, zwangen sie uns gewaltsam dazu, uns 1600 Pesos ausleihen, um ihnen diese Summe geben zu können...»

Gewöhnlich werden festgenommene Personen körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt, um sie dazu zu bringen, selbstbeschuldigende Erklärungen abzugeben. In einigen Fällen erreichen diese Mißhandlungen das Ausmaß von psychischer, verbaler oder körperlicher Folter.

Interview 40. Julio Cesar Méndez Luna (La voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.03.08)

«Sie schlugen mich, ich wurde etwa zwei Stunden lang gefoltert, sie schlugen mir auf den Kopf, tauchten meinen Kopf in einen Eimer Wasser, damit ich ein paar Papiere unterzeichnete, aber ich habe sie gefragt "warum?", sie beschuldigten mich eines Mordes. Sie zwangen mich unter Folter, einige Papiere zu unterschreiben, (...) und gleich danach wurde ich an einen Ort gebracht, den sie Staatsanwaltschaft (Procuraduría) nannten. Und auch dort schlugen sie mich wieder, um mich dazu zu bringen, zu sagen, daß ich für die Straftat verantwortlich sei. Aber ich sagte ihnen, daß ich die Person, die gestorben war, nicht einmal kennen würde, nun ja, dann sagten sie zu mir, daß ich alleine verantwortlich sei und daß ich unterschreiben müßte, und sie schlugen auch die andere Person, sagten, daß ich lügen würde und daß dieser gesagt hätte, ich wäre es gewesen, aber ich habe in keinem Augenblick gesagt, daß ich es gewesen sei, und sie konnten mich auch nicht dazu bringen, die Papiere zu unterschreiben. (...) Die Folter war sehr hart, so sollte ich dazu gebracht werden, die wichtigsten Feldlager zu nennen. Außerdem beschuldigte mich Präsident Hernaldo González, daß ich die Mitglieder der Organisation, der zapatistischen Armee, ausbilden würde, daß ich ein Ausbilder der Guerilla sei. Unter Folter fragten sie mich mehr über die Organisation aus, als zu der Entführung. Sie zwangen mich, einige Dokumente zu unterschreiben, ich weiß nicht, um welche Art von Dokumenten es sich dabei handelte. Ich wurde geschlagen und gedemütigt, ich war ein Opfer von Mißhandlungen durch die Staatsanwaltschaft. (...) Sie tauchen uns unter Wasser, sie ersticken uns mit Tüten, schlagen uns, bis wir bewußtlos sind, und dann merken wir, daß wir eingesperrt sind und daß sie uns ins Gefängnis gebracht hatten.»

Dieses repressive Muster kann gegen jegliche Artikulation sozialer Forderungen angewandt werden, die als Bedrohung der durch die politischen Machthaber vertretenen Interessen wahrgenommen werden. Ein ausführlicher Bericht über polizeiliche Folter liegt der CCIODH von einem Lehrer vor, der festgenommen wurde, weil er herausragend an einer Mobilisierung gegen das Freihandelsabkommen (NAFTA / TLC) und zur Verteidigung des Mais teilgenommen hatte.

Interview 130. Felipe Hernández (Landarbeiterorganisation Venustiano Carranza)

«Er kam verummt herein und setzte sich neben mich. Er hielt mich fest und sagte: Kooperiere. Wenn du kooperierst, gibt es keine Probleme, aber wenn du nicht kooperierst, kann ich nichts tun, ich kann verhindern, daß sie dich mißhandeln, aber wenn du nicht kooperierst, kann ich nichts machen. (...) Sie verpaßten mir den ersten Schlag mit übergezogener Kapuze. "Wir werden dein Gedächtnis schon auffrischen, du Hurensohn!" Er hielt mich fest, jemand kam an meine linke Seite und fing an, mich zu schlagen. (...) Ich möchte noch erwähnen, daß mir während dieser körperlichen Folter, die etwa eineinviertel Stunden dauerte, die ganze Zeit über die Hände auf dem Rücken gefesselt waren, und zwar so, daß die Fesseln mich quälten, hier sieht man noch die Spuren der Fesseln. Jedes Mal, wenn man sich bewegt, schnüren sich die Fesseln noch weiter zusammen. Bei jeder Frage wurde ich geschlagen. (...) Sie stülpten eine Plastiktüte über meinen Kopf, um mich am Atmen zu hindern... es wurde immer schlimmer. Alle, die mich folterten, waren verummt und in Zivil.»

Um die Verhaftungen zu rechtfertigen, werden Beweise gefälscht. Die Tendenz geht dahin, fälschlicherweise Drogen- oder Waffenbesitz zu unterstellen. Jedoch zählen vor allem in ländlichen Gegenden oft auch Raubüberfälle zu den Anschuldigungen, fast immer aufgrund von Anzeigen durch Bewohner der gleichen Zone, die andere Interessen verfolgen und mit den Autoritäten zusammenarbeiten.

Interview 119. Gruppeninterview mit Angehörigen von Gefangenen

«Und mein Schwager wurde ebenfalls beschuldigt, sie konstruierten die Straftat und unterstellten ihm, einen Hinterhalt gelegt zu haben – das ist eine schwere Straftat. Sie verurteilten ihn zu 60 Jahren Gefängnis.»

Interview 40. Julio Cesar Méndez Luna (La voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.03.08)

«Alles war vorher konstruiert worden. Es gab keinen Haftbefehl, nichts.»

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (La voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

«Bei der Straftat, die sie konstruiert haben, handelte es sich um eine angebliche Entführung. Hernaldo González, der scheidende Präsident konstruierte die Straftat einer Entführung, und sie ergriffen die ganze Familie, weil wir dort draußen für soziale Rechte kämpfen.»

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá – Autonome Landkreis El Trabajo

«Herr Gilberto Cruz Sánchez (der hiesige Großgrundbesitzer) hat die wichtigsten Autoritäten wie die Generalstaatsanwaltschaft von Chiapas gekauft, ebenso die Staatsanwaltschaft von Palenque und den Strafrichter von Playas de Catatzajá, um so falsche Anschuldigungen und Klagen einreichen zu können, gegen uns, die hier als Unterstützungsbasen der Zapatisten der Nationalen Befreiung das Land bewirtschaften.»

In dieser Logik stellt der Rückgriff auf die Gefängnisstrafe als präventive Maßnahme das drastischste Mittel dar, in den meisten Fällen erstreckt sich diese über viele Monate oder sogar mehr als ein Jahr.

Interview 40. Jose Luis Gómez Morales (La voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.03.08)

«Damals konnte ich das Gefängnis noch nicht verlassen, sie legten nicht einmal eine Kaution fest, weil es keine strafbaren Delikte gab, aber weil sie Macht und Geld haben, nun ja, sie gaben dem Richter Geld, und so konnte keine Kaution für mich festgelegt werden.»

Außerdem ist die Untersuchungshaft im Vergleich zu den übrigen Bereichen der Strafverfolgung sehr schlecht strukturiert, die Einstufung der Gefangenen und ihre Behandlung im Gefängnis werden in der Gesetzgebung kaum konkretisiert.

Interview 79. Menschenrechtsausschuß des Bundesstaates Chiapas: Juan Carlos Moreno Guillén

«Die Untersuchungshaft ist ein Problem in der mexikanischen Gesetzgebung. (...) Obwohl die Bundesverfassung die zwei Formen von Gefängnis (für Verurteilte und für Angeklagte) unterscheidet, vermischen sich diese in der Realität in vielen Strafvollzugsanstalten. Nun, dies ist auch ein Problem, es müßte andere Formen von Bestrafung geben, bzw. tatsächlich nach dem Prinzip vorgegangen werden, daß jeder Mensch unschuldig ist, solange nicht das Gegenteil bewiesen wurde.»

Oftmals ist die Untersuchungshaft das Vorspiel einer sehr langen Freiheitsstrafe. Diese Situation hat auch der Menschenrechtsausschuß des Bundesstaates Chiapas erkannt.

Interview 79. Menschenrechtsausschuß des Bundesstaates Chiapas: Juan Carlos Moreno Guillén
«Es gibt da eine seltsame Verschiebung in der Strafgesetzgebung, bezogen auf die Schwere des Deliktes und die Höhe der Strafe, ich denke, dies wird Anlaß für eine zukünftige Analyse geben, mit dem Ziel einer etwas sinnvolleren Ausgestaltung... ja, einige hohe Strafen überraschen.»

Aufgrund dieser Situation gibt es unter den erwähnten Gefangenen Mobilisierungs- und Organisationsbestrebungen, mit dem Ziel, Verbesserungen der Strafvollzugsbedingungen zu fordern, vor allem und in erster Linie aber die Wiederaufnahme ihrer Fälle zu verlangen. Ein Beispiel hierfür ist die Gefangenenorganisation "La Voz del Amate" (die Stimme von El Amate), einer Organisation, die sich hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, aus Gefangenen der Zapatistischen Unterstützungsbasis zusammensetzt, die immer wieder betonen, daß sie politische Gefangene sind.

4.3. Paramilitärische Gruppen

Während ihres dritten Besuchs in Chiapas (2002) dokumentierte die CCIODH den Fortbestand paramilitärischer Gruppierungen:

"... verantwortlich für zahlreiche Konflikte, Straßensperren und eine Politik von Terror, Mord und ständiger Aggression gegenüber den zapatistischen Dörfern. Sie werden dabei, wie gehabt, durch die alten priistischen Strukturen auf kommunaler und regionaler Ebene unterstützt und genießen die Komplizenschaft des mexikanischen Militärs und der Sicherheitsorgane verschiedener Regierungsebenen, die sowohl aufgrund von Unterlassung als auch durch aktives Handeln beteiligt sind."

Sechs Jahre später stellt die CCIODH fest, daß sich die gewalttätigen Aktivitäten paramilitärischer Gruppierungen in Chiapas auch aktuell explizit und sichtbar fortsetzen, hervorstechend ist dabei vor allem die Achse San Cristóbal de las Casas – Ocosingo – Palenque sowie der Landkreis Las Margaritas.

Eine zivile Gruppierung wird als paramilitärisch bezeichnet, wenn die Streitkräfte oder professionelle Polizeieinheiten an deren Auftauchen, Formierung, Unterhalt und, gegebenenfalls, Auflösung beteiligt sind. Tätigkeiten und Absichten dieser Gruppierungen in Bezug auf die soziale Demobilisierung und Repression von Aktivisten, Organisationen und deren Unterstützungsbasis ergänzen sich üblicherweise mit jenen der öffentlichen Ordnungskräfte und der Streitkräfte, wie es auch in Acteal zu sehen war.

Verbindungen zwischen paramilitärischen Gruppierungen und staatlichen Sicherheitsorganen

Während ihres vierten Besuchs in Chiapas konnte die CCIODH Verbindungen von einigen bundesstaatlichen Polizeieinheiten sowie von Teilen des Militärs zu paramilitärischen Gruppierungen feststellen.

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez (BAZ), Gemeinde Betel Yochib auf der Landstraße
«Elías Jiménez López berichtet den Justizpolizisten, er ist von der OPPDIC, die uns des Drogenhandels beschuldigt. (...) Sie kamen hierher zurück, Elías und sein Bruder, Esteban Giménez López, der Major der Sektorpolizei ist. Weil sein Bruder von der Polizei ist und er seit zwanzig Jahren im Dienst des Gesetzes steht, hat Elías eine Menge Macht, er wird durch seinen Bruder gut geschützt. Ja, sie arbeiten für das Gesetz, der Bruder ist Major in seinem Bereich und Elías ist Wegführer für die Polizei und alle möglichen zivilen Justizangestellten, die führt er überall hin.»

Interview 71. Rat der Guten Regierung von Morelia
«Wir wissen, daß sie Kontakt zum Militär haben, das Militär selbst gibt ihnen Waffen, aber auch die Polizisten der öffentlichen Sicherheitskräfte, die statten sie mit Waffen aus.»

Interview 34. CAPISE: Ernesto Ledesma

«Wir haben eindeutige Beispiele dokumentiert, von direkten Gesprächen zwischen Militär und Paramilitärs, unter anderem in den Militärstellungen der Dörfer Monte Líbano, Taniperla, Río Jordán, Tila und Sabanilla. Es sind Paramilitärs aus diesen Dörfern, die hauptsächlich die zapatistischen Unterstützungsbasen angreifen und versuchen, die gewaltsame Vertreibung der Bevölkerungsanteile zu provozieren. Nicht alle, die Verbindungen zum Militär haben, sind Paramilitärs, daher sind vorsichtige und exakte Untersuchungen notwendig, um festzustellen, wer Paramilitär ist und wer nicht, und warum. Dennoch fällt ein offensichtliches und überzeugendes Detail ins Auge: Dort, wo Militär stationiert ist, gibt es die meisten Konflikte, Spaltungen und Aggressionen.»

Die Organisation für die Verteidigung der Rechte von Indigenen und Bauern (OPDDIC)

In diesem Zusammenhang ist die Tätigkeit der OPDDIC von besonderer Relevanz. Diese Organisation ist hauptverantwortlich für eine Serie von Bedrohungen, Aggressionen und paramilitärischen Aktivitäten in den Zonen Las Cañadas, La Selva und El Norte von Chiapas, die sich, auch wenn sie laut den Berichten zahlreicher NGOs und Medien seit vielen Monaten auftreten, auf eine sehr gewalttätige und alarmierende Art und Weise verstärkt haben.

Die Beobachtung paramilitärischer Gruppierungen durch die CCIODH während ihrer vorhergehenden Besuche, die Entwicklung des Fall von Acteal, den wir weiter unten darstellen werden, sowie die Zeugenaussagen von Mitgliedern verschiedener sozialer Organisationen lassen die Annahme zu, daß es sich bei dieser Gruppierung um eine Restrukturierung und Reaktivierung in der Vergangenheit aktiver paramilitärischer Gruppierungen handelt, die aufgelöst wurden oder an internen Prozessen zerfallen sind, wie Paz y Justicia, Máscara Roja oder Los Chinchulines, um einige zu nennen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Wie CIEPAC ausführt:

“Die hauptsächliche Stärke der OPDDIC, abgesehen von ihren guten Verbindungen zu legalen Institutionen, lag in ihrer Rekrutierungskraft, vor allem an der Basis der paramilitärischen Gruppierungen des vergangenen Jahrzehnts. Letzteres wird durch das Auftauchen der Gruppierung ‘OPDDIC Roja de los altos’ in dieser Todesdrohung verdeutlicht, in dem Sinne, daß es sich hierbei um eine Reorganisation der paramilitärischen Gruppierung Máscara Roja in den Reihen der OPDDIC handelt.” (CIEPAC. Chiapas al Día, Nr. 548.)

Andererseits konnte die CCIODH Interviews mit dem Vertreter der OPDDIC und anderen Personen, die anonym bleiben wollen, durchführen. Diese bestritten wiederholt den paramilitärischen Charakter der Gruppierung.

Interview 51. OPDDIC: Vertreter Pedro Girón und weitere (anonyme) Personen

«Falls Sie gehört haben, daß die OPDDIC aggressiv sei, daß es sich um Paramilitärs handele, die Waffen tragen... dies ist komplett falsch, dagegen verwehren wir uns sofort, dagegen verwehren wir uns kategorisch, und wir möchten Ihnen mit allem Respekt, den Sie verdienen, versichern, daß wir zum Dialog bereit sind.»

Die Vertreter dieser Organisation zögern auch nicht, uns ihre Sicht des Konflikts mit den Zapatisten bezüglich Landverteilung und Grenzziehungen darzulegen.

Interview 51. OPDDIC: Vertreter Pedro Girón und weitere (anonyme) Personen

«(...) das, was die Zapatistische Armee (EZLN) gemacht hat, ist sehr gut, sie kamen, um auf den Fincas der einstigen Großgrundbesitzer zu leben, die 200 oder 300 Hektar groß sind. Es ist sehr gut, daß sie das gemacht haben, ich bin damit einverstanden. Aber es bringt nichts, wenn ich meine zwei Hektar Land habe und diese besetzt sind, obwohl ich die Grundbücher habe, die zeigen, daß es mein Eigentum ist und daß ich es bearbeite, deshalb haben wir darum gebeten, daß die Regierung eine Lösung dafür findet, einige leben noch immer hier in Ocosingo, als Überlebende, nachdem sie 1994 vertrieben wurden. Sie wollen zurückkommen, aber das können sie nur, wenn sie sich der Gruppe der EZLN anschließen, doch das Gesetz sagt eindeutig, daß niemand gezwungen werden kann, einer Organisation beizutreten, und weil sie nicht wollen, ziehen sie es vor, ihr Land zu verlieren, und Straßenhandel zu betreiben, um zu überleben.»

In diesem konkreten Fall wurde die Gruppierung jedoch auch von der Staatsregierung selbst als unerwünscht eingestuft, sie hat diesbezüglich ihre eigenen Vermutungen:

Interview 288. Gouverneur von Chiapas: Juan Sabines

« (...) aufgrund von Problemen von Leuten, die diese paramilitärischen Organisationen dazu veranlassen, die Unterstützungsbasen der EZLN anzugreifen, und eben deshalb müssen wir auf diese Gruppe aufpassen. (...) Und die, die Gewalt einsetzen, sind genau solche Gruppierungen, es sind die von der OPPDIC (...). Wir haben erklärt, daß es sich dabei in der Tat um eine für die Regierung von Chiapas und den Staat Chiapas unerwünschte Organisation handelt. (...) Ihre merkwürdigen Aktivitäten, mit denen sie neben der EZLN, gegen die EZLN, in Erscheinung treten, beunruhigen uns sehr. Wir vernachlässigen dieses Thema nicht, wir haben die Generalstaatsanwaltschaft offiziell und schriftlich zu Ermittlungen zum Hintergrund der OPDDIC aufgefordert.»

Unterdessen beklagen zahlreiche Zeugenaussagen Bedrohungen, Aggressionen und bewaffnete Aktivitäten. Die CCIODH dokumentierte zwei aktuelle Fälle. Erstens die Aggressionen, Folter und Verhaftungen, denen drei Mitglieder der Familie Silvano (Zapatistische Unterstützungsbasis) ausgesetzt waren. Dies wird im folgenden Kapitel, einer Darstellung des paradigmatischen Falles der Region Agua Azul, zu der Betel Yochib gehört, detailliert geschildert. Gemeinsam mit dem Fall von Agua Azul untersuchen wir die Situation von Choles de Tumbalá, in Palenque, wo beunruhigende Bedrohungen und Belästigungen zu verzeichnen sind. Neben diesen zwei konkreten Fällen stellte die CCIODH eine Vielzahl von Bedrohungen und Belästigungen in anderen Dörfern fest.

Zweitens die Todesdrohungen gegen die autonomen Autoritäten des Autonomen Landkreises San Andrés, welche diese in den letzten Monaten erhalten haben. Offensichtlich gehen diese von der OPDDIC aus und stehen im Zusammenhang mit der Errichtung eines neuen regionalen Marktes durch die zapatistischen Autoritäten sowie der Reform einer autonomen Schule.

Interview 32. Autonome Landkreis San Andrés Sakamch'en de Los Pobres (BAZ)

«Wir als autonome Autoritäten von San Andrés, der Syndikus, der Präsident des Landkreises, der erste Gemeinderat, der zweite Gemeinderat und der stellvertretende Syndikus werden bedroht, seit der öffentliche Markt zu funktionieren begonnen hat. Nun, im September haben sie uns einige Papiere hierher geschickt (...) in dreifacher Ausfertigung. Ein Exemplar hinterlegten sie hier im Haupteingang vom Präsidium und eines im kollektiv betriebenen Laden, außerdem fanden wir die Papiere auf dem öffentlichen WC. Wir lesen diese Papiere und fühlen uns bedroht, der Absender schreibt, daß wir das Markt-Programm beenden sollen, sonst würden die Paramilitärs der im Landkreis aktiven Gruppierung uns schon finden.»

Dies ist ein Auszug der in der Zeugenaussage erwähnten 'Papiere', die im Autonomen Präsidium hinterlegt wurden; er enthält Todesdrohungen.

Dokument 32a. Autonome Landkreis San Andrés Sakamch'en de Los Pobres (BAZ)

«Dörfer und Gemeinden von Larraínzar, wir sind die Autoritäten der Gruppierungen Juvenil und OPDIC Rosa de los Altos. Unsere erste Forderung ist Ihr Tod als autonome Anführer, daher genießen Sie nun den letzten Tag Ihres Lebens, denn wir kommen bald und sorgen für Gerechtigkeit (...). Wenn bis zum 30. September die Streichung nicht erfolgt ist, wird auf jeden Fall mit einer Mord-Offensive gegen den Präsidenten Antonio Gomes Hernández aus Tzutzben sowie Maximiliano in Tres Puentes, Manuel in Tres Puentes, Diego in Tivo und Diego in Tzutzben begonnen, denn diese Personen sind die großen Kaziken, die die übrigen Autoritäten befehligen, sie sind die wahren autonomen zapatistischen Anführer.»

5. Zwei paradigmatische Fälle: Agua Azul und Choles de Tumbalá

Um zu zeigen, wie die Konflikte um Autonomie, Boden und natürliche Rohstoffe sowie repressive Strategien miteinander verflochten sind, werden wir auf zwei Fälle näher eingehen, die nach Meinung der Kommission gute Beispiele für die komplexe und gewaltsame Situation sind, die in Chiapas heute vorzufinden ist.

Diese zwei Fälle, die nur Beispiele einer Situation sind, die wir in den gesammelten Aussagen immer wieder vorgefunden haben, zeigen viele der Faktoren, die schon zum Massaker in Acteal geführt haben. Die CCIODH ist besorgt über die wachsenden Konflikte, die sich im vergangenen Jahr ereignet haben, und betont die Notwendigkeit, einer Wiederholung von Acteal vorzubeugen.

5.1. Die Zone von Agua Azul und die OPDDIC

Der Fall von Agua Azul – wie viele ähnlich gelagerte Fälle – zeigt sich als paradigmatisch für die Angriffe durch Paramilitärs, stillschweigende Duldung durch die Autoritäten und offensichtliche Straflosigkeit der für die Angriffe Verantwortlichen.

Agua Azul ist ein Ort von großer natürlicher Schönheit und als Naturschutzgebiet klassifiziert. Ursprünglich wurden die Wasserfälle von Agua Azul am 29. April 1980 durch ein Dekret als geschütztes Waldgebiet und Region der Waldfauna (*zona de protección forestal y región de la fauna silvestre*) anerkannt, am 7. Juni 2000 dann in das "Schutzgebiet für Flora und Fauna Wasserfälle von Agua Azul" von 2.580 ha umgewandelt. In diesem Gebiet werden die Wasserfälle touristisch genutzt, es gibt aber neue Pläne zur Entwicklung des Tourismus in der Region, die die touristische Struktur weiter ausweiten wollen.

Innerhalb dieses Gebiets gibt es diverse Ejidos und Gemeinden, viele von ihnen nicht-zapatistisch, aber auch andere, die sich als zapatistisch bezeichnen oder in denen es zapatistische Unterstützungsbasen gibt: Bolóm Ajaw, San Miguel Agua Azul, Nuevo Progreso Agua Azul oder Lindavista. Das Gebiet gehört zu den offiziellen Bezirken Tumbalá und Chilón. Innerhalb dieses Gebiets im weiteren Sinn haben sich zahlreiche Konflikte entwickelt.

5.1.1 Der Fall Bolóm Ajaw

Der konkrete Konflikt von Bolóm Ajaw besteht zwischen Bewohnern des Ejidos Agua Azul, die den Zugang zu den gleichnamigen Wasserfällen regeln, und den Bewohnern von Bolóm Ajaw, die zapatistische Unterstützungsbasen sind. Die Ejidomitglieder von Agua Azul haben die Gesellschaft "Tzeltal-Indigene Ökotourismus Wasserfälle von Agua Azul oHG", um die Wasserfälle touristisch zu nutzen, und ein großer Teil von ihnen gehört zur OPDDIC. Bolóm Ajaw ist ein zurückerobertes Gebiet (*tierra recuperada*) und nimmt laut CAPISE 339 ha ein. 2001 wurde dieses Gebiet durch ca. 41 Familien der zapatistischen Unterstützungsbasen besetzt, die Einwohnerzahl beträgt ca. 200 Erwachsene und Kinder. Das Gebiet gehört zum autonomen Bezirk Olga Isabel, der vom Rat der Guten Regierung in Morelia verwaltet wird.

Die Konflikte im Zusammenhang mit der Regierbarkeit, die im Bundesstaat Chiapas bestehen, tragen auch hier als ein Element zum Konflikt bei, da die zapatistischen Unterstützungsbasen sich in ihren autonomen Bezirken organisieren, die Ejidomitglieder von Agua Azul, die in der OPDDIC sind, die Autoritäten der Zapatistas aber nicht anerkennen.

Interview 51. OPDDIC, Pedro Girón und weitere (anonyme) Personen

Um zu beginnen, dieses Dorf [Bolóm Ajaw], die Verfassung dieser Gesellschaft kennen wir nicht (...) Deshalb gibt es das nicht mit uns, wir kennen den Herrn Präsidenten dieser großen Organisation nicht, er ist der beste Zeuge, daß es mit diesen Gruppen keine Einmischung gibt. "

Die touristische Nutzung der Wasserfälle und die neuen Projekte der Ökotourismusentwicklung, die in dieser Zone durchgeführt werden sollen, sind die Ursache der Konflikte um die Landtitel, da Bolóm Ajaw sich im oberen Teil der Wasserfälle befindet, wohin sich wegen der Schönheit und Intaktheit des Gebiets die touristische Nutzung ausweiten würde. In diesem Kontext entwickeln sich eine Reihe von Aggressionen und Feindseligkeiten gegen die zapatistischen Unterstützungsbasen von Bolóm Ajaw.

Die Grundstücke, um die es in diesem Fall geht, sind nicht nur fruchtbar aufgrund ihrer Nähe zum Wasser, sondern sie grenzen direkt oberhalb an die Wasserfälle von Agua Azul an. Der Standort von Bolóm Ajaw ruft unleugbar touristische Interessen hervor, was wichtig ist, um den Konflikt zu begreifen.

Interview 73. Gemeinde Bolóm Ajaw (zapatistische Unterstützungsbasen - BAZ)

Die von Agua Azul wollen hierher, weil sie die Wasserfälle wollen, weil sie sehr schön sind, deshalb wollen sie sie haben. Weil es hier fünf Wasserfälle gibt. Dorthin kommen die Touristen, deshalb nutzen sie sie. Sie wollen Touristen hierher nach Bolóm Ajaw bringen, sie wollen, daß wir weggehen und daß sie die Wasserfälle behalten, sie brauchen nicht das Land, nur die Wasserfälle."

Andererseits ist dieses Gebiet, wie wir erklärt haben, Teil des Naturschutzgebiets. Die Politik der Naturschutzprogramme in Mexiko hat zum Ziel, keine indigenen Gemeinden zuzulassen oder sie durch die entsprechenden Behörden zu kontrollieren.

In diesem Sinn scheinen sich die Tendenzen für dieses Schutzgebiet zu entwickeln, da laut CAPISE (Bolóm Ajaw: El Informe III) die lokale Entwicklungskooperative "Tzeltal-Indigene Ökotourismus Wasserfälle von Agua Azul oHG." die den Tourismus in diesem Gebiet fördert, starke Finanzierung vom Bundesstaat erhält, um die touristische Infrastruktur aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Um auf die Frage der Aggressionen, Feindseligkeiten und Angriffe auf die Menschenrechte zurückzukommen, ist es nötig, einige dieser Fälle zu beleuchten. Die vollständige Liste wäre sehr lang, da verschiedene NGOs des Bundesstaats ebenfalls die Serie der Gewalttätigkeiten gegen die Bewohner von Bolóm Ajaw festgestellt haben, wobei es besonders im September, November und Dezember 2007 viele Spannungen gab.

Basierend auf den Zeugenaussagen, die die CCIODH gesammelt hat, lassen sich verschiedene Episoden der Aggression ausmachen.

Chronologie der Vorfälle um Agua Azul

05/09/2007 Mitglieder der OPDDIC blockieren den Zugang zur Gemeinde, indem sie einen hohen und starken Drahtzaun aufstellen. Damit ist es den zapatistischen Bauern unmöglich, ihre Produkte zu holen und sich frei zu bewegen.

11/09/2007 Da sie keinen freien Zugang über ihren Weg hat, hat die Gemeinde Agua Azul den Rat der Guten Regierung (JBG) in Morelia gebeten, sich die Situation anzuschauen. Die JBG antwortet, sie würde das am 11. September tun. Also wartet eine Gruppe von ca. neun Männern aus Bolóm Ajaw an der Kreuzung (bei dem Zaun) auf die JBG. Während sie warten, tauchen Mitglieder der OPDDIC aus dem Ejido Agua Azul auf und nehmen drei Zapatisten aus Bolóm Ajaw fest. Sie werden schwer verprügelt, und einer von ihnen, Manuel Jiménez Álvaro, wird von einem Schuß Kaliber 22 am Kinn und der rechten Unterlippe verletzt.

Interview 73. Gemeinde Bolóm Ajaw (BAZ)

"Es waren neun Leute, aber weitere sieben sind geflüchtet. Drei wurden festgenommen, und sie haben sie ins Gefängnis gebracht, dort in Agua Azul. Die von der OPDDIC haben uns festgenommen, sie haben uns mitgenommen, (...) hier haben sie uns festgehalten und uns Diebstahl vorgeworfen. Es ist ein Gefängnis der OPDDIC und die Polizei kam dorthin und hat Fotos gemacht. Ein Vertreter der Regierung ist nach Agua Azul gekommen. Er ist nur gekommen, um zu sagen, daß sie die drei in Agua Azul freilassen. Die verletzte Person haben sie ins Krankenhaus gebracht, er war drei Tage im Krankenhaus."

Die vermutlichen Aggressoren, die die JBG beschuldigt hat, sind Jerónimo Urbina López, Jerónimo Morales Álvaro und Manuel Méndez Silvano. Die Mitglieder der OIPDDIC, die von den Opfern als Komplizen bezeichnet werden, sind Adolfo Cruz López, Salomón Moreno Estrada, Manuel Hernández López, Marcos López Moreno, Jerónimo Urbina López, Juan Urbina López, Miguel Silvano Hernández, Juan García, Abel Moreno Estrada, Miguel Cruz López, Santiago Cruz López, Jeremías López Hernández (Ejido-Kommissar der Gemeinde Agua Azul), Jerónimo Jiménez Ruiz, Enrique Moreno, Antonio Pérez Silvano, Elías Moreno López, Manuel Cruz López, Domingo Cruz López, Jerónimo Urbina López, Adolfo Moreno Estrada.

Die festgenommenen Zapatisten wurden getreten und mit Knüppeln und Macheten geschlagen, wodurch sie verletzt wurden. Die Festgenommenen wurden in das Gefängnis von Agua Azul gebracht, dessen Kommissar zur OPDDIC gehört. Bei diesem Transport wurden sie physisch angegriffen.

Während der Haft wurden sie mit dem Tod sowie mit Angriffen auf ihre Familien bedroht. Im Gefängnis von Agua Azul erschien die Sektor, die anscheinend die Festnahme durchgeführt hatte und die Festgenommenen im Gefängnis fotografierte.

Zu diesem Zeitpunkt kehrten die Zapatisten, die bei der Auseinandersetzung hatten flüchten können, mit ca. 40 weiteren Bewohnern von Bolóm Ajaw zurück an die Kreuzung. Als sie von der prekären Situation der Festgenommenen in Agua Azul erfuhren und um deren Transport zum Kommissariat der Sektor nach Palenque zu verhindern, fällten sie einige Bäume auf dem Weg mit der Motorsäge und kappten die Stromleitung von Agua Azul, so daß das Ejido ohne Strom blieb.

Nun erscheinen Funktionäre der bundesstaatlichen (Innenministerium, Vertretung der Regierung für Chilón) sowie der nationalen Regierung (Nationale Kommission für Naturschutzgebiete). Diese Personen drängen darauf, die Festgenommenen freizulassen und über das Eigentum an den besetzten Gebieten zu verhandeln. Laut Informationen von CAPISE bieten Funktionäre der bundesstaatlichen Regierung im Verlauf des Konflikts

"70 ha innerhalb des Bezirks Salto de Agua, um die zapatistischen Unterstützungsbasen von Bolóm Ajaw umzusiedeln. Die Funktionäre erwähnen, daß es eine NGO gebe, die ihnen bei der Suche nach Grundstücken zur Umsiedelung der 'Invasoren' der Naturschutzgebiete helfen würden. Den Namen dieser großzügigen und karitativen NGO haben sie nicht genannt." (CAPISE, Bericht Bolóm Ajaw III)

Acht Stunden später wurden die Gefangenen schließlich in Anwesenheit dieser Funktionäre freigelassen. Laut Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas (Bulletin 11/10/2007) versuchten die offiziellen Medien die Zapatisten zu beschuldigen und verbreiteten sogar Fotos von bewaffneten Kämpfern der EZLN von 1994, als ob es aktuelle Fotos wären, während sie in Wirklichkeit unbewaffnet waren.

16/09/2007 Mitglieder der OPDDIC zünden Sonntag nacht das Haus eines Zapatisten an, "dieselben Paramilitärs wagten es, das Haus unseres compañero Jerónimo Morales Álvaro anzuzünden" (JBG von Morelia)

Interview 73. Gemeinde Bolóm Ajaw (BAZ)

"Am 15. September um 12:30 nachts haben die von der OPDDIC das Haus angezündet (...) von uns (...) dort am Eingang hat man gesehen, wie es brannte."

13/11/2007 Mitglieder der OPDDIC bedrohen Zapatisten aus Bolóm Ajaw mit Schußwaffen, um sie zum Verlassen der besetzten Gebiete zu veranlassen; sie dringen auf die Felder von Bolóm Ajaw, um sie zu bearbeiten. Mit Schußwaffen Kaliber .38 und .22 schießen sie in die Luft, drohen damit, daß sie "gute Waffen" besitzen, und kündigen den Zapatisten an: "wenn ihr nicht von hier verschwindet, werden eure Körper zerstückelt und in den Fluß geworfen". Die Zapatisten bearbeiten weiter das Maisfeld, werden aber mit Macheten bedroht, und "zerstreuen sich, um sich nicht provozieren zu lassen" (JBG von Morelia). Auf dem Rückweg werden viele von ihnen von Mitgliedern der OPDDIC "in betrunkenem Zustand" abgefangen.

Interview 73. Gemeinde Bolóm Ajaw (BAZ)

"Die von der OPDDIC kamen hierher, als wir gearbeitet haben, mit acht Pistolen Kaliber 22 und fünf Pistolen Kaliber 38, drei Gewehren Kaliber 38. (...) Sie haben sie uns gezeigt, damit wir von dort weggehen, wo wir gearbeitet haben; sie haben gesagt, sie werden schießen."

24/11/2007 Eine Gruppe von 80 Mitgliedern der OPDDIC kommen um 11 Uhr vormittags mit Schußwaffen, Macheten und Stöcken bewaffnet nach Bolóm Ajaw. Ca. 20 Personen tragen Pistolen Kaliber 22 und 38, sechs weitere Gewehre, der Rest Stöcke und Macheten. Sie treffen auf Frauen und Kinder sowie auf den Gesundheitspromotor Manuel Hernández, der krank ist und den sie bewußtlos prügeln. Dieser Vorfall wurde damals von der JBG von Morelia gemeldet:

"Am 24. November dieses Jahres um 11 Uhr vormittags drang eine Gruppe von 80 Personen, die der OPDDIC angehören, gewaltvoll in die neue Siedlung Bolóm Ajaw in der Bergregion des autonomen rebellischen Bezirks Olga Isabel ein. Sie trugen Schußwaffen, Macheten und Stöcke; 20 Personen trugen Pistolen Kaliber 22 und 38, sechs weitere Gewehre, der Rest Stöcke und Macheten."

(Meldung der JBG Morelia vom 25. November 2007)

Später am gleichen Tag wurde laut derselben Quelle ein Minderjähriger, der Wasser holte, von Leuten, die bei der morgendlichen Aggression beteiligt waren, angegriffen. Der Junge gehört zu einer zapatistischen Familie.

Das Muster der Angriffe und der Unterdrückung

Die CCIODH ist äußerst besorgt über die Repression, Gewalt und schwerwiegende Vorfälle, die sich in der Zone von Agua Azul (in einem weiteren Sinn verstanden, unter Einschluß von Teilen der Bezirke Chilón, Tumbalá und Salto de Agua) zeigen. Die Chronologie, die wir aufgezeigt haben, ist nicht umfassend, das heißt, es gibt viele weitere Vorfälle von Aggression und Gewalt, während wir nur die nach unserer Meinung schlimmsten erwähnt haben.

Die CCIODH konnte durch den Vergleich der Daten von mehr als zehn auf Agua Azul bezogenen Interviews ein Muster der Aggressionen gegen Zapatisten und ihre (nichtzapatistischen) Angehörigen ausmachen. Einige typische Elemente sind:

- Einschüchterungen und Schüsse mitten in der Nacht
- Regelmäßige Anwesenheit von Bewaffneten, die um die Häuser und durch die Dörfer laufen
- Physische und verbale Aggressionen gegen Zapatisten. Bei diesen Aggressionen ragen besonders Verletzungen mit Macheten heraus sowie die Tatsache, daß die bei der Durchführung ausnutzen, daß Personen allein unterwegs sind (der Junge, der Wasser holt; Pablo Silvano, der zur Milpa geht etc.)
- Enge und offensichtliche Beziehung zwischen der Sektor und bestimmten Personen der Angreifergruppen.
- Illegales Festhalten durch die OPDDIC, die rasch durch die Anwesenheit der Sektor unterstützt wird.

Das Muster verbaler und physischer Aggressionen und Folter gab es in allen Fällen der Zusammenarbeit zwischen der OPDDIC und der Sektor. Der CCIODH liegen drei Aussagen von Festgenommenen vor, die fälschlich verschiedener Delikte beschuldigt wurden und sogar unterschiedliche Zeiträume im Gefängnis verbrachten.

5.1.2 Betel Yochib: der Fall der Familie Silvano (zapatistische Unterstützungsbasen)

Ein bedeutender Zwischenfall in der Entwicklung der Konflikte war der bewaffnete Angriff auf Pablo Silvano, Teil der zapatistischen Unterstützungsbasen, der der CCIODH seinen Bericht gab. Die JBG veröffentlichte damals am 27. Dezember 2007 folgendes:

"Am 29. Dezember, gegen 6:15 Uhr morgens, wurde auf den Compañero dieser Gemeinde und Mitglied unserer autonomen Organisation, Pablo Silvano Jiménez, 41 Jahre alt, mit einer Kugel aus einer Pistole Kaliber 9 mm geschossen.

Die Waffe wurde von Elías Jiménez López bedient, der in dem Dorf Betel Yochib, Bezirk Chilón wohnt und ein Mitglied der OPDDIC Organisation ist, und von zwei Elementen der Sektor begleitet wurde, deren Namen zur Zeit unbekannt sind, die aber anhand ihrer Uniformen erkennbar waren."

Die Vorfälle ereigneten sich in Betel Yochib, einem Dorf in der Nähe der Kreuzung von Agua Azul. Pablo Silvano lief die Landstraße entlang zu seinem Maisfeld. Ein Wagen der Sektor, in dem Elías Jiménez (Mitglied der OPDDIC) fuhr, begann Pablo Jiménez zu verfolgen, der sich ins Gebüsch schlug und entkommen konnte. Während der Verfolgung bekam er einen Schuß in den rechten Oberschenkel.

Die Untersuchung der JBG Morelia brachte einige Indizien hervor: einerseits sammelten sie elf Hülsen von 9mm und eine Hülse eines AR15 von 5.53 mm, andererseits wissen sie auf die Verantwortlichen nicht nur dieses Vorfalles, sondern der Gesamtheit der Angriffe auf die Bevölkerung von Betel Yochib hin.

"Komplizen der obengenannten Person sind folgende Mitglieder der gleichen paramilitärischen Bande: Abel Deara Hernández; Gaspar Gómez Álvaro; Emilio Hernández Pérez- Sebastián Guzmán Deara; Carlos Deara Muños; Juan Saragos Luna (...); Sebastián Moreno Pérez, ehemaliges Mitglied des Sicherheitsrats von Chilón; Miguel Saragos Luna, Polizist des Ejidos Betel Yochib; Francisco Guzmán Hernández; Miguel Hernández Moreno aus Agua Clara (...); Gaspar Deara López, Hilfspolizist von Betel Yochib; Gaspar Guzmán Álvaro"

(Veröffentlichung der JBG Morelia, 25. November 2007)

Eine andere Frage, die die CCIODH besorgt, ist die wiederkehrende und dauernde Komplizität der Sektor bei diesen Abgriffen. Gemäß der JBG lautet das Kennzeichen des Wagens der Sektor, mit dem die Angreifer unterwegs waren, 031, Bezirk Palenque, Chiapas.

Im Fall Agua Azul erscheint von neuem die Rolle der Komplizität zwischen lokalen Kaziken und den Polizisten. In diesem Fall erklärt uns der Angegriffene selbst den Hintergrund dieser so engen Beziehung zwischen der Sektor und den Angreifern von der CCIODH. Konkret zwischen Elías Jiménez, Mitglied der OPDDIC, und seinem Bruder Esteban Jiménez, Angehöriger der Sektor.

Interview 50. Pablo Silvano Jiménez, BAZ der Gemeinde Betel Yochib, in seinem Haus
"Sie kamen hierher zurück, Elías hat einen Bruder, der Kommandant ist, Esteban Jiménez López, ja, der Sektor. Er hat einen Bruder bei der Polizei, der schon 20 Jahre dabei ist, deshalb hat Elías solche Macht, weil er von seinem Bruder geschützt wird, ja, sie arbeiten mit dem Gesetz zusammen, der Bruder ist Kammandant, und Elías dient als Führer der Straßenpolizei und aller Art gerichtlicher Zivilisten, für alle möglichen."

Diese enge Beziehung zwischen der Sektor und den Angreifern taucht in allen Augenzeugenberichten auf.

Interview 73. Gemeinde Bolóm Ajaw (BAZ)
"Es sind die der Sektor und die der Justizpolizei: manchmal bleiben sie die ganze Nacht dort an der Kreuzung. Es sind zehn Wagen."

Aber die CCIODH ist besonders beunruhigt darüber, wie diese enge Beziehung zur Strategie der Spaltung der Gemeinden und schweren psychosozialen Schädigung gehört.

Interview 50. Pablo Silvano Jiménez, BAZ der Gemeinde Betel Yochib, in seinem Haus
"Deshalb laufen sie hier mit denen der Justizpolizei herum und deuten auf uns. Elías Jiménez López und Miguel Saragoz Luna, Juan Saragoz Luna und Francisco Gutiérrez Fernández. Diese sind die Anführer der OPDDIC. Hier machen nicht sie es, aber nachts laufen sie mit den Justizpolizisten herum."

Im Fall Pablo Silvano zeigt sich diese Dynamik deutlich, nicht nur aufgrund des Angriffs auf ihn, sondern auch durch den auf seinen Bruder und seinen Neffen, beide mit Namen Eliseo Silvano. Sowohl Pablo als auch Eliseo wurden von Mitgliedern der OPDDIC gegenüber den zuständigen Autoritäten des Drogenhandels bezichtigt.

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez, BAZ der Gemeinde Betel Yochib, auf der Landstraße
"Sie kamen, um die Autoritäten zu täuschen, indem sie ihnen sagten, daß wir Drogen verkaufen, daß wir Busse überfallen, daß wir unser Kommissariat nicht respektieren, weil wir unsere eigene Junta haben, daß wir keine Versammlung abhalten, daß wir nicht bei der Grundschule mitmachen und weil wir nicht mitarbeiten."

Der Angriff auf diese beiden Zapatisten ist der jüngste Zwischenfall bei der Entwicklung des Konflikts von Bolóm Ajaw, bei dem die CCIODH Zeuge geworden ist. Vater und Sohn wurden durch die Straßenpolizei festgenommen, unter dem Vorwurf, einen Bus überfallen zu haben und illegal Waffen zu besitzen. Bei der Festnahme erlitt der Vater schwere Folter (die im Gefängnis von einem medizinischen Team der CCIODH bestätigt wurde), und erst aufgrund des Drucks von verschiedenen Seiten wurden sie schließlich freigelassen, wodurch verhindert wurde, daß die Abfolge Festnahme – Prozeß – Verurteilung fortgesetzt wurde. Die Geschichte ihrer Festnahme hat uns ihre Familie am Ort der Geschehnisse erzählt.

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez, BAZ der Gemeinde Betel Yochib, auf der Landstraße
"Um zehn Uhr morgens ging mein Bruder aus dem Haus und auf dem Weg haben sie schon auf ihn gewartet, ein roter Wagen, mit dem die Justizpolizisten unterwegs waren, aber als sie ihn gesehen haben, fuhr der Wagen vorbei (...), hier ist der rote Wagen vorbeigefahren, in dem die Justizpolizisten fuhren. Sie haben ihn (...) berührt und er ist hingefallen. Als er fiel, haben sie angefangen, ihn zu schlagen. Dann haben sie ihn da runtergebracht, um ihn zu schlagen. Dann kam ein Straßenpolizist. Sie haben sich alle hier versammelt. In zwei Wagen. (...) Weil die Straßenpolizisten immer in zwei Wagen unterwegs sind. Als sie hierher gekommen sind und angefangen haben, meinen Bruder zu schlagen, haben sie seinen Sohn mitgenommen. Sie haben ihn eine Stunde lang geschlagen, alle Leute aus der Gemeinde sind gekommen... und die Justizpolizisten haben uns nicht herangelassen, um ihm zu helfen. Und sie haben uns mit Pistolen bedroht, um ihn nicht zu retten. (...) Als sie ihn gefesselt mitgenommen haben, haben sie ihn auf den Motor geschafft. Während sie ihn auf dem Wagen immer noch geschlagen haben, haben sie ihn mit Benzin übergossen. Sie haben ihn völlig mit Benzin getränkt."

Die CCIODH konnte die Festgenommenen im Gefängnis Playas de Catazajá (Palenque) besuchen und zweifelt nicht daran, daß ihre Verletzungen zu den Berichten der Folter während der Festnahme passen. Die beiden Personen weisen Schläge auf, und erzählten in ihrer Zeugenaussage, daß sie bei ihrer Festnahme und später in den Räumen der Polizei in Palenque mißhandelt und gefoltert wurden. Der Sohn, der schlecht spanisch spricht, erzählt von seiner Festnahme und Folterung (er verwechselt die Pronomen, aber er bezieht sich auf seine Festnahme und wie sie ihn behandelt haben; in der Übersetzung wurden die Verbformen dem eigentlichen Sinn nach übersetzt):

Interview 95. Eliseo Silvano Espinoza (BAZ), Gefängnis Nr. 17 (freigelassen am 9.2.2008)
"Wir kamen bei der Basis der Sektor an (...) "wieviel überfallen?, wie oft haben Sie überfallen?" sagt er. "Ich habe nie überfallen, mein Herr." "Jetzt werden Sie die Wahrheit sagen, jetzt gleich", sagt er. Und als wir schon da waren, haben sie ihn bestraft, etwas, ich glaube Gas ins Auge getan. Danach eine weiße Tüte, hier über den Kopf. Danach eine rote Tüte, "damit Sie ersticken", sagt er. Und einer klebt mir den Mund zu, einer hält meinen Fuß fest, und einer schlägt mich hier."

Der physisch-psychische Zustand, den sie im Gefängnis vorwiesen, wurde von dem Team der CCIODH, das sie besuchen konnte, als schwere neurologische Beeinträchtigung der rechten Hand, Verbrennung ersten Grades am Rücken, Schußwunde am Fuß und tiefe, infizierte Verletzungen beim Vater und Verletzungen der unteren Rippe sowie im Rachen-Kehlkopf-Bereich beim Sohn diagnostiziert.

Die CCIODH konnte sich in San Cristóbal mit dem Staatsanwalt des Distrikts Urwaldregion, Ernesto López, treffen, der uns informierte, daß die Festgenommenen vor dem Richter bestritten, bei den ihnen vorgeworfenen Delikten eines Überfalls beteiligt gewesen zu sein. Weder der Richter noch der Verteidiger fragten nach der Herkunft der Verletzungen, die sie vorwiesen, während sie für das medizinische Team der CCIODH eindeutig auf mehr hindeuteten als bloße Gewaltanwendung und unbedingte Behandlung im Krankenhaus brauchten.

Als sie von den Unregelmäßigkeiten des Prozesses erfuhr, die sich an eine Verhaftung mit repressivem Vorgehen und unter Zuhilfenahme von Folter anschlossen, fuhr eine Delegation der CCIODH zum Gefängnis Playas de Catazajá, wo den ganzen Tag die Gegenüberstellungen und Zeugenaussagen zum Fall der beiden Verhafteten stattfanden. Wir blieben in den Gerichtsbüros bis um 3 Uhr früh, als Eliseo Silvano Jiménez und sein Sohn Eliseo Silvano Espinosa freigelassen wurden.

Um 22 Uhr abends erfuhren wir, daß es einen weiteren Haftbefehl gegen Eliseo Silvano Jiménez wegen illegalen Waffenbesitzes seit dem 5. Februar gab. Dieser Fall verhinderte seine Freilassung, obwohl er sich wegen seiner Verletzungen in einer kritischen medizinischen Situation befand. Nach diversen Kontakten in letzter Minute wurde er gegen eine Kaution von 8000 Pesos um drei Uhr morgens freigelassen. In keinem Moment wurden er oder seine Familie noch die CCIODH von diesem neuen Vorwurf informiert, so daß wir den Eindruck haben, daß die Information absichtlich nicht gegeben wurde, um die nötigen Maßnahmen zu verhindern, die zu seiner Freilassung führten.

Am selben Nachmittag wurde von den beiden bei dem verantwortlichen Richter eine Klage wegen Folter eingereicht, in der die Namen der verantwortlichen Polizisten genannt werden, begleitet von medizinischen Dokumenten, die die Folter belegen, sowie einer Erklärung zum Verlauf. Momentan befinden sich beide zu Hause und erholen sich von den erlittenen Verletzungen.

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez, Zapatist der Gemeinde Betel Yochib, auf der Landstraße
"Sie haben ihn geschlagen, und er kann nichts sehen. Er sieht schlecht. Deshalb erkennt er niemanden und ist immer mit seinem Sohn auf dem Motorrad unterwegs. Aber sein Sohn wurde auch sehr geschlagen. Sie haben ihn geschlagen, er hat überall blaue Flecken und den Nacken angeschwollen. Und Eliseo, meinem Bruder, geht es noch schlechter. Er kann weder sprechen noch essen. Hier überall hat er blaue Flecken, das Gesicht ist geschwollen von den ganzen Schlägen, außerdem haben sie ihn mit heißem Wasser verbrannt."

Die CCIODH ist zufrieden mit der Freilassung der beiden, beklagt aber die Art und Weise, in der sie sich vollzog. Sie ist der Meinung, daß die Zeugenaussagen und Gegenüberstellungen keinerlei Anhaltspunkte für die Beteiligung der beiden an dem versuchten Überfall bieten, noch für den Besitz von Waffen, und empfiehlt, sich um die schwere Anschuldigung der Folter zu kümmern und den Prozeß gegen Eliseo Silvano Jiménez einzustellen.

Dieser Fall faßt paradigmatisch die aktuellen Konflikte in Chiapas zusammen: den Konflikt über das Land, die Komplizenschaft zwischen Funktionären und paramilitärischen Organisationen, die Straflosigkeit angesichts dieser Vorfälle und die Durchführung von Projekten ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden. Dieser Fall zeigt außerdem die Straflosigkeit, mit der die Staatsdiener diese Straftaten begehen. Trotz des von der neuen Regierung bekundeten Willens, die verantwortlichen Polizisten zu sanktionieren, gab es bis Redaktionsschluss dieses Berichts noch keine Reaktion auf die Klage wegen Folter, die die beiden Opfer eingereicht haben, noch wurde irgend eine Ermittlung bezüglich des Verhaltens der Sektor der Zone von Agua Azul, in den Bezirken Tumbalá, Chilón und Salto del Agua, eingeleitet.

5.2. Choles de Tumbalá

Die CCIODH hat bei ihrem Besuch einen ausführlichen Augenzeugenbericht der Autoritäten des Dorfes Choles de Tumbalá erhalten, einer Gemeinde, die am 3. August 2006 vertrieben wurde. Obwohl diese Ereignisse schon vor einiger Zeit geschahen, ist dieser Fall bedeutsam, nicht nur wegen der Gewalttätigkeit bei der Vertreibung, sondern auch wegen der schweren Unregelmäßigkeiten beim Prozeß der Regulierung der Landtitel, sowie wegen der Klarheit, mit der sich die Frage der Autonomie in diesem Fall zeigt.

Der Konflikt entwickelte sich in einem Teil des offiziellen Ortes Chuyipa oder 5 de Mayo, im Bezirk Palenque. Diese Gebiet haben die Zapatisten die es 1999 besetzten, Choles de Tumbalá genannt und sich dem autonomen Bezirk El Trabajo angeschlossen, der zum *Caracol V* mit Sitz in Roberto Barrios gehört. Die Entwicklung des Autonomieprojekts beruht auf der Forderung nach Selbstbestimmungsrechten und Rechten auf das Gebiet für die indigenen Völker, welche sich in der Konvention 169 der ILO finden und die Säule der Vereinbarungen von San Andrés sind.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Wir als indigenes Volk und zapatistische Unterstützungsbasis haben das Recht auf freie Selbstbestimmung, das Recht auf Autonomie mit Selbstregierung in den Fragen unserer internen und lokalen Angelegenheiten sowie darauf, die Mittel zu besitzen, die autonomen Funktionen zu finanzieren. Wir als indigenes Volk und zapatistische Unterstützungsbasis für die nationale Befreiung haben das Recht, das Land, das Territorium, das Wasser, das Meer, die Küsten etc. zu besitzen. Um das Land zu stärken, zu entwickeln, im Sinne traditionellen Eigentums. Diese Anerkennung anerkennt angemessen unsere Bräuche, die Traditionen und die Kultur. Wir haben das Recht, die Umwelt sowie die Produktivkraft unserer Länder oder autonomen Territorien zu erhalten und zu schützen."

Laut der Dokumentation der CCIODH sind diese Landbesetzungen nicht nur eine Reaktion auf den Kampf um das Recht auf das Territorium, das die EZLN verteidigt. Vielmehr entsteht der Autonomieprozeß als Antwort auf den vorherigen, noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Vergabe und Regularisierung des Ejidolandes, welches Gemeinschaftseigentum ist. Es ist heutzutage eine immer noch nicht gelöste Angelegenheit, die die Gewalt wieder aufflammen zu lassen droht.

Bevor Choles de Tumbalá auf dem besetzten Land gegründet und von zapatistischen Unterstützungsbasen bewohnt wurde, gab es eine lange Vorgeschichte von Landstreitigkeiten, deren friedliche Lösung durch die Änderung des Artikels 27 der Verfassung unmöglich wurde. Das Grundstück, auf dem sich Choles de Tumbalá befindet, wurde laut der von uns aus verschiedenen Quellen gesammelten Informationen von einer Reihe indigener Familien 1988 zur Gründung des Ejidos "Neues Bevölkerungszentrum Carlos Salinas de Gortari" beantragt, nachdem sie sich dort

niedergelassen hatten. Deshalb gab es ein offenes Regularisierungsverfahren beim Ministerium für Agrarreform:

"Dieses Grundstück hat ein laufendes Verfahren beim Ministerium für Agrarreform als Neues Bevölkerungszentrum seit 1988, da diese Ländereien als überschüssig angesehen wurden"

(CDHFBC, Bulletin 19, 16. August 2006)

Überschüssig, da sie die festgelegten Grenzen überschritten. Im Fall der Hacienda Chuyipa, die eine Größe von 1.655 ha hatte, waren 532 ha überschüssig. Die Gutsbesitzer hatten sie im Besitz, aber oberhalb der gesetzlich anerkannten Größe. Deshalb bekräftigt die JBG in einer der öffentlichen Anklagen (vom 3.8.2006), in dem sie den Fall darstellt, daß die vorigen Besitzer Eduardo Moyte Goyado, Rafael Cruz Sánchez und Filiberto waren.

Jedes überschüssige Land gehört laut Gesetz dem Staat, da das Eigentum daran illegal ist. Deshalb haben die Betroffenen das Gebiet gegenüber der Kommission als national bezeichnet, da es das laut Gesetz war.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Der mutmaßliche Eigentümer, Gilberto Cruz Sánchez, gibt vor, Eigentümer mit dem überschüssigen Gebiet von Chuyipa zu sein, das nationales Gebiet ist, welches wir im rebellischen Widerstand als Choles de Tumbalá, autonomer Bezirk El Trabajo, in Besitz haben."

Das alte Agrarreformgesetz erlaubte es, daß die überschüssigen Ländereien für Ejidos beantragt wurden, wie es 1988 eine Gruppe von Familien getan hatte, um das Neue Bevölkerungszentrum Carlos Salinas de Gortari zu gründen. Das Agrargesetz von 1992, das nach der Änderung des Verfassungsartikels 27 verkündet wurde, schaffte das Konzept des überschüssigen Landes (welches ein Erbe des Plans von Ayutla war) ab und verhinderte das beantragen von Land vom Staat, da in diesem Gesetz festgelegt wurde, daß es kein Land mehr zu verteilen gab. Auf diese Weise blieb seit 1992 die Regularisierung dieses Bevölkerungszentrums stecken.

Der Schlußsatz der Aussage der Bewohner zeigt klar die Option für die Entwicklung eines Autonomieprojekts auf einem Grundstück, dessen Landverteilung aufgehoben wurde.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Wir als Unterstützungsbasen der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung besitzen das zurückgewonnene Land Choles de Tumbalá friedlich und kontinuierlich seit dem 4. September 1999, mit einer Oberfläche von 532 ha, auf denen wir Mais, Bohnen, Yucca, Kürbis und Obstbäume sowie Gemüse pflanzen, auf jedem Stückchen Land (...), um unsere Familien und Kinder ernähren zu können. Wir betreiben nicht das Land, wir haben den Widerstand in Rebellion im Besitz."

Seit dem 4. September 1999 ist dieses Grundstück besetzt, das heißt, sowohl die Familien, die ursprünglich das Land beantragt hatten, als auch andere, nun unter der Fahne der EZLN, besetzten die 532 ha, die als überschüssig klassifiziert waren. Seitdem wurde das Land bis zu ihrer Vertreibung von ca. 38 Familien bearbeitet und bewohnt.

Die Möglichkeit zur Räumung entstand durch verschiedene Faktoren, die schwerstwiegenderen haben mit Unregelmäßigkeiten bei der Landregulierung zu tun. Lange vor der Vertreibung vom 3. August 2006 begannen Feindseligkeiten und Angriffe auf dieses Dorf, unter anderem die Festnahme des Vertreters für Agrarfragen der Gemeinde im September 2004.

"[Die Zapatistas] führen seit dem Tag der Inbesitznahme die Dokumente unter dem Namen "Chol de Tumbalá", der heute für die geographische Lokalisierung im Gebrauch ist. Die öffentliche Schriftführung wurde von dem Repräsentanten des Dorfes Gregorio Álvarez Cruz verwaltet, (...), während seine Arbeit in Wahrheit nur die Handhabung von Landdokumente ist."

(Öffentliche Anklage der JBG Roberto Barrios, 3.8.2006)

Die Arbeit des Agrarvertreters der Gemeinde wurde durch eine völlig irreguläre Festnahme unterbrochen: ohne Haftbefehl, ohne Information über das Delikt und mit einem Prozeß aufgrund falscher Vorwürfe.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Ich war drei Jahre und vier Monate im Gefängnis, wegen eines Stücks Erde, das wir hier im Dorf Choles de Tumbalá verteidigen. Die Eigentümer Gilberto Cruz Sánchez, Eduardo Maitre Collado, der der Besitzer von 5 de Mayo ist. Sie haben sich (Vorwürfe) gegen mich ausgedacht, um mich ins Gefängnis zu bringen (...) Ich ging am 1. September weg, (...) dann um 11 Uhr vormittags war ich auf dem Rückweg und sie haben mich auf dem Markt festgenommen, ohne zu wissen warum (...) Als illegale Freiheitsberaubung, Rechtssache Nummer XXX/2004. Der Eigentümer wirft mir Raub und Viehdiebstahl vor, Rechtssache Nummer XXX/2004, falsche Anschuldigungen, falscher Beschuldiger der Richter Gilberto Cruz Sánchez und Eduardo Luis Maitre Collado, Eigentümer von 5 de Mayo (...) Außerdem haben sie die Staatsanwaltschaft von Palenque, Ramos Penagos, bezahlt, um falsche Anschuldigungen wie illegalen Freiheitsentzug zu erreichen, Rechtssache Nummer XXX/2004 (...)"

Diese Person war während der drei Jahre ihrer Haft im Gefängnis Playas de Catazajá. Ende 2007 kam er frei, nachdem die JBG von Roberto Barrios seine Freilassung gefordert hatte. Dennoch wurde der Agrarprozeß gegen seine Gemeinde nicht aufgehoben, obwohl ihr Repräsentant aufgrund eines irregulären Prozesses im Gefängnis saß. Zu dieser Zeit tauchte eine Person auf, die Eigentumsrechte an diesem Stück Land beanspruchte.

Verschiedene Quellen, die die CCIODH konsultiert hat (NGOs, Journalisten etc.) haben begründete Zweifel daran, daß der angebliche Eigentümer des Grundstücks der tatsächliche ist. Laut Aussage der Betroffenen:

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Gilberto Cruz Sánchez ist nur ein Rinderhirt des Besitztums 5 de Mayo, Bezirk Palenque, Chiapas. Alles, was er sagt, daß er Eigentümer von Choles de Tumbalá ist, ist nicht wahr, sie geben nur ihre Namen, um das Stück Land zu bekommen, das wir besetzt halten und das wir kollektiv als Unterstützungsbasen der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung bearbeiten. Jetzt sagt Gilberto Cruz Sánchez, daß er sich mit einem Eigentumsdokument schützt (...) anerkannt als Siedlung Choles de Tumbalá, weil das falsche Dokument aufgrund von Geld ausgestellt wurde..."

Die Vorwürfe der Bewohner dieses Gebiets gehen noch weiter. Erstens bekräftigen sie, daß die Eigentumstitel falsch sind und durch die Komplizität der Justizbehörden der nördlichen Urwaldzone von Chiapas erlangt wurden.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Den Herrn Gilberto Cruz Sánchez haben die zuständigen Behörden wie die Staatsanwaltschaft des Bundesstaats sowie die von Palenque und der Strafrichter von Playas de Catazajá gekauft, um falsche Anschuldigungen und Anklagen gegen uns als besitzende Unterstützungsbasen der Zapatistas der Nationalen Befreiung zu erfinden, weil wir um ein Stück Land kämpfen, um unsere Familien und Kinder zu ernähren."

Bezüglich der Wahrhaftigkeit dieses Dokuments gibt es zwei Tatsachen, die dafür sprechen. Erstens weil die Existenz eines solchen Dokuments auf Unregelmäßigkeiten hinweisen würde: um für ein Stück überschüssiges Land einen Eigentumstitel zu erhalten, müßte eigentlich die Entstehung des Ejidos konkretisiert oder eben seine Ablehnung dokumentiert werden was nicht geschehen ist.

Zweitens die Existenz anderer Organisationen, die schwere Unregelmäßigkeiten durch dieselben Akteure im Prozeß der Vertreibung beklagen. Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas schreibt in seinem Bulletin Nr. 19:

"Wir fordern die zuständigen Behörden auf, das Verhalten und die Verantwortung folgender Personen zu untersuchen:

des Distriktrichters von Playas de Catazajá, der Polizisten des Bezirks Palenque und der Sektor des Bundesstaats, die bei diesem Einsatz beteiligt waren und die Begehung von Straftaten der Schädigung des Eigentums nicht verhindert haben, sowie den Grad ihrer Verwicklung in die Verletzung der Menschenrechte: der persönlichen Freiheit, Unversehrtheit und Sicherheit durch mutmaßliche Folter und willkürliche Festnahme von drei Personen, sowie die gewaltsame Vertreibung von Mitgliedern der Gemeinde Choles de Tumbalá."

Die Räumung von Choles de Tumbalá wurde am 3. August 2006 mit exzessiver Gewalt und den oben genannten Unregelmäßigkeiten durchgeführt. Wir fügen nachfolgend die vollständige Aussage der Bewohner ein, die die Räumung detailliert beschreiben.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo
"(...) am 3. August 2006 drang das Ministerium für Öffentliche Sicherheit des Bundesstaats Chiapas gewaltsam ein, begleitet von der Bezirkspolizei von Palenque und der Justizpolizei des Bundesstaats sowie des Strafrichters von Catazajá und weiteren Leuten, Zivilisten (...); ohne zu wissen, ob es eine Räumung geben würde, weil sie keinen Antrag, kein Dokument, keine Mitteilung erhalten hatten, ob es eine Räumung geben würde, sie kamen einfach und pum... pum... (...) sie haben viele Sachen verloren, für die sie unter so vielen Opfern mit ihrer Familie gekämpft hatten, sie hatten so viel Arbeit eingesetzt, für die Häuser, die Schulen, Schulbänke für die Kinder, Häuser... (...) Das alles ging verloren, wurde mit Benzin verbrannt, alle Sachen, und sie haben die Häuser mit Traktoren zerstört: der Eigentümer von 5 de Mayo, Luis Maitre Collado. Sie blieben völlig nackt, die Jungen und Mädchen, Männer und Frauen, die jungen Damen; am Tag der Vertreibung, weil sie ihre Sachen nicht mitnehmen konnten, weil sie sie nicht gelassen haben und die Häuser zerstört und angezündet haben. Der Strafrichter hat sich also verkauft für ein Geschenk von den Eigentümern und Kaziken von 5 de Mayo, Bezirk Palenque, Chiapas, zusammen mit den lokalen Viehzüchtern von Palenque, Libertad, Playas de Catazajá, der nördlichen Zone von Chiapas. (...)"

Die Räumung wurde durchgeführt vom Distriktrichter von Playas de Catazajá, der sie nicht ankündigte und keinen Übersetzer mitnahm und deshalb vom Lehrer verlangte, den Bewohnern den Räumungsbefehl in ihrer Sprache zu verkünden. An der Räumung waren zehn Wagen der Öffentlichen Sicherheit mit ca. 30 Polizisten und 24 Bezirkspolizisten aus Palenque beteiligt; darüber hinaus zwei Wagen der Firma MAZU, zwei Dreitonnen-LKWs, zwei Privat-LKWs, drei Traktoren und ein Auto mit verspiegelten Scheiben. Die meisten Fahrzeuge hatten verdeckte Kennzeichen, und es waren Arbeiter der benachbarten Farmen beteiligt, die einen Großteil der Habseligkeiten der Bewohner zerstörten oder mitnahmen.

Es gab einen exzessiven Einsatz von Gewalt, da nicht nur geräumt wurde, sondern auch die Kirche, die Schule und 35 Privathäuser sowie Bäume und Ernten zerstört wurden. Es wurden Dinge aus den Häusern geholt und viele von ihnen verbrannt.

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo
"Die Sektorial- und die Bezirkspolizei von Palenque waren sehr aggressiv und anmaßend, mit groben Worten: sie sagten, wir Zapatisten seien nichts wert, und wenn wir geantwortet oder unsere Sachen verteidigt haben, haben sie gesagt, daß wir bestraft werden, das haben die Sektorialpolizisten gesagt."

Im Kontext dieser Vertreibung gab es drei irreguläre Festnahmen. In diesem Fall gab es wieder das repressive Schema, das wir bereits erwähnt haben: willkürliche Festnahmen von kurzer Dauer, wobei Personen unter Anwendung von Gewalt gezwungen wurden, Dokumente zu unterschreiben, ohne daß sie einen Verteidiger hatten, und mit Einschüchterungen:

"dieser [der Richter] sagte ihnen, er rede nicht mit Vermummten, und befahl, sie festzunehmen; verschiedene Polizisten nahmen sie fest, nahmen ihnen die Pasamontañas ab und schafften sie auf die Ladefläche eines der Wagen, wo sie sie mit dem Gesicht nach unten in der prallen Sonne ungefähr zwischen 12:00 und 15:00 liegenließen. Während dieser Zeit machten sich mehrere Polizisten über die Festgenommenen lustig, drohten, sie zu vergewaltigen und sie nach Playas de Catazajá (wo sich das Gefängnis befindet) zu bringen; einen der Festgenommenen schlugen sie in den Unterleib.

Gegen 15:00 Uhr wurden die drei Festgenommenen zu einem Polizeistand gebracht, die Kläger wissen nicht, von welcher Einheit, der sich im Stadtviertel "La Joya", Bezirk Palenque, befindet, wo sie verhört wurden mit Fragen wie: wer ihre Anführer waren, ob sie Autoritäten waren oder irgendein Amt innehatten, außerdem ließen sie sie ein Dokument unterschreiben, das angeblich besagte "wir werden niemanden wegen nichts anzeigen, es wurde kein Tränengas eingesetzt, und niemand wurde geschädigt..." Sie wurden gegen 19:00 Uhr freigelassen"

(CDHFBC, Bulletin 19, 11. August 2006)

Diese Räumung führte zur Vertreibung der Familien, die in Choles de Tumbalá wohnten, die sich in verschiedene Gemeinden in der Nähe von Palenque sowie Stadtviertel dieses Ortes verstreuten.

Diese Episode war nicht die letzte in diesem Fall. Am 1. Oktober 2007 kehrten die Familien von Choles de Tumbalá in Begleitung von einer Gruppe Unterstützungsbasen der EZLN, an den Ort zurück. 15 Transporter mit den Familien und den Zapatisten kehrten an den Ort zurück und begannen, das Dorf neu aufzubauen, Haus für Haus. Es waren insgesamt etwa 250 Personen; die

Unterstützungsbasen blieben, um Wache zu halten und das Dorf zu schützen. Anscheinend wurden am Ort zivile Camps errichtet, um die Entwicklung der Situation zu beobachten.

Seitdem ist Choles de Tumbalá bis heute wieder dort, wo es wiederaufgebaut wurde. Der Agrarprozeß ist jedoch nicht gelöst; die schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bei der Räumung (in die die Justiz- und Polizeibehörden des Bundesstaats verwickelt sind) wurden weder untersucht noch bestraft, und außerdem sind wieder Drohungen und Feindseligkeiten gegen das Dorf aufgeflammt.

Zwischen Oktober 2007 und April 2008 wurden Angriffe mit Traktoren, Brände auf benachbarten Grundstücken, nächtliche Überflüge und nächtliche Wachen in der Nähe der Ansiedlung öffentlich angeklagt. Seit der Erneuten Wiedergewinnung des Gebiets von seiten der Zapatisten ist die Zone ein dauernder Fokus der Spannungen und der Gewalt, mit einigen Höhepunkten.

Es gibt einige Faktoren, die die CCIODH beunruhigen. Einerseits provoziert das Fehlen einer Lösung des Agrarkonflikts neue Konflikte. Um nur zwei Situationen zu nennen:

Die CUT (Central Unitaria de Trabajadores) hielt seit 1999 einen anderen Teil des Gutes Chuyipá besetzt, das laut ihren Nachforschungen keinen Besitzer hat. Dennoch schufen sie einen Fonds von 900.000 Pesos, um das Gelände von den Agrarbehörden zu erwerben (*Cuarto Poder*, 8.10.2006). Dennoch wurde ihnen aufgrund des Prozesses das Gebiet nicht verkauft.

Die Regionale Viehzüchtervereinigung des Urwalds, der Luis Maitre Collado angehört (der wie oben erwähnt in den Konflikt und die gewaltsame Räumung verwickelt war), hat die erneute Räumung des Grundstücks gefordert, notfalls unter Einsatz des Militärs.

Andererseits gab es immer noch keine Untersuchung der juristischen und prozessualen Unregelmäßigkeiten der Räumung. Außerdem ist angesichts der die sozialen und politischen Spannungen, in der kritische Situationen gewaltsam gelöst werden und an denen die Justiz- und Polizeibehörden beteiligt sind, die in anderen Fällen mit paramilitärischen Organisationen zusammenarbeiten, keine Lösung in Sicht, die auf Dialog beruht und beiden Seiten gerecht wird.

6. Zehn Jahre Acteal: Straflosigkeit

Das Massaker von Acteal zeigt uns die Perspektive einer Dekade dessen, was die CCIODH auch bei ihrem sechsten Besuch untersucht und anklagt: die schwerwiegende Verletzung sowohl der individuellen als auch der kollektiven Menschenrechte in Chiapas. Die CCIODH ist besorgt, wie sich die verschiedenen Elemente des Massakers vor zehn Jahren in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmaß fortsetze. Im allgemeinen haben die schwerwiegenden Fälle, die sich hier zeigen, zu tun mit:

- Konflikte der Regierbarkeit, in Verbindung mit der mangelnden realen Anerkennung der Autonomie und der Rechte der indigenen Völker, und mit der Umsetzung eines zapatistischen Autonomieprojekts, um dieses Vakuum zu füllen. In Acteal zeigt sich dieses Problem der Regierbarkeit in drei "parallelen Gemeinde" in einem einzigen Ort: die Abejas, PRIistische Gruppen und zapatistische Gruppen.
- Konflikte im Zusammenhang mit dem Land: ein Streit um die natürlichen Ressourcen im Kontext der Verzögerung bei der Regulierung von Landeigentum, die Ende 1994 zu Landbesetzungen sowohl durch Zapatistas als auch durch Nicht-Zapatistas geführt haben. Als Folge dieser Situation wurden Abeja- und zapatistische Familien schwer geschädigt, mit der Folge, daß Tausende in der Gegend fliehen mußten, deren Felder und Häuser von in der Gegend operierenden Paramilitärs besetzt wurden.
- Militarisierung: Es gab eine Reihe von Festnahmen durch die Polizei mit repressiven Maßnahmen und vielen Unregelmäßigkeiten in den Prozessen; es gab eine Zeit der extrem starken und nahem Militärpräsenz in den Gemeinden, mit der entsprechenden Verschärfung des Konflikts; verschiedene paramilitärische Gruppen waren aktiv und auf ihrem Höhepunkt – über die es damals ähnliche Klagen gab wie heute – und die die Stärke und die Waffen durch die Mitwisserschaft der "Sicherheitskräfte" des Militärs und der Polizei erlangten.

Die Straflosigkeit bot den Nährboden für eine Aggression solchen Ausmaßes. Eine Straflosigkeit für die materiellen und ideellen Urheber des Massakers, die zehn Jahre später immer noch besteht, da die Grundrechte auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer nicht umgesetzt wurden.

Da der Fall Acteal schon bei den drei vorhergehenden Besuchen in Chiapas untersucht wurde, beschränken wir uns auf den aktuellen Stand und die Feststellung, daß die Straflosigkeit weitergeht. Die Straflosigkeit von Acteal bildet einen Präzedenzfall, der die Wiederholung solcher Massaker erleichtert. Die CCIODH hat in ihren jeweiligen Empfehlungen die Faktoren aufgelistet, die Acteal ermöglichten. Die CCIODH ist äußerst beunruhigt, festzustellen, daß zehn Jahre später diese Faktoren erneut auftreten, auf einem Höhepunkt der Militarisierung und Paramilitarisierung in Chiapas.

Fakten

Am 22. Dezember 1997 versammelte sich eine Gruppe von 325 Personen in der Kapelle von Acteal, um einen Tag des Betens und Fastens für den Frieden im Bezirk Chenalhó durchzuführen, angesichts der entfesselten Gewalt in der Gegend und der Gerüchte über Angriffe von Seiten der Paramilitärs. Diese Personen waren Mitglieder der zivilen Organisation *Las Abejas* (Die Bienen), mehrheitlich Vertriebene aus anderen Gemeinden, die im Flüchtlingslager von Acteal Schutz gesucht hatten.

Gegen 11 Uhr morgens kam eine Gruppe mit Macheten, Messern und Schußwaffen eines ausschließlich von mexikanischen Militärs benutzten Kalibers bewaffneter Männer zur Kapelle. Diese Paramilitärs umstellten die Kapelle und schossen auf die Menschen, die sich sowohl außerhalb als auch in der Kapelle befanden. Die Vertriebenen flohen in Richtung unterhalb der Kapelle und versteckten sich in der Schlucht und zwischen den Bäumen; dennoch fanden die Angreifer sie aufgrund des Weinens der Kinder und ermordeten sie direkt dort.

Das Ergebnis dieses brutalen Angriffs waren 49 tote Tzotzil-Indigene (19 Frauen, acht Männer, 14 Mädchen, 4 Jungen und vier Ungeborene) sowie 17 Verletzte, die Mehrheit davon Minderjährige.

Tote:

Manuel Santís Culebra (65 Jahre)
Daniel Gómez Pérez (35 Jahre)
Victorio Vázquez Gómez (25 Jahre)
Manuel Pérez Jiménez (40 Jahre)
Ignacio Pucuj Luna (68 Jahre)
Alonso Vázquez Gómez (40 Jahre)
Lorenzo Gómez Pérez (30 Jahre)
Antonio Vázquez Luna (30 Jahre)
María Pérez Oyalté (38 Jahre)
Marcela Capote Ruiz (30 Jahre)
Marcela Pucuj Luna (65 Jahre)
Manuela Pérez Moreno oder Manuela Paciencia Moreno (35 Jahre)
Margarita Méndez Paciencia (23 Jahre)
Marcela Luna Ruíz (22 Jahre)
Juana Pérez Pérez oder Florinda Pérez Pérez (32 Jahre)
María Gómez Ruiz (20 Jahre)
Verónica Vazquez Luna (25 Jahre)
Paulina Hernández Vázquez (26 Jahre)
Susana Jiménez Luna (30 Jahre)
Rosa Pérez Pérez (28 Jahre)
Antonio Vázquez Pérez (25 Jahre)
Marcela Vázquez Pérez (26 Jahre)
Juana Luna Vázquez (35 Jahre)
Juana Gómez Pérez (55 Jahre)
María Capote Pérez (30 Jahre)
Marcela Capote Vázquez (18 Jahre)
Martha Capote Pérez (14 Jahre)
Rosa Vázquez Luna (17 Jahre)
Loida Ruíz Gómez (13 Jahre)
Micaela Vázquez Pérez (9 Jahre)
Josefa Vázquez Pérez (8 Jahre)
Sebastián Gómez Pérez (4 Jahre)
Juana Pérez Luna (2 Jahre)
Alejandro Pérez Luna (15 Jahre)
Juan Carlos Luna Pérez (12 Jahre)
Guadalupe Gómez Hernández (11 Monate).

Verletzte:

Erasto Ruiz Pérez
Catarina Pérez Quin oder Pérez Pérez
Efraín Gómez Luna
Lucía Vázquez Luna oder Vázquez Gómez
Juan Vázquez Pérez
Martha Oyalté Vázquez
Jerónimo Vázquez Pérez
Hermelinda Ruiz Gómez
Catarina Méndez Paciencia
Guadalupe Ruiz Pérez
Ernestina Luna Vázquez
Pedro Pérez López
Zenaida Luna Pérez
Mariano Vázquez Ruiz
Manuela Pérez Pérez
Rosa Gómez Pérez
Ernestina Luna Vázquez

6.1. Situation der Gerichtsprozesse und Haltung der Regierung gegenüber dem Massaker von Acteal

Obwohl der ausführende Täter des Massakers die in Chenalhó agierende paramilitärische Gruppe "Máscara Roja" (Rote Maske) war, kann man aufgrund der Strategie der Aufstandsbekämpfung des Staates, in die sich das Massaker von Acteal einordnet, unter anderem den mexikanischen Präsidenten Ernesto Zedillo Ponce de León, das mexikanische Militär, den damaligen Gouverneur von Chiapas Julio César Ruiz Ferro als ideelle Täter betrachten.

Gerichtsprozesse

Aufgrund des Massakers von Acteal wurden 13 Voruntersuchungen durchgeführt, in denen materielle Täter sowie Staatsbedienstete der unteren Ebene, die die Vorfälle nicht verhindert hatten, angeklagt wurde. Diese 13 Untersuchungen führten zu den jeweiligen Gerichtsprozessen (einige wurden zusammengefaßt), die in der Mehrheit von nationalen Richtern, sowie einige vom Gericht für lokale Straftaten in San Cristóbal anerkannt wurden.

In fünf der Fälle wurden 15 ehemalige Staatsbedienstete unterer Ebene nach nationalem Gesetz verfolgt:

der Bezirkspräsident von Chenalhó

1997 (Jacinto Arias Cruz), Strafsache 224/97 nach nationaler Gerichtsbarkeit

Delikt: Mord, qualifizierte Körperverletzung und Tragen von Schusswaffen ohne Erlaubnis, die ausschließlich für die Armee bestimmt sind

Strafe: 36 Jahre und 3 Monate Gefängnis, bestätigt nach Verfassungsbeschwerde (Juicio de Amparo Directo)

der Vorsitzende der Berater der Polizeikoordination

des Bundesstaates Chiapas (General i.R. Julio César Santiago Díaz)

Strafsache 361/97, allgemeine Gerichtsbarkeit

2 Polizisten der Öffentlichen Sicherheit, die zum bundesstaatlichen Ministerium für Öffentliche Sicherheit gehören (Roberto García Rivas, Erster Offizier der Öffentlichen Sicherheit des Bundesstaats, und Roberto Martín Méndez Gómez, verantwortlich für die Operationsbasis der Öffentlichen Sicherheit in Majomut)

Delikt: Totschlag und Körperverletzung durch Unterlassung

Strafe: acht Jahre Gefängnis

1 Unteroffizier der Öffentlichen Sicherheit, Beauftragter des Sektors

Kommando Los Chorros (Felipe Vásquez Espinosa) Strafsache 3/98 nationale Gerichtsbarkeit

Delikt: Tragen und Besitz von Schusswaffen, die ausschließlich für die mexikanische Armee bestimmt sind

Strafe: drei Jahre, neun Monate und 29 Tage Gefängnis (die Strafe wurde auf Bewährung ausgesetzt und er wurde auf Kautionsfreigabe freigelassen)

7 Polizisten des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit

des Bundesstaats (Sebastián Luna Pérez, Alberto Salas Meza, Francisco Ayar Díaz, Filemón R. Morales Escalante, Andrés Enrique Cruz Angel, Andrés Meneses Chávez und Luis Antonio García Ruiz). Strafsache 18/98 nationale Gerichtsbarkeit

Delikt: Tragen von Schusswaffen, die ausschließlich für die mexikanische Armee bestimmt sind

Strafen: drei Jahre und acht Monate Gefängnis sowie Geldstrafe (die Gefängnisstrafen wurden in gemeinnützige Arbeit umgewandelt)

1 Militär, von dem die Staatsanwaltschaft angab, er sei "im Urlaub" gewesen, als er das Delikt beging (Mariano Pérez Ruiz) Strafsache 96/98 nationale Gerichtsbarkeit

Delikt: Tragen von Schusswaffen, die ausschließlich für die mexikanische Armee bestimmt sind

Strafe: vier Jahre und sechs Monate Gefängnis

1 Unteroffizier und Sektorchef der Öffentlichen Sicherheit

des Bundesstaats in Majomut (Absalón Gordillo Díaz) Strafsache 1/99 nationale Gerichtsbarkeit

Delikt: Tragen von Schusswaffen, die ausschließlich für die mexikanische Armee bestimmt sind

Strafe: Sieben Jahre, ein Monat und 15 Tage Gefängnis

1 Innenminister, allgemeine Gerichtsbarkeit
(Roberto Arcos Jiménez) Strafsache 1/99 nationale Gerichtsbarkeit
Delikt: Tragen von Schußwaffen ohne Lizenz
Strafe: zwei Jahre Gefängnis

Offene Fälle:

zwei Haftbefehle gegen damalige Funktionäre:
den Koordinator der bundesstaatlichen Polizei (Jorge Gamboa Solís) und den Direktor der bundesstaatlichen Öffentlichen Sicherheit (José Luis Rodríguez Orozco). In keinem der Fälle gegen Staatsbeamte gab es Verurteilungen zur Zahlung von Entschädigungen.

In sieben der genannten Strafsachen (inklusive des Verfahrens gegen den ehemaligen Bezirkspräsident von Chenalhó) wurden 87 erwachsene zivile Indígenas angeklagt:

6 Freisprüche (16/11/01), weil der Richter keinen Beweis für ihre Verantwortung sah, obwohl sie von Überlebenden und Belastungszeugen wiedererkannt wurden. Strafsache 46/98 nationale Gerichtsbarkeit

27 Haftstrafen zwischen 25 und 40 Jahren, nachdem alle Rechtsmittel eingelegt wurden (einschließlich Verfassungsbeschwerde). Strafsachen 224/97, 5/98, 15/98, 129/99 nationale Gerichtsbarkeit

31 Verurteilungen in zweiter Instanz (04/01/08) zu einer Haftstrafe von 26 Jahren. Strafsache 46/98 nationale Gerichtsbarkeit

18 Verurteilungen in zweiter Instanz zu einer Haftstrafe von 25 Jahren (12/11/07). Strafsache 223/97 und 201/97 nationale Gerichtsbarkeit

2 Verurteilungen zu 25 Jahren Haft, jedoch Freilassung aus humanitären Gründen (Alter und Gesundheit). Sie dürfen nicht am Ort des Massakers oder dem Aufenthaltsort der Opfer oder ihrer Familien wohnen oder sich aufhalten. (Eine Verurteilung nach lokalem, die andere nach nationalem Recht; ersterer wurde nicht wegen Tragens von Schußwaffen ohne Lizenz und in ausschließlichem Besitz der Armee verurteilt). Strafsache 402/99 lokales Recht resp. 46/98 nationale Gerichtsbarkeit.

2 kürzliche Verurteilungen (15/02/08) zu 26 Jahren Haft. Strafsache 46/98 nationale Gerichtsbarkeit.

1 aus Krankheitsgründen während des Prozesses Verstorbener

Delikte: Mord, qualifizierte Körperverletzung, Tragen von Schußwaffen ohne Lizenz und in ausschließlichem Gebrauch der Armee. (Die Staatsanwaltschaft plädierte auf verbrecherische Vereinigung, dies wurde in den Berufungen aber als nicht erwiesen betrachtet).

Offene Fälle: 27 Haftbefehle gegen indigene Zivilisten sowie Wiedergutmachung der Schäden (nur in einem Fall wurde eine Person zur Zahlung einer Wiedergutmachung für einige der Toten verurteilt).

Quelle: Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas

6.2. Administrative Prozesse gegen damalige Funktionäre

Die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) hat bezüglich der Vorfälle von Acteal die Empfehlung Nr. 1/98 herausgegeben. In dieser empfiehlt sie der Regierung von Chiapas unter anderem, gegen eine Reihe von Verwaltungsbeamten administrative Prozesse anzustrengen. In der Folge begann die *Contraloría* (Kontrollstelle) der chiapanekischen Regierung die Verfahren 04/98 und 011/98, die in folgender Weise ausgingen:

4 von jeder administrativen Verantwortung Freigesprochene (11/12/98):
Sekretär für Angelegenheiten der indigenen Völker (Antonio Pérez Hernández).
Untergeneralstaatsanwalt für Voruntersuchungen (Ramiro Sánchez Vega).
Kommandant der Staatsanwaltschaft von Chenalhó (Ricardo Alvarado Gutiérrez).
Polizist für die Unterstaatsanwaltschaft für indigene Justiz (Marco Antonio Jiménez Espinosa).

1 für sechs Jahre von allen Ämtern im Öffentlichen Dienst des Bundesstaats ausgeschlossen:
2. Offizieller Verantwortlicher für die Operationsbasis der Öffentlichen Sicherheit (Iturbide Rincón Luna).
5 für acht Jahre von allen Ämtern im Öffentlichen Dienst des Bundesstaats ausgeschlossen:
Exekutivsekretär des Rats für Öffentliche Sicherheit des Bundesstaats (Jorge Enrique Hernández Aguilar)
Unterstaatsanwalt für Indigene Justiz (David Gómez Hernández).
Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit des Bundesstaats (Militär i.R. José Luis Rodríguez Orozco) (offener Haftbefehl).
Polizist der bundesstaatlichen Öffentlichen Sicherheit (Kommandant Roberto García Rivas).
Polizist der bundesstaatlichen Öffentlichen Sicherheit (Kommandant Roberto Martín Méndez Gómez).

1 für zehn Jahre von allen Ämtern im Öffentlichen Dienst des Bundesstaats ausgeschlossen:
Generalkoordinator der bundesstaatlichen Polizei (Gral. Jorge Gamboa Solís) (offener Haftbefehl).

4 Verjährungen, sodaß die ursprünglich von der *Controlaría General* festgelegte Strafe, Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern für acht Jahre, nicht umgesetzt wurde (zwischen 08/99 und 03/01).

Quelle: Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas

Diese Strafprozesse reflektieren die offizielle Version, die über viele Jahre hinweg sowohl von den bundesstaatlichen als auch von den nationalen Behörden aufrecht erhalten wurde: indem die materiellen Taten nicht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden, wurde die Existenz von paramilitärischen Gruppen geleugnet, und indem nur niedrigen Funktionären unterlassenes Handeln zur Last gelegt wurde, übernahm der Staat keine direkte Verantwortung. Aber vor allem zeigen diese Prozesse, die strukturellen Probleme, die die Justizverwaltung in Chiapas hat. Zehn Jahre nach dem Massaker sind immer noch nicht alle Untersuchungen durchgeführt worden. Andere Fälle befinden sich noch in der Revision. Es gibt immer noch nicht umgesetzte Haftbefehle, die meisten von ihnen gegen Zivilisten, die direkt am Massaker beteiligt waren, aber auch gegen ehemalige Staatsbedienstete. Zehn Jahre von Prozessen konnten keine Entschädigung der Opfer garantieren. Das alles führte zu einer Analyse, daß es den mexikanischen Behörden an Willen und Fähigkeit zur Durchsetzung der Gerechtigkeit mangelt.

Der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof hat im Fall Velásquez Rodríguez (Grundsatzurteil vom 29. Juli 1988. Serie C. Nr 4, Abs.177) verlangt, daß die Untersuchung:

"mit Ernsthaftigkeit und nicht nur als eine reine Formalität durchgeführt wird, die von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilt ist; sie muß einen Sinn haben und vom Staat als eigene juristische Pflicht angesehen werden, nicht nur als Durchsetzung von Einzelinteressen, die von der Initiative des Opfers oder seiner Angehörigen oder dem privaten Beibringen von Beweisen abhängt, ohne daß die Behörden effektiv nach der Wahrheit suchen."

In diesem Gedankenkomplex sind die in der Amerikanischen Konvention über Menschenrechte verankerten Rechte und Pflichten für den mexikanischen Staat bindend, da er diese entsprechend der in der mexikanischen Verfassung vom 2. März 1981 festgelegten Prozedur ratifiziert hat, weshalb die Folgen der Nichtbeachtung oder Nichtumsetzung der entsprechenden Rechte für den mexikanischen Staat eine internationale Verantwortung bedeutet, da diese Normen des internationalen Rechts gemäß Artikel 133 der mexikanischen Verfassung Teil des mexikanischen Grundgesetzes sind.

Interview 288. Regierung von Chiapas

Die einzige paramilitärische Organisation, die als solche formell präsentiert wurde, ist Paz y Justicia ("Frieden und Gerechtigkeit"). Sie sind weiterhin im Gefängnis, legen Verfassungsbeschwerden ein, die ihnen in Chiapas verwehrt wurden, von den Justizbehörden des Bundesstaats... Ich weiß nicht, was auf nationaler Ebene passiert, aber zumindest wurde zunächst einmal in Chiapas dieser Organisation, die die einzige formell, auf gerichtliche Weise, als paramilitärisch angezeigte ist, keine Verfassungsbeschwerde stattgegeben."

In gleicher Weise hat die Regierung in einer Veröffentlichung der Jornada vom 12. März die weitere Präsenz dieser Gruppen auf chiapanekischem Gebiet anerkannt, und sogar den Stop ihrer Aktivitäten, ihre Entwaffnung und Auflösung als eines ihrer Hauptziele bezeichnet.

"3. Wir haben die wachsenden Feindseligkeiten von Mitgliedern der OPDDIC gegen das Dorf Bolóm Ajaw und die zapatistischen Basen von Chilón und Tumbalá aufgehalten und rechtliche Schritte gegen die Anführer der Aggressionen in diesen Bezirken unternommen, was öffentlich bekannt war.

4. Wir haben die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) und die Generalstaatsanwaltschaft förmlich gebeten, die ihnen zustehenden Untersuchungen bezüglich der OPDDIC fortzusetzen."

Bei unserem letzten Besuch hat die CCIODH festgestellt, daß sich einige Aktivitäten der neuen bundesstaatliche Regierung als Anzeichen für einen wirklichen Wandel deuten lassen. Erstens hat die Regierung Juan Sabines die Bedeutung der paramilitärischen Gruppen für die Strategie der Aufstandsbekämpfung zugegeben.

Interview 288. Regierung von Chiapas

"Ich sage Ihnen vorweg, daß diese Provokation mit Ihrer Anwesenheit zusammenhängt, mit der Entscheidung des Gouverneurs, die Organisation OPDDIC zu bekämpfen und zu zerschlagen und ihre Hauptanführer ins Gefängnis zu bringen."

Zweitens die öffentliche Ankündigung einer Spezialstaatsanwaltschaft für die in Acteal begangenen Delikte am 9. Jahrestag des Massakers – dem 22. Dezember 2006 – und ihre Schaffung im Januar 2007. In einer Pressekonferenz hat der damalige Generalstaatsanwalt von Chiapas, Mariano Herrán Salvatti, signalisiert, er werde die Voruntersuchungen nutzen, die sich bisher in der Reserve befanden und die in die Kompetenz des Bundesstaats zurückfielen, nachdem die Berufungen entschieden worden waren, um die Beeinträchtigungen der bis dahin beibehaltenen offiziellen Version zu überwinden und die mögliche Verantwortung der politischen Autoritäten jener Zeit zu berücksichtigen, um "die Straflosigkeit der in diesen Fall Verwickelten zu vermeiden", wie viele indigene und Menschenrechtsorganisationen es bezeichneten.

Interview 288. Regierung von Chiapas

"Nun gut, die Anweisung des Gouverneurs ist es keine Straflosigkeit zu dulden, egal wer an den Delikten beteiligt ist, egal ob es eine einflußreiche oder wichtige Person ist, alle sind vor dem Gesetz gleich und werden fallen. Gleiches gilt auch für den Fall Acteal, wo die Anweisung des Gouverneurs völlige Autonomie für den neuen Staatsanwalt ist, aber auch eine wissenschaftliche, objektive Untersuchung, die von keinem Vorurteil ausgeht. Das heißt, wir können nicht davon ausgehen, daß es bereits Schuldige gibt, sondern wir müssen Ermittlungen durchführen, soweit wir können."

Als letztes machte der Gouverneur im Januar 2008 einen Vorschlag zur Entschädigung der Opfer von Acteal, der von der Leitung der Abejas verhandelt und akzeptiert wurde.

6.3. Verhandlungen und Entschädigungsmaßnahmen für das Massaker von Acteal

Bei ihrem sechsten Besuch konnte die CCIODH das Fehlen tauglicher Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels feststellen. Erstens wurde der Vorschlag zur Entschädigung der Opfer in einem Kommuniqué vom 28. Januar 2008 von diesen zurückgewiesen. Das Hauptargument für die Zurückweisung war, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht auf der Anerkennung der Verantwortung des Staates basierten, sondern als rein humanitäre Hilfe betrachtet wurden.

Dokument 22b. Leitung der Abejas

4. "Deshalb lehnen wir heute und in Zukunft die Unterzeichnung der Vereinbarung und die Verhandlung zwischen der bundesstaatlichen Regierung und der Organisation Las Abejas ab. Weil es den Leuten dieser Organisation überhaupt nicht nützt, wenn wir weiterhin mit der Ungerechtigkeit im Fall Acteal leben. Fünftens: Die Regierung fördert weiterhin die Straflosigkeit für die großen materiellen und intellektuellen Urheber des Massakers. Es ist nicht gerecht, daß sie straflos bleiben. Weil wir so alle für die Schuldigen bezahlen müssen, weil sie den Befehl zur Ermordung unserer Angehörigen gegeben haben, deren unschuldiges Blut vergossen wurde durch die Hände der Paramilitärs, die der ehemalige Gouverneur Ruiz Ferro und der ehemalige Präsident Ernesto Zedillo organisiert haben."

Interview 22. Leitung der Abejas

"(...) wir haben nicht das gesagt, wir haben gesagt, daß es die Verpflichtung der Regierung ist (nicht nur eine Unterstützung von 200 bis 300 Pesos). Sie sagen nun also: "ich habe schon eine Unterstützung geschickt und schon Gerechtigkeit in Acteal durchgesetzt". Nur Worte, Gerechtigkeit haben wir in Acteal nie gesehen. (...) In diesem Moment sehen wir, daß die Regierung nach einer Strategie sucht, ihre Hände zu waschen, um nicht die Verantwortung zu übernehmen, und Strategien sucht, den damaligen Gouverneur zu schützen und ihm weiterhin Straflosigkeit zukommen zu lassen für das, wofür er damals die Verantwortung haben mußte, als '97 das Massaker geschehen ist, Herr Ruiz Ferro und andere Funktionäre; weil das Dokument die Verantwortung nicht widerspiegelt. Uns will er den Kopf waschen, er will uns täuschen, sie wollen, daß wir nicht über das hinaus blicken, was wir suchen, aber uns ist klar, daß wir Gerechtigkeit wollen. (...) So ist die Regierung uns gegenüber verblieben, sie täuschen uns mit einem Zuckerstück, um uns zum Schweigen zu bringen, damit wir aufhören, nach Gerechtigkeit zu suchen, damit wir aufhören, Respekt für unsere Rechte zu fordern. (...) Die Organisation (Las Abejas) hat zuerst ein Dokument verfaßt, wo sie klar die Fragestellungen aufwirft und direkt die Verantwortung der Regierung aufzeigt. Aber die Regierung hat diese Punkte weggelassen, als sie die Dokumente ausgearbeitet hat, um sie zu unterzeichnen, so daß ihre direkte Verantwortung als Regierung nicht erscheint."

Der zweite Grund für die Zurückweisung ist, daß die Vereinbarung nicht akzeptabel ist, weil sie zu einer Strategie der Spaltung der Gemeinschaft gehört.

Interview 22. Leitung der Abejas

"Von seiten der Regierung wird gesagt, daß wir bereits ihre Unterstützung bekommen haben, daß sie uns allen helfen. Sie wollen uns spalten, unter Brüdern, innerhalb der Organisation. Das machen sie, deshalb sehen wir keine Unterstützung."

Interview 288. Regierung von Chiapas

"Die Charakteristik der sozialen Organisationen von Chiapas ist eine große Fähigkeit zur Organisation, aber auch eine große Fähigkeit zur Spaltung. Das heißt, manchmal erreichen sie große Organisationen, weitreichende, sehr wichtige Koordinationen, die uns die Regierung erleichtern, weil wir in dem Maß, wie sie sich organisieren, nur einen Gesprächspartner haben. In dem Maß, wie sie sich atomisieren und sich spalten, ist es für uns ein Problem der Regierbarkeit, weil es eine Zersplitterung der Gesprächspartner ist. Das ist jetzt der Fall mit den Abejas. Weil die Abejas jetzt eine Phase der internen Spaltung durchlaufen, und wir diese Möglichkeit sehen, haben wir es geschafft, aus Gründen der Regierbarkeit einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen."

Tatsächlich veröffentlichte die Organisation Las Abejas bei Redaktionsschluß dieses Berichts ein Kommuniqué, in dem erklärt wurde, daß sich bei dem Treffen vom 12. April in Acteal die Personen, die an den Verhandlungen mit der Regierung beteiligt waren, von der Organisation getrennt hatten. Das Motiv dieser Entscheidung war folgendes:

"diese Trennung haben diese Personen vollzogen, weil sie dagegen sind und nicht mit den Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten wollen, um soziale Gerechtigkeit innerhalb unserer Völker zu erreichen. Das Ziel ihrer Trennung ist es, eine neue Organisation zusammen mit ihren Autoritäten zu gründen, um die Gesellschaft zu manipulieren, wobei sie sich Unterstützung und Programme in Vereinbarung mit der Regierung und ihren neoliberalen Plänen verspricht, die so die Organisationen der indigenen Völker spaltet. Sie sind der Kopf der Regierung, die sich in unsere Organisationen eingemischt hat."

Drittens sind trotz der großen Erwartungen an die Spezialstaatsanwaltschaft fast anderthalb Jahre nach ihrer Gründung noch nicht einmal klare Untersuchungslinien sichtbar, die auf die wirklichen geistigen Urheber hinweisen. Die einzige praktische Konsequenz bis heute war die Verhaftung von Antonio Santiz López, der als geistiger Urheber präsentiert wurde, aber in Wirklichkeit nicht verurteilt werden kann, da er bereits in einem früheren Prozeß war. Das alles hat bei den Opfern ein Gefühl der Ineffizienz, Manipulation und Aufrechterhaltung der Straflosigkeit hervorgerufen.

Interview 22. Leitung der Abejas

Dieser Gouverneur Juan Sabines, die Regierung sagt zwar, daß sie eine Spezialstaatsanwaltschaft für die Berufung im Fall Acteal eingerichtet hat, aber wir, obwohl es das Büro gibt, obwohl es die Person gibt, aber wenn sie nicht arbeitet, wenn sie keine Gerechtigkeit schafft, wenn die Regierung keine Anweisungen gibt, was bringt das dann für die realen Ermittlungen? Die Arbeit macht sich nicht von selbst. Die Regierung zeigt zwar auf die Staatsanwaltschaft, die Institutionen etc., aber in Wirklichkeit sehen wir nichts in der Situation, die wir als Überlebende des Massakers erleben."

Letztlich haben die bisher von der Staatsanwaltschaft durchgeführten Aktivitäten das Mißtrauen in den Willen und die Fähigkeit der Institutionen zur Durchsetzung der Gerechtigkeit weiter verstärkt.

Interview 22. Leitung der Abejas

"Nach einem Jahr haben sie den Direktor der Staatsanwaltschaft ausgewechselt, ohne uns, den Abejas, etwas zu sagen, und wie wir von [dem Menschenrechtszentrum] Frayba gehört haben, will der neue Direktor der Staatsanwaltschaft die Zeugen neu vernehmen, und ich glaube, daß hier alle Brüder und Schwestern erzählen können, wie viele Male sie schon in San Cristóbal und Tuxtla als Zeugen vorgeladen wurden, zehn Jahre lang mußten sie eins ums andere mal hingehen (...) um immer wieder ihre Geschichte zu wiederholen. Und jetzt, zehn Jahre später, sagen sie, daß die neue Staatsanwaltschaft eröffnet wird und sie schon wieder aussagen müssen. Nun, ich glaube, sie können hingehen, so oft sie wollen, und ihre Aussagen nützen nichts, weil sie sie es immer wieder wiederholen lassen, wobei es gegen jegliches nationale Gesetz und internationale Prinzipien verstößt, daß ein Verfahren nach zehn Jahren immer noch offen ist (...).

Was mir nicht gefällt, ist, daß die Staatsanwaltschaft uns fragt, wie das Massaker passiert ist und all das. Nun, wir verstehen das so, daß sie wollen, daß wir unsere Sichtweise von dem verlieren, was wir von Anfang an gesagt haben, und neue Elemente will... Aber was für neue Elemente, wenn wir es von Anfang an aufrechterhalten? Für uns ist es ein Witz. Uns fehlt der Respekt uns gegenüber, weil sie uns wie Kinder behandeln und ihre Arbeit uns völlig unklar ist."

6.4. Andauern der Paramilitarisierung in Acteal

Als letzten Punkt konnte die CCIODH bezüglich der Verpflichtung der Regierung zur Auflösung und Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen die fortbestehende Aktivität dieser Gruppen feststellen. Obwohl die neue Regierung als eines der Mittel, um dieses Phänomen zu beseitigen, die Schaffung eines neuen Delikts der Aufstachelung zur Gewalt angekündigt hatte, hat dieses bis heute keine zufriedenstellenden Ergebnisse gebracht.

Interview 288. Regierung von Chiapas

"Dieser Vorschlag [Delikt der Aufstachelung zur Gewalt] kommt aus dem Fall der OPDDIC, aus dem Problem von Leuten, die provozieren, diese paramilitärischen Organisationen, um die Unterstützungsbasen der EZLN anzugreifen. Und wer Gewalt anwendet, sind genau diese Gruppen, die der OPDDIC. Die EZLN hat die Waffen beiseite gelegt, es ist nicht gegen sie. Wir bekämpfen die Gewalt in all ihren Formen. Wir können es nicht zulassen, wie Sie beobachtet haben, daß es in Fällen wie Bolóm Ajaw diese Art Phänomene gibt, es kann passieren, daß es ein größeres Problem gibt. Darauf müssen wir rechtzeitig reagieren, und eine Form ist, daß das Gesetz uns die Möglichkeit gibt, präventiv zu handeln.

Fern von diesem Vorsatz wurde das neue Delikt auf friedliche soziale Bewegungen angewandt.

Interview 132. Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas

"Im Dezember 2007 gibt es eine weitere Reform des Strafgesetzbuches, in dem es jetzt einen weiteren Typ Strafen gibt, der ebenfalls zu den politischen Delikten gerechnet werden kann, nämlich die Aufstachelung zur Gewalt. Sagen wir ganz generell, daß es darum geht, daß die Person, die dazu aufruft, Handlungen gegen das Gesetz zu begehen, bestraft wird. das kann auf Journalisten angewendet werden, auf soziale Aktivisten, auf Menschenrechtsverteidiger. (...) Kürzlich, gestern, haben wir von einer Person gehört, auf die schon dieses Gesetz angewendet wurde, nämlich Professor Felipe Hernández, über den wir schon geredet haben. Er wurde in Venustiano Carranza festgenommen, weil er als Redner bei einer Protestveranstaltung in Tuxtla Gutiérrez gegen das Freihandelsabkommen NAFTA teilgenommen hatte. Seine Zeugenaussage zeigt, daß er außerdem gefoltert wurde, sie haben ihm eine Plastiktüte übergezogen, die ihn zu ersticken drohte, und er wurde bis vor einigen Momenten in Tuxtla Gutiérrez festgehalten. "

Die CCIODH ist besonders besorgt darüber, daß einige Zeugenaussagen die jetzige Situation mit derjenigen unmittelbar vor den Ereignissen von Acteal vergleichen.

Interview 22. Leitung der Abejas

"Sie greifen wieder zu ihren Waffen, die Personen, die hier an dem Massaker beteiligt waren. Es gab Schüsse an verschiedenen Orten, aber wir haben es nicht direkt festgestellt, wer es war, wie sie heißen. Wir haben angezeigt, was mit den Paramilitärs passiert. Der Bezirkspräsident von Chenalhó, der offizielle, hat gesagt, daß es hier im Bezirk keine Paramilitärs gibt. Deshalb können die Paramilitärs frei agieren, weil sie vom Bezirkspräsidenten geschützt werden. Ihre Waffen haben sie in den Häusern versteckt. Und da wir die Angst vor dem, was '97 geschehen ist, sehr präsent haben, gehen wir, sobald wir irgendwo eine Waffe, einen Schuß hören, nach Hause, auch wenn wir gerade auf unseren Feldern arbeiten, bei unserer täglichen Arbeit. Wir gehen nach Hause, weil wir das Gefühl haben, daß es einen Angriff auf unsere Person gibt. (...) Da ja wie gesagt die Paramilitärs wieder angefangen haben, uns mit ihren Waffen zu bedrohen, ruft das bei uns, wenn wir es hören, Tränen und Traurigkeit hervor, weil wir sehr präsent haben, wie wir es '97 erlebt haben."

Interview 24. Autonome Bezirk San Pedro Polhó (Zapatistische Unterstützungsbasen)

"Sie haben auch gesagt, daß sie Waffen haben und daß das gleiche passieren wird wie '97."

Konkret wurde in San Andrés eine steigende Präsenz und Aktivität der OPDDIC festgestellt, Protagonistin (wie wir selbst beobachten konnten) zahlreicher Episoden der Bedrohung und Gewalt in den letzten Monaten, wie wir zuvor hervorgehoben haben.

7. Spezielle Bevölkerungsgruppen und Situationen

In diesem Kapitel wird auf die spezielle Situation von drei Gruppen eingegangen: die politischen Gefangenen, die Frauen und die Vertriebenen

7.1. Politische und Gewissensgefangene

Bei ihrem 6. Besuch wurde der CCIODH gestattet, in Chiapas alle vier Gefängnisse zu besuchen, deren Besuch sie beantragt hatte: das Gefängnis Nr. 5 in San Cristóbal, das Gefängnis Nr. 14 in El Amate, das Gefängnis Nr. 16 in El Encino und das Gefängnis Nr. 17 in Playas de Catatzajá. Insgesamt konnten wir mit 53 Gefangenen sprechen.

Aus den Berichten der Gefangenen läßt sich ein Muster der Repression erkennen. Bei den meisten Gefangenen handelt es sich um Indigene, zapatistische Unterstützungsbasen, Bezirksautoritäten oder Mitglieder verschiedener ziviler Organisationen, die willkürlich und ohne Haftbefehl festgenommen wurden, in vielen Fällen aufgrund falscher Anschuldigungen von seiten gegnerischer politischer Organisationen.

Um die Festnahmen zu rechtfertigen, werden falsche Vorwürfe fabriziert, wie z.B. Besitz von Drogen oder Waffen, oder auch schwere Verbrechen wie Raub, Entführung, sexuelle Übergriffe oder sogar Mord. Die bundesstaatliche Menschenrechtskommission meint dazu folgendes:

Interview 79. Menschenrechtskommission des Bundesstaates Chiapas

"Hier gibt es keine politischen Gefangenen als solche, das muß man sagen, sie sind nicht aufgrund eines politischen Delikts im Gefängnis, aber es gibt Gefangene, die politisch sind, die aufgrund anderer Delikte im Gefängnis sind. Im Fall der sozialen Kämpfer gibt es Delikte wie die Behinderung der Verkehrswege, also etwas, was in ihrem Kampf häufig vorkommt, ob dieser nun legitim ist oder nicht, sie begehen eine Gewalttätigkeit, die einen anderen Teil der Bevölkerung beeinträchtigt, so ist dieser Kampf eben... sie packen Staatsbeamte und halten sie gegen ihren Willen fest, das ist eben Entführung, illegale Freiheitsberaubung, dieses Delikt existiert, ob es nun durch eine vorherige Aktion des Staates oder durch einen gerechten Kampf legitimiert ist oder nicht, das Delikt existiert..."

Diese Strategie hat die Kriminalisierung sozialer Mobilisierungen zum Ziel, da die Gewissensgefangenen Strafen für ad hoc geschaffene Delikte verbüßen.

Man muß erwähnen, daß der Gouverneur Juan Sabines vor kurzem (am 17. März) einen Runden Tisch eingerichtet und sich verpflichtet hat, ca. 300 Akten von Gefangenen dieser Art zu überprüfen. Als Ergebnis dieser Überprüfung kamen mehr als 140 Gefangene frei und bekamen die ihnen zustehenden Hafterleichterungen. Einige dieser Personen hatten einen Hungerstreik oder ein Fasten organisiert, um ihre Forderung nach Freilassung zu bekräftigen. Die CCIODH bewertet die Überprüfungen positiv, ist aber der Meinung, daß dieser Prozeß fortgesetzt werden muß mit den restlichen Personen, die immer noch im Gefängnis sind und Gerechtigkeit fordern, sowie all denjenigen, die weiterhin aufgrund von Prozessen voller Unregelmäßigkeiten eingesperrt sind. Außerdem ist es unumgänglich, politische Initiativen zu ergreifen, und von dem genannten System wegzukommen, das Strafsystem zur Kriminalisierung und Unterdrückung sozialer Bewegungen und Organisationen zu nutzen. Obwohl die gegenwärtige Regierung die Verantwortung für diese Situation bei ihren Vorgängern sieht, hat die CCIODH mindestens fünf politische Gefangene ausgemacht, die während der Regierungszeit von Sabines eingesperrt wurden: Jesús López López, Rubén Jiménez Pablo, Javier Sánchez López, sowie Eliseo Silvano Jiménez und Eliseo Silvano Espinoza, die inzwischen wieder frei sind.

Bei den politischen Gefangenen ist ein Mißtrauen gegenüber den Justizbehörden sowie das Fehlen von Rechtsgarantien festzustellen, was ihre Situation weiter verschärft.

Die Mehrheit der politischen Gefangenen in Chiapas ist organisiert, und wir hatten die Gelegenheit, uns von ihnen die Haftbedingungen schildern zu lassen; außerdem konnten wir Klagen über Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis aufnehmen.

Die bundesstaatliche Menschenrechtskommission meint über die Gefängnisse in Chiapas folgendes:

Interview 79. Menschenrechtskommission des Bundesstaates Chiapas

Ein Gefängnis muß heute, im Gegensatz zu früher, als die Gefängnisse in der Welt entstanden sind, der sozialen Wiedereingliederung dienen. Die Realität in Chiapas und im Rest des Landes ist aber, daß die Gefängnisse nicht wiedereingliedern; diese Gefängnisse sind demütigend, und wenn ein Unschuldiger hineinkommt, kommt er mit einer Reihe von kriminellen Kenntnissen wieder heraus, die höher sind als jede Lehre an der Universität."

Im folgenden schildern wir die Situation der Gefangenen anhand von fünf Themen:

- Organisation der Gefangenen zur Verteidigung ihrer Rechte
- Folter und Mißhandlungen im Gefängnis
- Haftbedingungen
- Unregelmäßigkeiten in den Prozessen und Fehlen von Übersetzern
- spezielle Haftbedingungen für Frauen

Organisation der Gefangenen zur Verteidigung ihrer Rechte

In den Gefängnissen haben sich die politischen Gefangenen in verschiedenen Gruppen organisiert, wie der "Voz del Amate" (Stimme von Amate) und der "Voz de los Llanos" (Stimme der Ebene), mit dem Ziel, den politischen Charakter ihrer Haft herauszustellen sowie auch die Mißhandlungen und die Bedingungen ihres Freiheitsentzuges anzuklagen.

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"Was wir wollen, ist Gerechtigkeit, daß sie Regierung unsere Meinung berücksichtigt, daß unsere Petition an die Regierung gehört wird. Was wir, die wir hier organisiert sind, in diesem Gefängnis (...) worum wir die Regierung bitten, ist, daß es Gerechtigkeit gibt, und daß es Freiheit für die politischen Gefangenen gibt."

Interview 40. Juan Vázquez Gutiérrez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (am 31.3.2008 freigelassen)

"Wir als soziale Kämpfer, die gegen die Ungerechtigkeit kämpfen, gegen die Korruption, die es immer noch gibt, wir erleben es, es passiert uns allen, daß wir unschuldig sind. Nur weil wir gut organisiert sind oder zu einer Gruppe gehören, einer sozialen Gruppe, greifen sie uns an."

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"Wir haben angefangen, uns zu organisieren. Wir haben gemerkt, daß wir als Indígenas nichts bekommen, wir haben keine Rechte, und die Regierung beachtet uns nicht. Wir werden von der Regierung immer gedemütigt, weil wir nicht wissen, wie wir unsere Rechte verteidigen, weil wir die spanische Sprache nicht beherrschen. Die Mehrheit von uns sind Indígenas, Tzotziles und ein paar Tzeltales."

Folter und Mißhandlungen in den Gefängnissen

Die sowieso durch den Freiheitsentzug vorhandene psychologische Zermürbung verstärkt sich noch durch physische und psychische Mißhandlungen in den Gefängnissen.

Interview 40. Agustín Rodríguez Jiménez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"(...) und dann kam ich hier in die Halle, ein anderer *preciso* hat uns empfangen, selbst ein gefangener, sie haben mich wieder gefoltert, Geld gefordert, 10.000 Pesos von jedem, aber ich habe nichts..."

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"Danach haben sie mich ins Innere des Gefängnisses gebracht, wo ich auch gefoltert wurde, sowie sie nicht bei der Staatsanwaltschaft gefoltert haben, haben sie mich auch im Gefängnis El Amate gefoltert. Sie haben von mir ein Eintrittsgeld von 10.000 Pesos gefordert, und weil wir als Indígenas arm sind und nicht so viel Geld haben, wurden wir auf Befehl von (...) Mauricio Maldonado Gómez gefoltert. (...) Wir wußten nicht, wer der Direktor war, wir wollten mit dem Direktor von dem Gefängnis sprechen, in dem wir gefoltert wurden, ungefähr zwölf Tage lang Folter. Sie haben uns eine Dränage gelegt, wo ein Behälter war, ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen... dort wurden wir auf Befehl dieses Direktors hingesteckt. Es wurde in den Zeitungen, im *Cuarto Poder*, veröffentlicht, als wir es nicht mehr ausgehalten haben, wir wußten nicht, an wen wir uns wenden sollten, wir hatten niemanden, den wir um die Summe bitten konnten, die sie von uns verlangten. 'Sie haben die Macht, sie haben die Befehlsgewalt, dort gibt es keine Menschenrechte', haben sie uns gesagt. (...) Die Mehrheit von uns hier, die Mitglieder der Voz de los Llanos, alle die *Compañeros* (...) sind gefoltert, mißhandelt und psychologisch gefoltert worden."

Die psychologische Situation dieser Menschen verschlechtert sich dadurch, daß sie in einem extrem feindlichen und korrupten Umfeld sind, das ihnen fremd ist. Die Neuankömmlinge werden gezwungen, zu bezahlen und sich der Disziplin der *precisos*, Vertrauten der Gefängnisleitung, zu unterwerfen. In der Mehrheit der Fälle haben die Gefangenen nicht so viel Geld, wie sie zahlen sollen. Diese Situation führt zu Bestrafung, die allgemein in physischen Angriffen, Bedrohungen, Feindseligkeiten und der Durchführung von Aufgaben oder *fajinas* besteht, was die härtesten Aufgaben sind. Das Eintrittsgeld variiert je nachdem, ob der Neuankömmling mit einer Organisation verbunden ist oder nicht.

Wer sich weigert, die *fajinas* zu leisten, sieht sich Strafen, Mißhandlungen und Sanktionen ausgesetzt. Es handelt sich um mißbräuchliche Praktiken, die den Gefangenen gegen ihren Willen aufgezwungen werden.

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"wenn wir hier ankommen, verlangen die *precisos*, der Haupt-*preciso* 10.000 Pesos Eintrittsgeld. Wir haben ihm gesagt, daß wir nicht so viel haben, daß wir einfache Leute sind, daß wir wegen sozialpolitischer Fragen hier sind, nie gab es die Entführung, es ist eine falsche Entführung (...) sie haben uns rausgeholt, auf Befehl des Haupt-*preciso*, der immer noch für die Gefangenen zuständig ist, er hat den Bösewichtern befohlen zu handeln, uns zu schlagen, uns rauszuholen, daß wir aufsässig sind, daß wir gewalttätig sind, obwohl das gar nicht stimmt, nur daß wir nicht ein Eintrittsgeld von 10.000 Pesos bezahlen."

Interview 40. José Luis Gómez Morales (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5

"Meine Erfahrung hier als Gefangener, nun, ich wiederhole, daß es auch viel Korruption von seiten der Direktoren gibt, von seiten der Aufseher, auch von seiten der anderen Gefangenen, die *precisos* sind. Die *precisos*, die oft die neuen Leute ausbeuten, eine Menge Geld fordern und die Neuen sogar ausbeuten, indem sie sie in der Tischlerei arbeiten lassen, bei Geschäften der *precisos*, so sieht die Korruption innerhalb des Gefängnisses aus."

Es gibt Klagen, die bekräftigen, daß der ökonomische Ertrag der *fajinas*, die die Leute gezwungen werden zu leisten, die die illegalen Eintrittsgelder ins Gefängnis nicht bezahlen können, ein Einkommen ist, das die Gefängnisbehörden fördern. Diese Art Korruption ist in den Gefängnissen des Landes verbreitet, wird durch die Wiederholung aber nicht weniger schlimm oder akzeptabel.

Haftbedingungen

Bei diesem Aspekt muß man die schwierigen Bedingungen für die Gefangenen im Strafvollzug herausheben.

Interview 40. Agustín Rodríguez Jiménez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"[er bezieht sich auf die Größe der Zelle] Drei mal vier Meter für neun bis zehn Personen. Es gibt fünf bis sechs Platten, zum Schlafen, aber unten, auf dem Fußboden, schlafen auch Leute, so passen mehr Leute rein.

- Frage: gibt es Matratzen?
- Antwort: Nein, der Boden, der Boden ist aus Beton.
- Decken?
- Die, die wir selbst mitgebracht haben, ja, es gibt nicht genug, sie geben uns keine, die, die jeder einzelne mitgebracht hat."

Das Hauptproblem besteht in der Überfüllung, das erkennen sogar die Gefängnisbehörden an:

Interview 41. Direktor des Gefängnisses Nr. 16. José Guadalupe

"Unsere tatsächliche Kapazität ist 120. Wir haben drei Ebenen. (...) Jede Ebene hat acht Zellen, jede Zelle hat fünf Platten. Das heißt, es sind 40 pro Ebene. Aber leider ist es überall überfüllt. Wir sind also von 120 auf 200 gekommen, 80 zuviel, so ist es, aber das werden Sie immer finden. Ich glaube, daß alle dieses große Problem haben, wir können es nicht vermeiden. Es gibt also durchschnittlich sieben bis acht Gefangene pro Zelle.

- Frage: Für wie viele sind sie vorgesehen?
- Antwort: für fünf."

Interview 79. Menschenrechtskommission des Bundesstaates Chiapas

"Es gibt etwas Beunruhigendes im Bundesstaat, das ist die Überfüllung der Gefängnisse, wir haben Gefängnisse mit 200% Belegung, und diese sind fern davon, wiedereinzugliedern, wie ich schon am Anfang gesagt habe, und es ist noch schlimmer, es gibt Mechanismen der vorzeitigen Entlassung, ausgesetzte Strafen, Begnadigungen... die die Last der Gefängnisse erleichtern können, aber es sind kleine Mechanismen."

Es hat auch Auswirkungen auf die Verpflegung und das Recht auf Gesundheit. Die finanzielle Unterstützung für die Verpflegung (es gibt keinen Essensraum für die Gefangenen) ist spärlich und ungenügend und tritt an die Stelle der Verpflichtung des Staates, den Gefangenen Essen zukommen zu lassen.

Interview 40. José Luis Gómez Morales (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"Das andere ist, daß wir oft keine Medikamente haben, kein medizinisches Personal; wen wir einen Arzt besuchen wollen, stellen sich die Wärter oft dagegen, lassen uns nicht, er sei nicht da, was weiß ich... und so bleiben wir ohne Betreuung."

Interview 40. Pedro Hernández Ruiz (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"Sie geben also morgens Essen aus, um neun Uhr, und um zwei Uhr nachmittags gibt es Mittagessen, aber es reicht nicht für alle, sie geben uns sehr wenig Essen und von schlechter Qualität."

Die Einrichtungen in den Gefängnissen wie Sanitäranlagen existieren zwar, funktionieren aber nicht aufgrund von Wassermangel, was sie dazu zwingt, das Wasser, wenn es welches gibt, in Eimern für den täglichen Gebrauch zu speichern. Es gibt kein warmes Wasser, deshalb müssen sie mit kaltem Wasser baden, obwohl die Temperatur von November bis März auf unter 0°C fällt. Einige Gefangene haben kleine elektrische Wasseraufwärmgeräte (ähnlich Kaffeemaschinen) um "dem Wasser die Kälte zu nehmen", was nicht immer möglich ist; außerdem bedeutet es, eine bestimmte Menge Geld zahlen zu müssen, die von den *precisos* festgelegt wird, die den Verkauf innerhalb des Gefängnisses kontrollieren.

Interview 40. Agustín Rodríguez Jiménez (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"Wir haben das ganze Jahr über kein warmes Wasser. Hier müssen wir, auch wenn es kalt ist, mit kaltem Wasser baden, dann haben wir kein Gas, wir müssen unsere Wäsche selbst waschen, jeder Gefangene wäscht seine Wäsche selbst. Was die Toiletten betrifft, hat jede Zelle, die mit zehn Gefangenen belegt ist, eine Toilette, die die zehn Personen benutzen müssen, so daß oft Krankheiten übertragen werden. Oft gibt es Flöhe, Wanzen, warum, weil, wir werden von den Behörden nicht unterstützt, in der Frage der Hygiene unterstützen sie uns gar nicht."

Unregelmäßigkeiten in den Prozessen und Fehlen von Übersetzern

Allen Berichten der Gefangenen gemein sind die Unregelmäßigkeiten in den Prozessen und das Fehlen von Übersetzern (im Gefängnis gibt es Gefangene mit den Muttersprachen Tzotzil, Tzeltal des Hochlandes und des Urwalds, Chol sowie Tojolabal).

Interview 40. José Luis Gómez Morales (Voz de los Llanos), Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"Es gibt viel Ungerechtigkeit im Bundesstaat Chiapas, viel Ungerechtigkeit, und weil wir Indígenas nicht spanisch sprechen können, können wir unsere Rechte nicht verteidigen, sie verurteilen uns..."

Spezielle Haftbedingungen für Frauen

Die Situation der weiblichen Gefangenen hat einige Besonderheiten. Die CCIODH möchte besonders den Fall des Gefängnisses Nr. 5 in San Cristóbal aufgreifen, da wir von dort viel Material erhalten haben und auch die Gelegenheit hatten, den Direktor dieser Einrichtung zu interviewen und somit eine andere Sichtweise zu erhalten. Angesichts der Antworten, die wir bei diesem Interview erhalten haben, sehen wir uns imstande, auf einige Probleme näher einzugehen, die dort existieren und besonders die Frauen betreffen, die sich dort befinden.

Die Überfüllung, die ein allgemeines Charakteristikum in den Gefängnissen ist, ist im Bereich der Frauen besonders gravierend, weil das Gefängnis eigentlich nicht dafür eingerichtet ist, Frauen aufzunehmen; diese wurden innerhalb des Männergefängnisses in improvisierter Weise untergebracht.

Es gibt keine Programme, die die besonderen Charakteristiken dieser Gruppe berücksichtigen. Es gibt keinen Raum für Schulen, Kindergarten, Religionsausübung. Außerdem ist die Benutzung von elektrischem Strom wie auch Gas eingeschränkt und teuer. Es fehlt auch an medizinischer Betreuung für schwangere Frauen und Neugeborene.

Zudem hat die CCIODH Klagen über mindestens vier Fälle von schweren psychologischen Problemen innerhalb des Gefängnisses Nr. 5 erhalten, die nicht angemessen betreut wurden.

7.2. Frauen

In diesem Kapitel nähern wir uns der Situation der Frauen in Chiapas, bezüglich des Zugangs zur Justiz und der Gewalt, wobei wir das Thema der Diskriminierung streifen, die verstärkt wird durch den bewaffneten Konflikt und die Politik der Aufstandsbekämpfung, von denen die Region seit 1994 geprägt ist.

Die zapatistischen Frauen haben uns mit der Veröffentlichung der Revolutionären Frauengesetze von 1993 ein Bild gezeichnet von der Situation, in der indigene bäuerliche Frauen in Chiapas leben. Dort finden sich unter anderem Forderungen nach folgenden Rechten:

- den Partner frei wählen zu können und nicht zwangsverheiratet zu werden
- nicht geschlagen oder physisch mißhandelt zu werden, weder von Angehörigen noch von Fremden
- strenge Bestrafung des Versuchs der Vergewaltigung
- Arbeit und gerechte Bezahlung
- selbst die Anzahl der Kinder bestimmen zu können
- an den Angelegenheiten der Gemeinde beteiligt zu sein und Funktionen zu übernehmen
- bevorzugte Behandlung bei Gesundheit und Ernährung
- Bildung

Diese Forderungen, die die zapatistischen Frauen in den 90er Jahren durchsetzten, machten die schwerwiegende Verletzung der Rechte der Frauen sichtbar. Vierzehn Jahre später ist ihr Inhalt weiterhin von absoluter Gültigkeit, und der Weg ohne Umkehr, den die rebellischen zapatistischen Frauen bei der Eroberung ihrer Würde und ihrer Rechte eingeschlagen haben, hatte Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Diese Gesetze sind ein Meilenstein im Leben der Gemeinden.

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

"(...) wir müssen wie die Männer unsere Rechte verteidigen,. Wie die Männer (...) hier im Rat der Guten Regierung arbeiten, arbeiten auch wir. Auch wir haben Ideen, und das machen wir in jedem Autonomen Bezirk. Für uns war es früher schwierig, früher konnten wir weder lesen noch schreiben, es ist schwer, die Arbeit zu machen, aber nach und nach schaffen wir es..."

Sitten und Gebräuche. Rechte der Frauen

Immer noch muß ein weiter Weg gegangen werden bei der sozialen und kulturellen Eroberung der Frauenrechte. So haben es die Frauen selbst beim Treffen der zapatistischen Frauen in Chiapas dargelegt, aber zweifellos war die Erklärung ihrer Rechte von seiten der Frauen in den Gemeinden ein wichtiger Fortschritt, der einen, wenn auch langen, langsamen und schwierigen, Prozeß der Umsetzung und Gestaltung dieser Rechte im Alltagsleben begann.

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

"Die *compañera* Cristel erkennt an, daß wir jetzt als Männer und Frauen zusammenarbeiten, aber sie sagt, daß es früher nicht so war. Früher blieben die Mädchen in der Küche, und die Jungen gingen zur Schule. Die Männer hatten mehr Rechte zur Schule zu gehen, und die Mädchen hatten keine Rechte, sie arbeiteten nur in der Küche. So haben sie früher gelebt, aber jetzt haben sie wie die Männer das recht, Autorität zu sein, teilzunehmen, darüber zu urteilen, was wir denken. Ein klares Beispiel gibt es hier bei uns: sie ist aus Vicente Guerrero und hat in der zapatistischen Schule gelernt. Mit dem, was sie dort gelernt hat, hilft sie jetzt hier ihrem Dorf, sie wurde von ihrem Dorf zur Autorität gewählt, um es hier zu repräsentieren. Für mich ist das eine Hoffnung, sie ist die Frucht der Arbeit der autonomen Schulen..."

Ein Element, das ständig neu definiert wird bezüglich der Rechte indigener Frauen, sind die "Sitten und Gebräuche", die sich in einer Gesamtheit von Praktiken und Handelns- und Lebensweisen Tag für Tag neu gestalten. Die von den Frauen am häufigsten als entwürdigend und ihre Rechte als Frauen verletzend angeprangerten alltäglichen Praktiken sind familiäre Gewalt, Alkoholmißbrauch, sexueller Mißbrauch und der Kauf von Frauen.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Sowohl im mexikanischen Rechtssystem als auch im indigenen Recht – das Sitten und Gebräuche bezeichnet – haben die Gesetze als Mittel zur Kontrolle, besonders der Frauen, gedient.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Die innerfamiliäre Gewalt ist versteckt oder in gewisser Weise maskiert durch die Gerichte für Frieden und Versöhnung, durch die Sitten und Gebräuche, die benutzt werden, um bestimmte Verhaltensweisen zu rechtfertigen, die in keiner Weise sanktioniert werden..."

Die Ungleichheit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts gibt es überall. Deshalb ist jedes gesetzliche Mittel, das nicht die Ursachen der Geschlechterungleichheit angeht, völlig unzureichend, wie die Frauenorganisationen klagen.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Sei es das indigene Gericht oder die traditionellen oder indigenen Autoritäten, sei es das Gericht der Regierung (...) oder das autonome zapatistische, den Frauen ist es egal, weil die Beziehungen ungleich bleiben. Was sie also beim Gericht machen, basiert auf den "Sitten und Bräuchen". Der Brauch ist, daß die Frau untergeordnet ist und sie sie zwingen, sich zu versöhnen. Das ist so vor, während und nach der Schaffung indigener Gerichte (...)"

Auswirkungen des Krieges niederer Intensität

Der Krieg niederer Intensität, mit dem der mexikanische Staat auf den Aufstand der EZLN reagiert hat, bringt die Frauen und Kinder in eine verletzte Situation, auch bei ihren Alltagshandlungen. Die Frauen sind Ziel von Gewalt und sexuellem Mißbrauch, wie es in verschiedenen Teilen des Bundesstaats mit der Intervention der paramilitärischen Gruppen vorgekommen ist.

Interview 61. Frau der zapatistischen Unterstützungsbasen. Gemeinde 24 de Diciembre
"Wenn wir auf das Feld gehen, wenn uns die, die dort sind, sehen, die von [der Organisation Unión de] Ejidos de la Selva, kommen sie raus und fangen an, uns hinterherzupfeifen, uns nachzurufen. Ich glaube, sie machen sich über uns lustig, es ist ein Angriff auf die Frauen. Wir beleidigen sie nicht und tun ihnen nichts, aber ich fühle mich schlecht, wenn ich sehe, daß sie mir nachpfeifen."

In dieser Situation des Krieges niederer Intensität und der Zusammenstöße zwischen verschiedenen Gruppen gab es Fälle schwerer Verletzungen der Rechte der Frauen, die benutzt wurden, um ihre Familien unter Druck zu setzen, bis hin zu schwerer Folter oder sogar Mord.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen
"Minerva ist ein Mädchen der nördlichen Zone, die entführt wurde, um den Vater anzulocken, sie wurde auf dem Weg gequält, sie wurde gefoltert, mitten auf dem Weg in Sichtweite der Kreuzung vergewaltigt, um den Vater und die Familie, die für Anführer gehalten wurde, zu anzulocken (...) Die Leiche von Minerva ist eine von denen, die sie nicht bekommen haben. Wir wissen, wo sie begraben ist, aber es wurde nicht genug Kraft aufgebracht, die Reste dieser Frau zu identifizieren, die ein sinnbildlicher Fall des Feminizids in einer Situation des bewaffneten Konflikts ist (...)"

Die CCIODH stellt schwere Fälle von Gewalt gegen Frauen und besorgniserregende Fälle ihrer höchsten Kategorie fest: des Feminizids. Sie ruft dazu auf, die Instanzen der Prävention und Wiedergutmachung der Gewalt gegen Frauen zu verbessern und die Straflosigkeit der Verantwortlichen dieser Dynamik nicht zuzulassen.

Zugang zum Land

Viele indigene Frauen haben keinen Zugang zum Land, da dieses den Söhnen vorbehalten ist, was auch ihre Teilnahme an den Versammlungen und bei strategischen Entscheidungen einschränkt, die mit dem Land, dem Gebiet und den natürlichen Ressourcen zu tun haben.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen
"(...) Artikel 37 schreibt vor, daß Frauen, die Personen heiraten oder mit ihnen zusammen leben, die von außerhalb des Ejidos sind, dieses verlassen und ihre Besitztümer, ihr Land, ihr Eigentum aufgeben müssen (...)"

Wenn eine von ihnen Land erwirbt, wird davon ausgegangen, daß sie Anführerin der Gemeinde werden will, oder weil durch Heirat das Land das Eigentum in die Hände des Mannes fällt, der nicht zu dieser Gemeinde gehört oder nicht ihre Ideen teilt.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen
"Praktisch heißt es, 'wir sind Männer, und wie ist es möglich, daß eine Frau befehlen will (...) demnächst willst du noch Präsidentin des Ejido-Rates werden und uns befehlen'."

Zugang zur Justiz

Wir haben strukturelle Schwierigkeiten im Bereich der Justiz beobachtet, die die Frauen an der vollen Ausübung ihrer Rechte hindern und die Vorbeugung und Durchsetzung der Gerechtigkeit im Fall von Gewalt erschweren. Es gibt eine Ungleichheit beim Zugang zur Justiz: viele Frauen erheben keine Klage, weil sie ihre Rechte nicht kennen, weil sie Angst vor den Behörden haben oder nicht wissen, welche Schritte sie unternehmen müssen, um Recht zu bekommen. Die Prozeduren der Rechtsprechung durch den Staat werden von vielen Frauen als bedrohlich angesehen, denen sie Angst und Mißtrauen verursachen. Die CCIODH hat von dramatischen Fällen erfahren, in denen die drei Bedingungen erfüllt waren unter denen in Chiapas die Abtreibung erlaubt ist, und diese wurde ihnen dennoch untersagt.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Da ist der Fall von Hilda, einer indigenen Frau, die von einem Nachbar derselben Gemeinde vergewaltigt wurde. Sie leidet unter dem Down-Syndrom. Sie war 19 Jahre alt, aber mit einer geistigen Entwicklung von drei Jahren. Sie spricht nicht, sie drückt sich nicht aus, sie ist völlig von ihrer Mutter abhängig, eine Frau von ca. 63 Jahren, eine arme Bäuerin (...) Die Mutter von Hilda bittet um eine Abtreibung für Hilda, und im Krankenhaus wird ihr gesagt, daß sie hier keine Leute umbringen, das sie ins Gefängnis kommen würde, daß sie Probleme bekommen würde, und statt ihr zu helfen, haben sie die bedroht, eingeschüchtert. In Chiapas ist Abtreibung in drei Fällen erlaubt: wegen Vergewaltigung, wegen genetischer und angeborener Mißbildungen und wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. In diesem Fall trafen alle drei Bedingungen zu, und trotzdem haben sie die Schwangerschaft nicht unterbrochen."

Die institutionellen Organismen schaffen für die Frauen keine Bedingungen unter denen sie frei von Gewalt leben können, da sie sich nicht wesentlich darum kümmern. In einigen Fällen wurden die Maßnahmen von den bundesstaatlichen Behörden nicht zu Ende geführt unter dem Vorwand, sie könnten nicht in die Kompetenzen der autonomen zapatistischen Gebiete eingreifen. Dieses Versagen hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Frauen in Chiapas.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"[Bezogen auf den Fall Hilda] Sie haben den Haftbefehl 3003 ausgestellt. Jetzt ist 2007, und dieser Haftbefehl wurde immer noch nicht umgesetzt (...) Sie sagen, sie können nicht in die Gemeinde, weil es zapatistisches Gebiet ist (...) Wir sind in die Gemeinde gegangen und haben mit ihnen gesprochen und sie sagen, daß sie sich nicht einmischen; wenn dieser junge Mann das Delikt begangen hat, sollen sie ruhig kommen und ihn festnehmen (...) Als Folge der fehlenden Justiz wird Hilda wieder vergewaltigt, wird wieder schwanger und hat jetzt ein zweijähriges Kind mit Down-Syndrom, das nicht läuft und bei dem die medizinischen Prognosen nicht sehr gut sind, und sie [die Mutter] muß sich jetzt nicht nur um Hilda kümmern, sondern auch um das Kind in einer sehr schwierigen Situation..."

In einigen Fällen erweist sich die Suche nach Gerechtigkeit als schädlich, da sie nach dem Prozeß noch mehr betroffen sind. In einigen Fällen wenden sich die Frauen selbst an internationale Instanzen, um ihre Fälle lösen zu lassen.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Die drei jungen Tzeltalfrauen, die von Soldaten vergewaltigt wurden, sind immer noch vor der Interamerikanischen Kommission. Dieser Fall ist tatsächlich der einzige, bei dem es einen Bericht über die mexikanische Regierung wegen Nichterfüllung gibt, weil die Soldaten weiterhin unantastbar sind..."

Ökonomische Situation, Migration und Verletzlichkeit der Frauen

Die Bemühungen der indigenen Frauen um würdige ökonomische Bedingungen und/oder bezahlte Arbeit sind besonders schwierig. Die Rollenmodelle ändern sich, aber die Unterdrückung und Unterordnung der Frauen bleibt. In diesem Sinn sind die Auswirkungen der nationalen Wirtschaftspolitik noch schlimmer, wenn es sich um Bäuerinnen handelt, die kein Recht auf Land haben.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Die Frauen sind die hauptsächlichen Opfer der Armut auf dem Land (...) das Einkommen der bäuerlichen und indigenen Frauen beträgt 7,35 Pesos pro Tag. Das ist ungefähr ein halber Dollar, und es ist der Durchschnitt, aber es gibt viele Leute, viele Familien, die weniger Einkommen haben. Das gibt einem eine reale Vorstellung von der Situation, in der die indigenen und bäuerlichen Frauen in großer Verzweiflung leben..."

In diesem Sinn sind die Bäuerinnen großer Verwundbarkeit und großem Leid ausgesetzt, besonders wenn ihre Männer auswandern mußten; sie müssen sich nun um das Haus und um die Felder kümmern (letzteres ist sonst Sache der Männer). Daher müssen sich die Familiensysteme abrupt den Veränderungen anpassen, was tiefe Krisen auslöst. Und es gibt neue Probleme, die ihre Menschenrechte verletzen.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Ein anderes Problem, das sie betrifft, ist die Migration, weil sie die Stelle der Männer im Haus einnehmen mußten, und die Migration hat sich sehr verstärkt. Sie sind allein geblieben mit der Verantwortung, aber oft müssen sie sich auch um das wenige Land kümmern, das sie besitzen, sie müssen also auf dem Feld arbeiten (...) Diese Situation hat sogar ihre Krankheiten verändert (sowohl die Krankheiten, die er mitbringt, als auch wenn sie selbst gehen), und durch diesen Migrationsprozeß die regelmäßigen Vergewaltigungen, physische Vergewaltigungen, sexuelle Vergewaltigungen, und nun, auch andere. Das hat eine Reihe von Veränderungen hervorgebracht, die sie beginnen als Problem zu sehen..."

Was bezahlte Arbeit außerhalb der Gemeinden betrifft, arbeiten die meisten von ihnen im Haushalt als halbe Sklavinnen, was hauptsächlich durch die Migration verursacht wurde. Viele Frauen bleiben auf dem Weg in andere Regionen (hauptsächlich touristische Gebiete) oder in andere Länder stecken, und es gibt Fälle, in denen sie sich zur Prostitution gezwungen sehen. Innerhalb dieser gibt es Netze von Menschenhändlern, die sie betrügen, und wenn sie das merken, sind sie schon in dem Netz gefangen und können nicht entkommen. Schwangerschaften sind eine Strategie für den Handel mit diesen Frauen, die meistens Mädchen sind, und sie werden auch in den Drogenhandel verwickelt. Viele dieser Frauen, die vor dieser Mafia gerettet werden, wollen nicht in ihre Gemeinden zurückkehren, weil sie Angst haben, daß bekannt werden könnte, daß sie sich prostituiert haben, und vor der Zurückweisung und Stigmatisierung, die dadurch ihnen und ihren Familien zuteil würde.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Eine Tzeltal-Frau aus einer Gemeinde der Sierra entkam und informierte darüber, daß ihre compañeras dort waren und getäuscht worden waren, sie hatten ihnen gesagt 'wir werden euch Arbeit geben, sie ist sicher, ihr werdet keine Probleme mit der Migration haben', und sie hatten wirklich keine Probleme, aber sie werden eingesperrt in Löchern, die den Bewohnern der großen Städte dienen, sie lassen sie nicht heraus, sie lassen sie nicht sprechen, sie lassen sie nicht mal telefonieren, sie haben sie zu Sexsklavinnen gemacht. Und dieses Mädchen ist entkommen und ihre Angst ist es, daß sie sie finden, sie will nicht zurück i ihre Gemeinde (...)"

Angriffe auf Organisationen, die die Rechte der Frauen verteidigen

Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts abzuschaffen, gehört zu den Dingen, für die die chiapanekischen Frauen und ihre Organisationen kämpfen, die sich sowohl außerhalb als auch innerhalb ihrer Gemeinden gezwungen sehen, ihre Rechte zu verteidigen. Die Männer und Frauen, die diese Organisationen ausmachen, leiden auch unter ständigen Bedrängungen und Angriffen. Bei diesen Angriffen ist ganz klar der Faktor Geschlecht wichtig.

Interview 19. Chiapanekische Frauenorganisationen

"Es gibt Angriffe auf Organisationen, aber wenn es Angriffe auf Frauen oder auf Frauenorganisationen sind, gibt es andere Aspekte. (...) sie drohen den compañeras mit Vergewaltigung, sagen ihnen Obszönitäten, bedrohen sogar ihre Familie oder ihre Töchter, sagen ihnen 'wir wissen, wo deine Tochter ist' oder 'wir haben deine Tochter, wir haben sie hier bei uns und reichen sie herum' (...) Und wenn wir ins Gefängnis gehen, werden die Aktivistinnen noch mehr durchsucht. Sie lassen dich nicht durch, und wenn sie dich durchlassen, machen sie so eine körperliche Durchsuchung, die viel von sexuellem Mißbrauch hat, oder sie lassen dich nicht durch (...)"

7.3. Vertriebene

In den Schlußfolgerungen des letzten Berichts über Chiapas beim dritten Besuch der CCIODH im Jahr 2002 wurde bezüglich der Vertriebenen folgendes geschrieben:

"Das Problem der durch Krieg und Aufstandsbekämpfung Vertriebenen ist weiterhin ungelöst. Die Vertreibungen und die Morde, welche Tausende von Choles und Tzotziles, mehrheitlich aus der Unterstützungsbasis der EZLN, ins interne Exil treiben, bleiben ungesühnt. Bisher wurde das Problem der Vertriebenen nicht in seiner wirklichen Dimension behandelt. Weder die nationale Regierung noch die des Bundesstaats haben anerkannt, daß es Personen sind, die aufgrund der paramilitärischen Gewalt gezwungen waren, ihre Gemeinden zu verlassen. Deshalb treiben sie die Rückkehr der Vertriebenen unter Bedingungen der Unsicherheit und unter zweifelhaften Versöhnungsvereinbarungen voran, die weder von Gerechtigkeit noch von Wiedergutmachung der den Vertriebenen zugefügten Schäden geprägt sind."

Bei diesem neuerlichen Besuch mußte die CCIODH feststellen, daß es weiterhin Vertriebene gibt, die nicht an ihre Ursprungsorte zurückkehren konnten. Besonders dramatisch ist weiterhin die Situation in Polhó, Hauptort des Autonomen Bezirks im Hochland, wo es seit 1997 bis heute Flüchtlingslager gibt, wegen des allgemeinen Klimas der Gewalt in der Zone.

Interview 16. Rat der Guten Regierung Oventic

"Wie der compañero schon gesagt hat, sind die Lager weiterhin dort, es gibt, wie er gesagt hat, Lager, die sie nicht anerkennen, denen sie ihr Grundstück weggenommen haben, sie wollen ihnen nicht mehr ihren Kaffee geben, den sie ernten, sie haben ihnen alles weggenommen. Deshalb gibt es compañeros, die gar nichts mehr haben, sie bleiben im Lager, aber sie haben gar nichts mehr."

Die Regierung des Bundesstaats ist der Meinung, das Problem sei gelöst und es sei die Politik der Räte, die die Rückkehr an ihre Ursprungsorte verhindere:

Interview 38. Beauftragter für die Versöhnung der Gemeinden und Dörfer im Konflikt. Juan Vázquez

"Es gibt immer noch Flüchtlinge im Lager von Polhó, im Bezirk Chenalhó, aber sie sind aus einem Grund nicht zurückgekehrt, den wir respektieren, und ich glaube, es ist eine politische Strategie der eigenen Sicherheit der EZLN."

Die Präsenz paramilitärischer Gruppen ist weiterhin ein Problem für die Rückkehr.

Interview 16. Rat der Guten Regierung Oventic

"Deshalb sehen wir, daß es durch die Regierung des Bundesstaats keine Gerechtigkeit gibt, es gibt nichts, seit 1997 bis heute laufen die Paramilitärs frei herum, sie organisieren sich, führen Angriffe und Drohungen in diesem Bezirk Polhó durch, deshalb gibt es keinerlei Gerechtigkeit."

Interview 25. Flüchtlingslager im Autonomen Bezirk San Pedro Polhó

"Nun, ich glaube, es gibt drei Gemeinden, in denen die Paramilitärs stark sind, eine ist Tzanembolón, eine ist mehr oder weniger die Gemeinde Chimix, es wird erlaubt hineinzugehen, aber manchmal gibt es Drohungen; das gleiche passiert im Ejido Los Chorros, es gibt Drohungen, aber es gibt nichts zum Überleben."

Die Situation der Flüchtlinge ist weiterhin sehr prekär, da sie in ungesunden Bedingungen leben. Seit dem Abzug des Internationalen Roten Kreuzes, das ein Minimum an Nahrung lieferte, ist der Rat der Guten Regierung verantwortlich, mit Unterstützung der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft. Sie hat auch eine Politik der Rückkehr etabliert, aber die Menge der Personen, die weiterhin im Flüchtlingslager sind, ist bedeutend.

Interview 38. Beauftragter für die Versöhnung der Gemeinden und Dörfer im Konflikt. Juan Vázquez

"Die JBG hat ihre eigene Strategie, wie nach und nach die Flüchtlingsfamilien zurückkehren, und jedesmal reduziert sich die Nummer der Vertriebenen in Polhó."

In der Nördlichen Zone gibt es weiterhin Vertriebene, in geringeren Mengen, seit den von der Gruppe Paz y Justicia durchgeführten Abgriffen. Die Regierung hält hier ebenfalls das Problem für gelöst:

Interview 38. Beauftragter für die Versöhnung der Gemeinden und Dörfer im Konflikt. Juan Vázquez

"Es gibt Vereinbarungen auf Bezirksebene und Runde Tische, die sich hauptsächlich mit der gleichen Strategie beschäftigen. Zum einen kümmern sie sich um die Vertreibung, damit sie zurückkehren oder umgesiedelt werden. Und der zweite Schritt ist, Vereinbarungen innerhalb und zwischen den Gemeinden sowie innerhalb und zwischen den Bezirken zu treffen, um ein friedliches Zusammenleben der Gemeinden zu ermöglichen. In der Nördlichen Zone sind im Moment alle Flüchtlinge zurückgekehrt oder umgesiedelt worden."

8. Psychosoziale Auswirkungen

Dieses Kapitel besteht aus vier Teilen. Im ersten werden die Strategien psychosozialer Schädigung untersucht, im zweiten und dritten Beispiele der kollektiven bzw. individuellen Auswirkungen, basierend auf den durchgeführten Interviews, gegeben. Der vierte Teil zeigt, wie die Bevölkerung die Untätigkeit durchbricht und Werte stärkt, die ihr erlauben, ihre Lebensprojekte weiterzuführen.

8.1. Strategien psychosozialer Schädigung

Die Strategien psychosozialer Schädigung, die wir aufzeigen werden, haben zu tun mit dem Zustand ständiger Alarmbereitschaft, der Straflosigkeit und dem fehlenden Zugang zur Justiz und den Grundrechten, der Anwesenheit und Einrichtung des Militärs und der Polizei, deren Ziel die soziale Kontrolle ist. Sicher müßten einige Aspekte vertieft werden, aber die CCIODH möchte lieber mehr Elemente erwähnen, um den Kontext und die Auswirkungen, die dieser auf das Alltagsleben der betroffenen Personen hat, analysieren zu können. Schauen wir uns die Strategien psychosozialer Schädigung an, die verbunden sind mit:

- Strategien der Kontrolle der Bevölkerung. Präsenz von Militär und Paramilitärs
- Willkürliche Verhaftungen, Erfindung von Straftaten gegenüber Mitgliedern sozialer Organisationen
- Angriffe, Folter und Mißhandlungen
- Bedrohungen und Bedrängung

Strategien der Kontrolle der Bevölkerung. Präsenz von Militär und Paramilitärs

Eine Strategie dauernder Überwachung verursacht in den Gemeinden ein Gefühl von Bedrängung, Eindringen in das private Leben, Unsicherheit, Angst, sowie die Aktivierung von ständigen Schutzmechanismen und das exzessive Verwenden von Energie auf die Reorganisation des Lebens der Gemeinde, was die Lebensqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde herabsetzt.

Interview 84. Anonyme Zeugenaussage von ehemaligen Gefangenen (BAZ)

"Nun, wir wissen, daß es Gemeinden gibt, die jedesmal erschrocken sind, wenn es Militärbewegungen gibt, und wir sehen manchmal, daß die *compañeras* Wasser holen gehen, Holz sammeln, auf der Landstraße, nun, manchmal leiden wir unter den Militärs, weil die Leute hier gewohnt sind, [aus den Dörfern] rauszugehen und Holz zu sammeln, Mais zu holen, manchmal unterstützen die Männer die Frauen dabei."

Diese Überwachung besteht in den Militärcamps in der Nähe der Gemeinden und in den Drohungen von paramilitärischen Gruppen, was die Einzelnen in ständige Alarmbereitschaft versetzt und als Bedrohung sowohl ihrer physischen Integrität als auch die ihrer Familien sowie ihrer Einkommensquellen und Lebensgrundlagen empfunden wird.

Interview 24. Autonome Bezirk San Pedro Polhó (zapatistische Unterstützungsbasen)

"(...) Jetzt zur Strategie, die diese Cardenisten zusammen mit den Paramilitärs von Los Chorrros benutzen. Sie bauen ihre Häuser, um sich der Bank zu bemächtigen. Und sie werden sie dann womöglich kontrollieren... nun, wir wissen nicht, wie es enden wird, aber die Situation ist latent (...)"

Es schränkt die Aktivitäten des Gemeindelebens erheblich ein, verhindert die Entwicklung und die Aufzucht der Kinder in einer Umgebung, in der sie sich geschützt fühlen. Es schafft Feindschaft, nicht nur in offener Form in der Gemeinschaft, sondern als eine Lebensform, und aktiviert Überlebensmechanismen in der eigenen Gemeinde, wie eine Gegen-Überwachung, und verringert so die Möglichkeit der Erholung und Hingebung an die alltäglichen Aktivitäten.

Interview 25. Flüchtlingslager im Autonomen Bezirk Polhó (zapatistische Unterstützungsbasen)
"Es schädigt die Organisation der Gemeinde, weil es das Gemeindeleben zerstört; der heilige Ort wird nicht mehr respektiert, da die Leute nicht mehr hinkommen, weil er von Paramilitärs kontrolliert wird. Andererseits kannten die Frauen früher keine Soldaten mit ihren Waffen, man konnte sich frei bewegen, und seit der Einrichtung der Militärlager haben die Leute Angst. Da die Situation nicht gelöst wurde (der Staat muß durch den bewaffneten Aufstand erkennen, daß die Situation nicht gelöst wurde), wird das Gemeindeleben der Völker zerstört."

Willkürliche Verhaftungen, Erfindung von Straftaten gegenüber Mitgliedern sozialer Organisationen

Das Schema der Repression gegen Mitglieder sozialer Bewegungen, das wir in vorhergehenden Kapiteln dargelegt haben und das sich in willkürlichen Verhaftungen, Erfindung von Straftaten und Haftstrafen äußert, trifft die Gemeinden, in denen diese Menschen aktiv sind, in ihrem Kern, wie auch ihre Familien.

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)
"Es sind politischen Gefangene, weil sie hier auf ihrem Land kämpfen, in ihren Dörfern, in ihrem Stadtviertel, aber die Regierung, die kleinen Beamten der Regierung... Hier in Chiapas organisieren sie die Gruppe der Paramilitärs, die die Organisation angreifen, die den sozialen Kämpfern Straftaten unterschieben, sie sind es. Auf Befehl von eben dieser Regierung."

Es gibt Fälle von willkürlichen Verhaftungen ohne Haftbefehl, bei denen die Beteiligung der beschuldigten Personen an den ihnen unterstellten Straftaten nicht klar ist und die dennoch kurze oder lange Haftstrafen verbüßen.

Interview 40. Julio César Méndez Luna (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)
"Nichts, es gab keinen Haftbefehl gegen mich, nichts, ich wiederhole, sie haben mich hierher gebracht, und danach haben sie mich hier eingesteckt. Außerdem war ich hier drei Tage in der Sonne, völlig versengt, sie sagen, es ist, damit wir lernen, uns da draußen nicht aufzulehnen, das hat uns der Direktor gesagt, ich weiß nicht mehr, wie er heißt, weil ich schon sieben Jahre und sechs Monate hier bin."

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez (zapatistische Unterstützungsbasen), Gemeinde Betel Yochib
"Als sie uns die Schuld gegeben haben, haben sie meinen Bruder ergriffen und ihn an einen Mast gehängt und ihn gefoltert. Sie haben ihm die Augen verbunden und ihn geschlagen, zwei Tage lang."

Angriffe, Folter und Mißhandlungen

Wenn es bei Verhaftungen, Transport, Verhören oder im Gefängnis jederzeit Folter und Angriffe geben kann, führt das zu einer Situation völliger Hilflosigkeit, die auf die Erniedrigung und Brechung der Person abzielt.

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)
"Gleichzeitig beschuldigt mich der Präsident Hernando González, daß ich die Leute der Organisation, der EZLN anleite, daß ich Anführer der Guerilla bin. Bei der Folter fragten sie mich mehr über die Organisation, nicht über die Entführung; sie haben mich gezwungen, Dokumente zu unterschreiben, von denen ich nicht weiß, worum es geht. Ich wurde geschlagen, erniedrigt, ich war Opfer von Mißhandlungen durch die Staatsanwaltschaft."

Interview 40. Juan Vázquez Gutiérrez (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)
"(...) sie haben mich ergriffen, ich war nur kurze Zeit bei der Staatsanwaltschaft, dort haben sie mich gefoltert, mit einer Tüte über den Kopf gestülpt, mir eine Erfrischung gegeben, damit ich sage, daß ich schuldig bin ..."

Interview 84. Interview 84. Anonyme Zeugenaussage von ehemaligen Gefangenen (BAZ)
"(...) Und sie haben angefangen, uns zu schlagen. Hier haben sie mich geschlagen Als es angeschwollen ist, haben sie mich immer noch geschlagen. 'Rauf auf den Wagen, aber schnell.' Meinen Bruder haben sie auch geschlagen. 'Wir haben nichts gemacht. Wir sind nicht betrunken' Als wir beim Gefängnis ankamen, haben sie uns die Schuhe weggenommen, den Gürtel. Sie haben uns noch mal geschlagen. Sie nehmen mir den Schuh weg, sie haben ihn weggenommen, so daß ich hingefallen bin. Mein Bruder hat sich verletzt. 'Behandeln Sie uns nicht so', sage ich ihm. 'Ich bin ein Mensch, behandeln Sie uns nicht wie Tiere'...."

Zeugenbericht 95. Eliseo Silvano Espinoza (BAZ) Gefängnis Nr. 17 Playas de Catazajá (freigelassen am 9.2.2008)
Nichts, sie haben nicht nur mich geschlagen, sondern auch meinen Vater, mit der Pistole, auf ihn geschossen (...) Sie haben auch auf mich geschossen, aber ich bin gesprungen, sie haben zweimal auf mich geschossen, aber ich bin zweimal gesprungen, dann hat mein Vater geschossen(?), ich habe die Pistole genommen, damit sie nicht mehr auf meinen Vater schießen" [Anm.d.Ü.: wie schon im Kapitel 5 erwähnt, spricht der Sohn schlecht spanisch; daher bleiben die Bezüge etwas unklar)

Drohungen und Feindseligkeiten

Interview 53. Gemeinde Linda Vista im *Caracol* Morelia (zapatistische Unterstützungsbasen)
"Er sagt, er stammt aus dem Dorf in den Bergen des Bezirks Olga Isabel, welches auch die Klage erhebt, daß Leute aus Betel Yochib, die eine Gruppe PRListen sind, dorthin gekommen sind, wo sie wohnen, besetztes Gebiet mit dem Namen Linda Vista, daß die PRListen zu ihnen kamen und Häuser gebaut haben, wo sie wohnen, und sie bedrohen, daß sie ihre Häuser zerstören werden, daß sie ihnen alles wegnehmen werden, was sie haben, ihr hab und Gut, daß sie es auf die Landstraße schmeißen werden, das haben sie gesagt."

Zeugenaussage 81 (anonym)
"(...) sie wußten schon, daß ich in 24 de Diciembre als Beobachter war, und haben begonnen, mit mir darüber zu reden. Vor allem ein Mann, der am wenigsten betrunken war und sich als Miguel Cruz Hernández vorgestellt hat, Autorität aus Nuevo Ejido Gracias a Dios (...) Wir haben mehr oder weniger ruhig weitergesprochen. Dann haben sie angefangen, mich schief anzusehen, zu rufen, die anderen Betrunkenen von Nuevo Momón, und haben mich bedroht. Da es eine Reise von einer Stunde war, haben sie mich in der zweiten halben Stunde mehrmals bedroht, daß sie mich sofort töten würden, weil wir alle Gringos [US-Amerikaner oder auch Europäer] seien, Freunde der Compas [d.h. der Zapatisten]... und weil sie betrunken waren, wußte ich ehrlich gesagt nicht, wie es tatsächlich war, ob sie Waffen hatten oder nicht, man hat nicht gesehen, ob sie Macheten hatten, und sie haben weiter gesagt, wir wollten ihnen ihr Land wegnehmen. Sie wollen das Auto anhalten und mich umbringen, aber zum Glück waren sie zu betrunken und haben mir nichts getan (...)"

8.2. Auswirkungen auf individueller Ebene

Abgeleitet von den Strategien der sozialen Schädigung, sind die Auswirkungen, die sich bei den Leuten zeigen:

- Verlust von Freiheit und Autonomie
- Angst, Verletzlichkeitsgefühl, Unsicherheit
- dauernder Alarmzustand
- Traumatische Rückerinnerungen
- Ermüdung

Verlust von Freiheit und Autonomie

Der Freiheitsentzug bringt beim Individuum ein Gefühl von Schutzlosigkeit und Verlust der Autonomie mit sich; in den Fällen offensichtlicher Unschuld sind die Effekte besonders schwer zu überwinden.

Interview 40. Juan Vázquez Gutiérrez (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"Nun, wenn wir die Straftat begangen hätten, derer wir beschuldigt wurden, wären wir uns dessen bewußt. ich sage, wenn ich et täte, wäre ich mir bewußt, daß ich dafür zahlen muß, ich habe diesen Fehler begangen, aber wenn nicht, dann tut uns das weh, die Familie zu verlieren, alles zu verlieren. Und viele von uns haben sie ohne Grund für viele Jahre eingesperrt."

Diese Menschen leiden unter einer doppelten Isolierung, durch die extrem harten Lebensbedingungen (Zellen, Hygiene, Nahrung, persönliche Behandlung, Entwurzelung) und durch die Trennung von ihrer Familie.

Interview 119. Kollektives Interview mit Angehörigen der Gefangenen

"Zeuge 1: Nun, jetzt leidet er sehr, weil er sagt, als er bei seiner Frau war, waren sie glücklich... das heißt, der Mann hat sich darum gekümmert, Sachen herzubringen, Geld, all das, und jetzt leidet er (oder sie?) sehr, unterhält die Familie, er hat das gerade erwähnt, leidet sehr, sagt er, Sie werden sehen, daß er weint. (...)

Zeuge 2: Und jetzt leidet er wegen seiner Tochter. Es sind zwei minderjährige Kinder, der Junge und das Mädchen. Und wegen der gleichen Situation sagt er jetzt ... sie lernen, aber er sagt, sie sind in einem Haus, das nicht das ihre ist, weil er, als es das Problem gab, das Haus verkauft hat. Jetzt hat er nichts, sie sind zur Miete, sie haben nichts, sagt er. Sie sind völlig auf der Straße. So ist die Situation jetzt."

Angst, Gefühl der Verletzlichkeit, Unsicherheit

Wenn es bei Verhaftungen, Transport, Verhören oder im Gefängnis jederzeit Folter und Angriffe geben kann, erleiden die Betroffenen psychologische Auswirkungen wie Beklemmung, Erstickungsgefühle oder ständige Furcht. Angesichts der Verletzbarkeit und Straflosigkeit, sowie der Gefahr, den Angriffen oder Schlägen erneut ausgesetzt zu sein, kann die Angst zu einer emotionalen Blockierung führen. Die andauernde Folter – dauernde Schläge, Strafzellen, Bedrohungen – bricht die Identität der Betroffenen. Es gibt einen physischen Kontrollverlust über sich selbst und das Gefühl, nicht zu existieren, nicht zu verstehen.

Interview 57. Gemeinde Betel Yochib (zapatistische Unterstützungsbasen)

"Ich habe Angst, erneut angegriffen zu werden (...) daß sie auf mich zeigen (...) daß ich erneut gefangengenommen werde."

Interview 72. Isaias (zapatistische Unterstützungsbasen)

"weil ich auch Angst hatte, danach, es ist so... alle ihr Kinder, meine Kinder, wollen sie festnehmen, besser nicht gehen."

Interview 95. Eliseo Silvano Espinoza (BAZ), Gefängnis Nr. 17 Playas de Catzajá (freigelassen am 9.2.2008)

[bezogen auf das, was er während des Transports zum Gefängnis und nach der Folter gedacht hat]
"wenn ich dort ankomme, werde ich sterben"

Interview 33. BAZ der Gemeinde Sok'on – Autonome Bezirk Zinacantan

"Aber Nachig sitzt auf seinem Maultier und nützt aus, daß sie in der Mehrzahl sind. Wir haben Angst, weil sie sich versammeln und Zerstörungen machen und niemand ihnen etwas sagt, niemand hat ihnen etwas gesagt."

Dauernder Alarmzustand

Interview 49. Pablo Silvano Jiménez (zapatistische Unterstützungsbasen), Gemeinde Betel Yochib

"Sie lassen uns nicht gehen, sie lassen uns nicht arbeiten, sie lassen uns nicht... und verfolgen uns, bis heute. Sie lassen uns nicht gehen. Sie lassen uns weder gehen noch arbeiten, weder zu den Felder, noch Nahrungsmittel holen. Sie verfolgen uns überall."

Interview 71. Rat der Guten Regierung Morelia

"Am Straßenrand (...) dort sind drei Patrouillen der Öffentlichen Sicherheit stationiert, er muß vorbei, um zu seinem Haus zu kommen, (...) er fährt auf dem Fahrrad, die Sektor hat ihn dreimal festgenommen, haben ihn auf Waffen untersucht oder auf irgend etwas, woraus sie ihm eine Straftat hätten machen können. Ein anderes Mal haben sie ihn verfolgt (...) sie haben die Gelegenheit genutzt, ihn zu verfolgen, zum Glück konnte er wegrennen und sein Leben retten. Sie haben ihn bis zum Gipfel eines Felsens verfolgt (...) mit Waffen, und sie haben fünfmal auf ihn geschossen, ihn aber nicht getroffen."

Traumatische Rückerinnerungen

Interview 102. Gemeinde Choles de Tumbalá. Autonomer Bezirk El Trabajo

"Die Sektorial- und die Bezirkspolizisten von Palenque waren sehr aggressiv und anmaßend, mit groben Worten: sie sagten, wir Zapatisten seien nichts wert, und wenn wir geantwortet oder unsere Sachen verteidigt haben, haben sie gesagt, daß wir bestraft werden, das haben die Sektorialpolizisten gesagt... Das ist das, was meinem Dorf Choles de Tumbalá, autonomer Bezirk El Trabajo, passiert ist, es ist traurig, was meinen compañeros passiert ist, und nie werden wir es vergessen, wer diese schlechte Tat begangen hat, die schlechte Regierung, weil sie uns hat demütigen und einschüchtern lassen (...)"

Ermüdung

Es werden Situationen geschaffen, in denen die Leute immer wieder in Rechtsprozesse verstrickt werden, in denen es keine Fortschritte und keine Ergebnisse gibt. Die Kläger werden in den Prozessen erstickt, was dazu führt, daß sie anderer Wege suchen, sich Gehör zu verschaffen, sofern sie die Unterstützung einer Gruppe haben, oder einfach resignieren. Durch die Wiederholung der Ungerechtigkeit treten Ermüdungserscheinungen auf.

Interview 22. Leitung der Abejas

"will (...) die Zeugen neu vernehmen, und ich glaube, daß hier alle Brüder und Schwestern erzählen können, wie viele Male sie schon in San Cristóbal und Tuxtla als Zeugen vorgeladen wurden, zehn Jahre lang mußten sie eins ums andere mal hingehen (...) um immer wieder ihre Geschichte zu wiederholen. Und jetzt, zehn Jahre später, sagen sie, daß die neue Staatsanwaltschaft eröffnet wird und sie schon wieder aussagen müssen. Nun, ich glaube, sie können hingehen, so oft sie wollen, und ihre Aussagen nützen nichts"

Interview 22. Leitung der Abejas

"Ich bestätige, was die compañeros gesagt haben, es ist wahr, was sich bisher gezeigt hat, wir fühlen, daß die Regierung uns benutzt hat wie irgend eine Person, die unsere Worte sehr ernst nimmt, die denkt, daß wir sie täuschen, aber wir sprechen die Wahrheit."

8.3. Auswirkungen auf familiärer und kollektiver Ebene

Die Auswirkungen auf familiärer und kollektiver Ebene teilen sich auf in:

- Zerschlagen des sozialen Geflechts und Auseinanderfallen der Bewegungen
- Zerfallen des Familienkerns
- Mißtrauen gegenüber den Institutionen

Zerschlagen des sozialen Geflechts und Auseinanderfallen der Bewegungen

Das Zerschlagen des sozialen Geflechts und Auseinanderfallen der Bewegungen, die ihre Rechte einfordern, geht insofern vonstatten, daß sie ihre Energie, ihre Ressourcen und ihre Mobilisierungen auf die Verteidigung der angegriffenen Person(en) konzentrieren.

Interview 117. Emiliano (zapatistische Unterstützungsbasen)

"Ich gehöre zu einer Organisation, und immer, wenn jemand zu einer Organisation gehört, wird er von der Regierung schlecht angesehen, ist für die Regierung ein Feind, sie suchen Mittel und Strategien, um sie fertigzumachen oder verschwinden zu lassen oder einzusperren. (...)

Er hat also als Bezirkspräsident begonnen, die Leute zu unterdrücken, oder besser gesagt versucht, uns zum Schweigen zu bringen, zu desorganisieren, hauptsächlich indem er die Leute kauft (...) Das war also das Problem, daß er Wege gesucht hat, wie er spalten kann."

Zerfallen des Familienkerns

Die Spaltung, Konfrontation, Vertreibung, Freiheitsentzug bringen eine Veränderung der Struktur und Rollenverteilung innerhalb der Familie mit sich. Die Familien sind dadurch stark betroffen, und die Situation verschärft sich noch durch die Anwesenheit von Militär und Paramilitärs.

Interview 119. Kollektivinterview mit Angehörigen von Gefangenen

"Leider blieben seine beiden Kinder schutzlos. Die Familie wurde völlig zerstört. Er hat ein Mädchen und einen Jungen, der kaum die Grundschule hat. Die Frau ist mit einem anderen Mann weggegangen und hat ihre beiden Kinder zurückgelassen (...)"

Interview 119. Kollektivinterview mit Angehörigen von Gefangenen (Fall Antonio Ruiz Pérez)

"Ja, sie haben Familie. Er hat eine Frau und sechs Kinder. Und weil seine Familie allein ist, haben sie nicht das Geld, hier zu dem Treffen zu kommen, darum helfe ich ihnen, um zu wissen, wie die Situation ist, deshalb komme ich hierher zum Treffen, weil seine Frau dort leidet, weil die Frau das Kaffeefeld hat, mit ihren Kindern lebt, sie können nichts machen, weil sie allein sind (...) nun, sie leiden."

Interview 119. Kollektivinterview mit Angehörigen von Gefangenen (Roselia López Cruz)

"... als sie mit ihrem Mann zusammengelebt hat, hat sie sich um die Küche gekümmert, hat Tortillas gemacht, das Essen gekocht, während ihr Mann sich um das Feld gekümmert hat (...) jetzt geht die Frau auf das Feld, und abends macht sie Tortillas, und dann erst fängt sie an zu essen, weil sie nicht genug Zeit hat, ihre Sachen zu erledigen (...) von sieben oder acht Uhr morgens bis um drei oder vier Uhr nachmittags ... sie kommt vom Feld zurück nach Hause, um die Kinder zu sehen, Wäsche zu waschen (...) jetzt hat sie doppelte Arbeit oder man kann sogar sagen dreifache (...)"

Interview 130. Felipe Hernández (Bauernorganisation aus Venustiano Carranza)

"(...) 'Gehen wir zur Grundschule, wo meine Frau arbeitet, um ihr meinen Jungen und meine Habseligkeiten zu übergeben, und danach nimmst du mich mit'. Aber es ist nicht so passiert, sie haben mich auf den Wagen gehoben, während ich meinen Jungen getragen habe (...) Frauen, die mich kannten, haben gesagt: Lehrer, wir nehmen das Kind mit, aber die Polizisten (...) haben es mir nicht erlaubt (...) wir wurden beide festgenommen (...) es gibt in keinem Land der Welt ein Gesetz, das erlaubt, illegal ein minderjähriges Kind festzuhalten, das gerade im ersten Jahr der Grundschule ist (...)"

Interview 119. Kollektivinterview mit Angehörigen von Gefangenen

"Jetzt sind sie im Haus, weil sie ein Haus haben, und weil ich ihr Angehöriger bin, ich bin ihr Onkel, habe ich dort meinen Vater und wir sehen nach ihnen, wie es ihnen geht, ob sie zu essen haben und all das ... jetzt sind sie allein, sie haben weder Vater noch Mutter. Dort sind sie."

Mißtrauen gegenüber den Institutionen

Die Situation allgemeiner Straflosigkeit bringt ein Fehlen der Garantie mit sich, daß wirklich Gerechtigkeit waltet und die einzelnen Fälle dadurch geklärt werden können. Alle Einrichtungen der Regierung, der Justiz und der Sicherheitskräfte sind für diese Situation verantwortlich, sei es durch Handeln oder durch Unterlassung.

Interview 22. Leitung der Abejas

"Wir wissen nicht, wie lange wir noch Gerechtigkeit einfordern werden, und uns ist klar, daß auf allen drei Ebenen der Regierung, alle, die auf nationaler Ebene mit dem Massaker zu tun hatten, frei herumlaufen, ohne Anwendung der Justiz. Gleichfalls sind auf bundesstaatlicher Ebene alle frei, die mit dem Massaker zu tun hatten. Wieviel Zeit ist vergangen, zehn Jahre, ohne Gerechtigkeit zu finden, und was wir sehen, ist Straflosigkeit."

Interview 78. Maderas del Pueblo del Sureste. Miguel Ángel García

"Den Symptomen nach scheint es so, daß jemand in der Regierung gedrängt hat, denn es gibt keinerlei Bestrafung, völlige Straflosigkeit. Das einzige, was erreicht wurde, ist, daß sie diejenigen freigelassen haben, die zu Unrecht eingesperrt waren."

Interview 23. Vertriebene von Tzanembolón in Acteal

"(...) es ist weiter traurig, mit Tränen, mit dem Gedanken, daß wir von seiten der Regierung des Bundesstaats und vom Präsidenten von Mexiko sehr vergessen werden. Obwohl wir Gerechtigkeit fordern, geben sie uns etwas anderes. Wenn wir um Brot bitten, wie können sie Steine nach uns werfen."

Interview 117. Emiliano (zapatistische Unterstützungsbasen)

"Und am Ende, als nur noch zwei Tage blieben, ehe sie uns hier rausholten, lernten wir den Direktor kennen. Und es hatte mehrere Empfehlungen von seiten des Direktors gegeben, also hatten wir mehr Wut. Er sagte uns: 'hier kann man nichts machen, hier kann niemand rein, nicht einmal de Gouverneur kommt hierher, niemand. Nur wir befehlen hier, und wir machen, was wir wollen, hier gibt es keine Autorität, nichts. Hier wird dem gehorcht, was wir befehlen, oder...' er hat uns mit dem Tod bedroht (...)"

Interview 114. Marta Morales (Angehörige eines Gefangenen)

"(...) Also sind wir losgegangen, um Geld zu leihen, aber nein, wir haben keines bekommen. Wir haben diese Menge nicht bekommen, und wir haben mit meinem Sohn geredet, schau Junge, wir bekommen das Geld nicht, der Anwalt will für den Anfang 5000 Pesos. Er hat mir gesagt: 'Nein, Mama, Sorge dich nicht, wenn ihr die 5000 Pesos nicht zusammenbekommt, (...) Was der Anwalt sagt, klar daß er sagt, für den Anfang 5000 Pesos, sie werden immer mehr und mehr verlangen, und ihr werdet am Ende auf der Straße sitzen, vielleicht das Haus verkaufen, oder was ihr machen könnt'. Ja, sag ich ihm. 'Das muß nicht sein, ich bleibe hier' hat mein Sohn gesagt (...)"

Das fast allgemeine Mißtrauen, das die Personen gegenüber den Institutionen haben, gefährdet die Wege der demokratischen Beteiligung schwerwiegend.

8.4. Strategien des individuellen und kollektiven Umgangs mit den psychischen Problemen

Hinter all diesen Berichten stehen traumatische Erfahrungen, aber auch individuelle und kollektive Strategien, damit umzugehen.

Die CCIODH konnte Mechanismen der persönlichen Bestätigung und der gegenseitigen Unterstützung, den Aufbau von Bändern der Solidarität und aktiven und organisierten sozialen Protagonismus beobachten.

Sogar in Situationen, die sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene als extrem anzusehen sind, bewahren die Menschen die Würde, bestätigen sich und knüpfen die sozialen Netzwerke neu, um in ihren Lebensprojekten voranzukommen.

Aktives Handeln und sich nicht zum Opfer machen lassen

Interview 27. Gemeinde Cruztón. Bezirk Venustiano Carranza

"Aber Gott sei Dank kennen wir heutzutage Organisationen, sind wir organisierter, haben mehr Kraft, wie wir uns orientieren können, wie wir um ein Recht kämpfen können, um das wir nie gekämpft haben."

Unterstützung und Solidarität

Interview 19. Frauenorganisationen von Chiapas

"(...) es ist ein Zentrum ... hier sind einige seiner Gründerinnen (...) deren wichtigste Aktivität, oder Ziel, oder Mission ist, eine neue Kultur der Menschenrechte zu fördern. Ein Teil dieser Mission und dieses Ziels ist auch die Unterstützung in der Verteidigung der Frauen, die in ihren Menschenrechten verletzt werden."

Interview 27. Gemeinde Cruztón. Bezirk Venustiano Carranza

"Wir müssen unser Vertrauen in die Leute setzen, von denen wir sehen, daß sie uns wirklich unterstützen, und wir müssen weiterkämpfen bis Gott weiß wann, und wir werden sehen, wie weit wir kommen."

Beharrlichkeit bei den Forderungen nach Wiedergutmachung der Schäden

Interview 22. Leitungsgremium der Abejas

"(...) wir sind schon müde, aber ich, ich fordere auch Gerechtigkeit, daß die Regierung uns Gerechtigkeit hierher schickt, das ist uns dringend..."

Bestätigung im sozialen Kampf

Interview 40. Tiburcio Gómez Pérez (Andere Kampagne). Voz de los Llanos. Gefängnis Nr. 5 (freigelassen am 31.3.2008)

"(...) immer werden wir versuchen, es voranzubringen, besser kämpfend sterben als auf seiten der schlechten Regierung sterben. Wir werden immer kämpfen, das ist alles ..."

9. Menschenrechte

9.1. Verletzungen individueller und kollektiver Menschenrechte

Zweifellos gehört Mexiko zu den Ländern, welche die meisten internationalen Verträge im Gebiet der Menschenrechte vorangetrieben, unterschrieben und ratifiziert haben. Ohne abzuschweifen kann man sagen, daß Mexiko das Privileg genießt, als erstes Land die Präsidentschaft des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen innezuhaben, eines Organs, das seit 2006 dafür Verantwortung trägt,

“den universalen Respekt für den Schutz aller Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten für alle Menschen ohne Unterschied, auf gerechte und gleiche Weise zu fördern”.

Im klaren Gegensatz zu dem, was Mexiko auf internationaler Ebene wissen läßt, ist es deutlich, daß die durch die CCIODH durchgeführte Beobachtungsaufgabe auf besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen hinweist, deren Verantwortliche, direkt oder indirekt, die Institutionen selber sind.

Ein schnelles Überfliegen des Themas der kollektiven Menschenrechte, welches angrenzt an das der individuellen, deren Gültigkeit besonders dann bedroht ist, wenn es sich um Mitglieder indigener Völker handelt, würde uns zum *Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* führen, welches 1965 verabschiedet wurde. Diese definiert in ihrem ersten Artikel Rassendiskriminierung, was ihre Effekte anbelangt, als:

“jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, daß dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.”

Zweifellos ist unter den internationalen Regelungen der Menschenrechte der wichtigste Rechtssatz für die indigenen Völker der *Artikel 1.1 der Internationalen Pakte über die Zivilen und Politischen Rechte und über die Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Rechte* (beide 1966):

Artikel 1.1: “Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Die Last und das Potential dieses Satzes springen ins Auge. Vor allem wird er an den Beginn der internationalen Anerkennung einer Reihe universaler Rechte gestellt, das heißt, er wird als eine Art Vorbedingung hingestellt, mit der, auch wenn es später keine größeren Konsequenzen hat, die Bedeutung hervorgehoben wird, welche die Freiheit und Würde der Völker in Bezug auf die Freiheit und die Würde der Personen hat. Es handelt sich darum, wie die UNO selber lehrt, zu verstehen, daß *“die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Beherrschung und Ausbeutung” als “eine Vorenthaltung der fundamentalen Menschenrechte” angesehen werden muß (Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker, 1960).*

Was spezifisch die Rechte der indigenen Völker anbelangt, war Mexiko eines der ersten Länder, welche die *Vereinbarung 169 der Internationalen Arbeitsorganisation* über indigene Völker innerhalb unabhängiger Völker ratifiziert hat. Diese Vereinbarung legt fest: *“Die eingeborenen und in Stämmen lebenden Völker müssen in den vollen Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Behinderung oder Diskriminierung kommen” (Artikel 3).* Ihr fünfter Artikel setzt in der Anwendung der Verfügungen des Abkommens die Pflicht, *“ist die Unversehrtheit der Werte, Gepflogenheiten und Einrichtungen dieser Völker zu achten”.* Der Artikel 6a) seinerseits verpflichtet die Regierungen, *“die betreffenden Völker (...) zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden”.* Schließlich enthält der Artikel 7 das Recht der Völker, *“ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozeß (...) festzulegen”.* Und das ist noch nicht alles, sondern die Vereinbarung geht einen Schritt in einer wirklich kniffligen Frage voran, nämlich der Anbindung des Rechtes auf Land an das Recht auf Territorium und Umwelt,

d.h. im Sinne von Rechtsprechung und nicht nur von Besitz oder Privateigentum einer bestimmten Menge an Hektar. Konkret verfügt sie im Artikel 13, daß die Staaten, die sie unterschrieben haben, sich dazu verpflichten:

“die besondere Bedeutung, die die Beziehung der betreffenden Völker zu dem von ihnen besiedelten oder anderweitig genutzten Land (...) für ihre Kultur und ihre geistigen Werte hat, und insbesondere die kollektiven Aspekte dieser Beziehung, zu achten.

2. Die Verwendung des Ausdrucks „Land“ in den Artikeln 15 und 16 schließt den Begriff der Gebiete ein, der die gesamte Umwelt der von den betreffenden Völkern besiedelten oder anderweitig genutzten Flächen umfaßt.

Als Schlüssel der angenommenen Rechte beginnt die *Vereinbarung Nr. 169* mit der Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung (*Artikel 3*), obgleich sie die Nuance hinzufügt, daß die nationale Integrität der Staaten nicht in Frage gestellt werden könne: *“Die Verwendung des Ausdrucks „Völker“ in diesem Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden, als hätte er irgendwelche Auswirkungen hinsichtlich der Rechte, die nach dem Völkerrecht mit diesem Ausdruck verbunden sein können.”* (*Artikel 1, Absatz 3*) Schließlich ist Mexiko einer der Förderer der Debatten gewesen, welche nach mehr als 10 Jahren der Diskussion zur Bewilligung der *Allgemeinen Erklärung der Rechte der Indigenen Völker* geführt hat. Auch wenn dieser Text an sich nicht die Kapazität hat zu verpflichten, enthält er die fortgeschrittenste Regelung, was kollektive Rechte indigener Völker anbelangt. So ist es: der größte Teil der anerkannten Rechte sind kollektive Rechte der indigenen Völker als kollektiver Subjekte; anerkannt werden ihr Recht auf freie Selbstbestimmung (*Art. 3*); die Forderung einer *“vorausgehenden freien und informierten Zustimmung”* vor jeder Handlung, die ihre Interessen betreffen kann; das Recht, nicht von ihren Gebieten vertrieben zu werden; ihre eigenen Strategien und Prioritäten in Bezug auf Entwicklung zu bestimmen (*Art. 23*); das Recht auf die Ländereien, Territorien und Ressourcen, welche sie traditionell besessen haben (*Art. 28*) und das Recht, ihr kulturelles Erbe und traditionelles Wissen, verstanden als menschliche und genetische Ressourcen, zu bewahren, zu kontrollieren und zu entwickeln (*Art. 31*).

Nun, wie die CCIODH ausgehend von den Zeugenberichten und der durchgeführten Beobachtung anhand von Beispielen ausgeführt hat, ist sie zum Verständnis gelangt, daß die aus den eben gezeigten internationalen Texten entnommenen kollektiven Rechte der indigenen Völker Gegenstand permanenter Verletzungen aufgrund institutioneller Verantwortung, sowohl durch Taten, als auch durch Unterlassungen, sind. So bedeuten die vielen Fälle von Angriffen auf zapatistische Unterstützungsbasen eine klare Verletzung des Rechtes indigener Völker auf freie Selbstbestimmung, wobei ein solcher Angriff sich auf Mitglieder autonomer Bezirke bezieht. Dazu müssen die Konflikte hinzugezählt werden, welche den friedlichen Zugang zum Land und zu den Hauptressourcen behindern, welche sie dabei behindern, die eigenen Prioritäten für Entwicklung zu setzen und Entwicklungsprogramme durchzuführen, und welche sie direkt betreffen und verletzen, ohne daß Rechtswege existierten, welche es ihnen erlauben würden, über eine vorherige, freie und informierte Zustimmung zu entscheiden und diese zu geben.

Die genannten Verletzungen sind so schwer und systematisch, daß sie uns, wenn sie nicht korrigiert werden, in eine Situation des Ethnozides bringen könnten. In diesem Sinne, falls ein solcher Fall eintritt, sollte man sich sogar auf die *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* (1948) berufen, die in ihrem zweiten Artikel verfügt:

“In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;*
 - b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;*
 - c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;*
 - d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;*
- (...)*

Was die Verletzungen der individuellen Rechte anbelangt, hat die CCIODH ebenfalls entdecken können, daß sowohl die politischen als auch die juristischen Behörden die Verpflichtung zur Einhaltung der in den internationalen von Mexiko ratifizierten Texten anerkannten Menschenrechte und Freiheiten verletzen. Im Grunde ist es die Entwicklung repressiver Vorgehensweisen, welche seit langem angewandt wurden und heute immer noch werden, worin die meisten Menschenrechtsverletzungen entdeckt werden.

Die durch zivile Gruppen mit jeweils entgegengesetzten politischen oder wirtschaftlichen Interessen ausgeführte Festnahme von Mitgliedern sozialer und indigener Bewegungen aufgrund falscher Beschuldigungen, wie die Verbreitung von Waffen und Drogen, oder die falsche Zuschreibung anderer Verbrechen von Seiten öffentlicher Funktionäre bedeuten die Verletzung des *“Rechtes, nicht einer willkürlichen Festnahme oder Inhaftierung unterworfen zu werden”*, welches in Art. 7.3 der *Internationalen Konvention der Menschenrechte* (IKM) und Art. 9.1 des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) anerkannt ist.

Um solche Rechtsverletzung zu verdecken, wird systematisch zum Mittel physischer Mißhandlung und in vielen Fällen grausamster Folterpraktiken gegriffen, um auf diese Weise selbstbeschuldigende Erklärungen zu erlangen. Diese Praktiken verletzen die *“Untersagung der Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Strafen”* gemäß Artikel 5.2 IKM, 7 IPbPR und 2.1 der *Anti-Folter-Konvention* (AFK). Bei anderen Gelegenheiten wird die Folter zur Einschüchterung der Festgenommenen benutzt, welche sofort danach ohne Beschuldigungen frei gelassen werden.

Neben diesen Praktiken, für welche die Hauptverantwortlichen die staatlichen und föderalen Exekutivorgane sind, erleichtern auch die geltenden Gesetze diese Situation. Wenn das chiapanekische Strafgesetzbuch ausschließlich die Verwendung der Folter, um *“den Angeklagten zum Aussagen (zu) zwingen”* (Art. 273), als solche erachtet, während die AFK als Folter auch jede Praxis definiert, welche gegen eine Person gerichtet ist, um *“um sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen oder um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen”*, würden die mexikanischen Behörden auch deren Art. 4.1 verletzen, in welchem u.a. steht: *“Jeder Vertragsstaat trägt dafür Sorge, daß nach seinem Strafrecht alle Folterhandlungen als Straftaten gelten.”* Im chiapanekischen Strafgesetzbuch erscheint Folter jedoch nur als *“Autoritäts-mißbrauch”*. Auf keinem anderen Gebiet hat die Benennung von Straftaten einen solchen Aussagewert. Die Folter bei ihrem Namen zu nennen und angemessen zu bestrafen, und nicht nur als Mißbrauch zu behandeln, bedeutet nicht nur, sie der Zielsetzung der Vorbeugung im Strafrecht zu unterwerfen. Vor allem bedeutet es, ihre Existenz anzuerkennen und den ersten Schritt zur Abschaffung dieser Praxis zu tun. Bezüglich dieser gesetzgeberischen Mängel erweisen sich die betreffenden Parlamente als die größten Verantwortlichen. In dem Maße, in dem diesen unter Gewalt vorgebrachten Aussagen in Gerichtsprozessen Beweiskraft zugesprochen wird, wird auch der Art. 8.3 IKM verletzt, in welchem vorgeschrieben wird, daß das *“Bekenntnis des Beschuldigten nur dann gültig ist, wenn es ohne Zwang, welcher Natur auch immer, ausgesprochen wird”*.

Gemäß dieser Logik erweist sich das Mittel des Gefängnisses als vorbeugende Maßnahme als drastischstes Instrument, welches systematisch und nicht als Ausnahme genutzt wird, um den Ausgang der Prozesse abzusichern. In diesem Sinne wird der Art. 9.3 der IPbPR verletzt, welcher festlegt:

“Es darf nicht die allgemeine Regel sein, daß Personen, die eine gerichtliche Aburteilung erwarten, in Haft gehalten werden, doch kann die Freilassung davon abhängig gemacht werden, daß für das Erscheinen zur Hauptverhandlung oder zu jeder anderen Verfahrenshandlung und gegebenenfalls zur Vollstreckung des Urteils Sicherheit geleistet wird.”

Die durch die CCIODH dokumentierten Fälle ergeben zahlreiche Beispiele von Personen, die für mehr als ein Jahr eingesperrt und schließlich freigesprochen wurden, ohne das irgendeine Verantwortung der Richter oder eine Entschädigung der betroffenen Personen daraus folgte. In diesen Fällen wird auch Art. 9.5 der IPbPR verletzt, in dem festgelegt wird: *“Jeder, der unrechtmäßig festgenommen oder in Haft gehalten worden ist, hat einen Anspruch auf Entschädigung.”*

Die Institution des *“arraigo”* erlaubt eine von der administrativen Behörde vorgenommene Festnahme ohne notwendige juristische Kontrolle und ohne Schuldzusprechung, gerade um die Suche nach letzterer zu erleichtern, für 30 Tage und bei juristischer Autorisierung für 30 weitere Tage. Die CCIODH hat eine Reihe von Fällen dokumentiert, in denen das Öffentliche Ministerium den Zugang des mittels des *Arraigo* Festgenommenen zu seiner Familie, zum Rechtsanwalt und zur medizinischen Betreuung beschränkt hat. Diese Situation erleichtert den Gebrauch von Folter, Einschüchterung und Zwang, um den so Festgenommenen unter Druck zu setzen und Geständnisse zu erreichen, wobei *allgemein* die fundamentalen Normen, um ein gerechtes Urteil zu garantieren, und *konkret* das *“Recht jeder festgenommenen oder zurückgehaltenen Person, unverzüglich zu einem Richter geführt zu werden”*, welches im Art. 7.5 IKM anerkannt ist, verletzt werden.

9.2. Strafflosigkeit und das Recht auf Gerechtigkeit

In unseren früheren Berichten schlußfolgerten wir, daß *“die institutionellen Strukturen unfähig waren, die Geltung des Rechtsstaates zu sichern, und wie die Gesellschaft in Chiapas und speziell die indigenen Gemeinden unter den Konsequenzen der allgemeinen (...) Strafflosigkeit”* litten. Die Elemente, die schon seit langem diesen Mangel an Willen und Fähigkeit der öffentlichen Institutionen zu einer echten Verwirklichung der Gerechtigkeit zeigen, sind vielfältig und deutlich.

An erster Stelle wurde die Unfähigkeit der juristischen Organe, die Strafflosigkeit der Verantwortlichen für die in unseren Berichten aufgelisteten Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, durch zahlreiche internationale Organisationen angeklagt, z.B. durch die Organisation der Amerikanischen Staaten in deren *Bericht der interamerikanischen Menschenrechtskommission über die Situation der Menschenrechte in Mexiko* von 1998. In diesem Sinne erklärte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, am Ende ihres Besuches in diesem Staat, *“daß hier aufgrund der Strafflosigkeit und der Militarisierung schwere Verletzungen der individuellen Rechte geschehen”*.

Tatsächlich sind in keinem der offenen Strafsachen, die diese Verletzungen untersuchen, die Verantwortlichen auf höchster politischer und militärischer Ebene juristisch zur Verantwortung gezogen worden. Manche wurden sogar durch die Regierung von Ernesto Zedillo belohnt, wie Julio César Ruiz Ferro, der zum Verantwortlichen der Abteilung für Landwirtschaft in der mexikanischen Botschaft in den USA ernannt wurde. Laut den Staatsanwälten wurden keine Beweise gefunden, welche die juristische Verantwortung derselben bestätigen. Dennoch werden die Elemente, welche solche Schlüsse unterstützen, ignoriert, und das trotz der Evidenz der Beweise, da – um uns nur auf den größten Verantwortlichen, Ernesto Zedillo Ponce de León, zu beziehen – im Dokument des Plans der Chiapas-Kampagne 94 (Plan de Campaña Chiapas 94) und seinem Anhang I.A.u. als Ziel anerkannt wird, *“einen Entwicklungsplan auszuarbeiten, welcher dem Präsidenten der Republik zur Überlegung unterbreitet wird”*.

In den Fällen der Nördlichen Zone ist die Strafflosigkeit mehr als offensichtlich, da die offenen Strafsachen sich nur auf acht der Opfer beziehen, so daß es von seiten der Verwaltungsorgane eine völlige Untätigkeit im Versuch gibt, die Fälle der restlichen 114 Toten oder Verschwundenen aufzuklären.

Die Strafflosigkeit ist auch im offenen Strafverfahren wegen der Morde in El Bosque offensichtlich. Ausgehend von den Ereignissen des 10. Juni 1998 erarbeitete die CNDH die Empfehlung 74/1998. In ihr wird die Problematik von zwei Sichtweisen aus betrachtet. Was die Verantwortung für die Todesfälle anbelangt, bezieht sich die Empfehlung auf die Weise, wie die Vorfälle geschahen; sie fordert nicht mehr, als daß nachgeforscht wird, um die Verantwortlichen zu finden. Was andererseits die Schäden betrifft, die Häusern zugefügt wurden, in welche die Armee eindrang oder sie ausraubte, schlägt die Kommission vor, daß eine administrative Aktion gegen die Verantwortlichen gestartet wird. Ausgehend von der Empfehlung der CNDH begann die Staatsanwaltschaft mit Untersuchungen, um genau zu bestimmen, wie die Geschehnisse waren. In dieser vorbereitenden Phase wurde entschieden, den Fall zu den Akten zu legen, indem abschließend festgestellt wurde, daß die Staatsbediensteten in legitimer Verteidigung gehandelt hätten, und daß es daher kein zu verfolgendes Verbrechen gebe; und so wurde für keinen der Funktionäre, die an der Hinrichtung der Bauern in El Bosque beteiligt waren, rechtliche Verantwortung gefordert. Das heißt, trotz der Beobachtung, daß die Geschehnisse als typisch angesehen werden könnten, wurde nicht entschieden, daß die mögliche Rechtfertigung derselben in einem mündlichen Urteil durch den Richter gelöst würde, sondern sie wurden in der Phase der Vorbereitung geschlossen, obwohl im Falle einiger der Toten deutliche Beweise dafür existieren, daß sie von hinten erschossen wurden.

Um die administrative Angelegenheit fortzuführen, wurde der Fall an die *Contraloría del Estado de Chiapas* [eine Kontrollinstanz] weitergegeben, welche den administrativen Vorgang 226/1998 startete. Diese endete mit der Schlußfolgerung, daß die für die Operation verantwortlichen Kommandanten, welche alle zur Polizei der öffentlichen Sicherheit gehörten, dafür verantwortlich waren, daß sie *“ihren Untergebenen erlaubt hatten, Vorgehensweisen durchzuführen, die den Personen bei den Geschehnissen am 10. Juni 1998 Schäden zufügten”*. Dennoch bestand die Strafe einfach nur in einer öffentlichen Ermahnung, d.h. einer einfachen Verwarnung.

Außerdem wird die Strafflosigkeit auch in der Empfehlung 1/1998 der CNDH offensichtlich, welcher sich auf die Ereignisse in Acteal bezieht und worin sich ein äußerst klares Verhaltensmuster zeigt, da – genauso wie im Falle der Zona Norte – die staatlichen Gewalten dazu verleitet wurden,

Verantwortung ausschließlich auf administrativem Wege zu fordern. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Regierung von Chiapas empfohlen – gegen jede Logik der Präferenz der Strafrechtsprechung und deren Prinzip der *vis atractiva* [Möglichkeit einer höheren Instanz, eine Streitsache an sich zu ziehen] – administrative Prozesse gegen eine gute Anzahl öffentlicher Funktionäre einzuleiten. Sogar in den offenen Disziplinarverfahren wurde in einigen Fällen die Tat als zu bestrafen deklariert, und in andern Fällen wurde von jeder administrativen Verantwortung freigesprochen.

Bei diesem sechsten Besuch hat die CCIODH beobachtet, wie die Anklagen gegen öffentliche Funktionäre für deren Verwicklung in dieses repressive Verhaltensmuster noch immer systematisch unbearbeitet bleiben. Obwohl die neue Regierung des Bundesstaats öffentlich ihren Willen bekundet hat, die staatlich Beauftragten, die am Fall von Agua Azul beteiligt waren, zu bestrafen – die CCIODH war bei ihrem Besuch Zeuge dieses Falles –, ist im Moment des Abschlusses dieses Berichtes noch nicht bekannt, worin ihre Lösung besteht, noch kann behauptet werden, daß die strukturellen Bedingungen, die im Laufe der Geschichte die Straflosigkeit abgesichert haben, beseitigt worden wären.

Die Ineffizienz der chiapanekischen Justizverwaltung wird nicht nur an der Straflosigkeit, die sie hervorbringt, erkennbar, sondern auch an der Form, wie sie funktioniert. Die CEDH selber erkannte bereits in der siebenten, an den Gouverneur von Chiapas gerichteten, Empfehlung des Berichtes vom 28. April 1999 die Ineffizienz, Parteilichkeit und unrechtmäßige Verzögerungen in der chiapanekischen Justizverwaltung an und empfahl "die Förderung einer administrativen Überprüfung der staatlichen Rechtsberatungsstelle, um genau den Grad an Effizienz, Unparteilichkeit und Zügigkeit festzustellen".

In diesem Sinn haben alle verantwortlichen öffentlichen Akteure der Justizverwaltung schon seit langem deutliche Zeichen der Ineffizienz offenbart. Auf der einen Seite erkennt die CEDH im zuvor erwähnten Bericht an, daß die Polizeieinheiten "nicht wirksam und effizient die Verbrechen untersuchen und verfolgen noch die Sicherheit der Regierten garantieren". Abgesehen davon haben andere offizielle Organe – sowie auch eine juristische Resolution – anerkannt, daß nicht nur Staatsbedienstete bei Verbrechen, welche durch Paramilitärs begangen wurden, herausgehalten wurden, sondern daß sie sogar aktiv mit diesen zusammengearbeitet haben. Auf der anderen Seite hat, wie wir eben festgestellt haben, die Staatsanwaltschaft Hinweise auf ihre mangelnde Wirksamkeit gegeben, unter anderem wegen ihrer administrativen Unfähigkeit, von ihren hierarchisch übergeordneten Stellen juristische Verantwortlichkeiten zu fordern, um die Taten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu qualifizieren oder sie aktenkundig zu machen – trotz existierender Beweise.

Schließlich gab es auch bei den Handlungen der Richter zahlreiche Regelwidrigkeiten. Zuerst einmal sind sie unfähig gewesen, die ausstehenden Festnahmen vieler der Verurteilten auszuführen. Auf der anderen Seite haben die Einsprüche gegen ihre Urteile nicht den Zweck erfüllt, für den sie eingesetzt worden waren: die intellektuellen Autoren sind nicht bestraft worden; das Recht, die Wahrheit über die Geschehnisse zu erfahren, ist verweigert worden, weil der mögliche Umfang der Untersuchungen nicht ausgeschöpft worden ist; und sie haben nicht ausgereicht, die Schäden wiedergutzumachen. Darüber hinaus war ihr Verhaltensmuster – in welchem Verletzungen der Prozeßregeln begangen werden, wie die Abwesenheit eines Dolmetschers der indigenen Sprache bei Verhören, das Fehlen einer Unterschrift des Richters bei Erklärungen der Angeklagten oder Mängel in der instruierenden Tätigkeit – in vielen Situationen der häufigste Grund für die Ungültigkeit der Aktivitäten und in der Folge die konsequente Verzögerung eines effektiven juristischen Schutzes.

Auch der Mangel an Unparteilichkeit der öffentlichen Institutionen wird in zahlreichen Daten der von der CCIODH untersuchten Fälle deutlich; und dieser Mangel reicht bis zu den verschiedenen öffentlich verantwortlichen Akteuren der Justizverwaltung. In dieser Weise muß man daran erinnern, daß es z.B. nach dem Massaker in Acteal – allein was die Funktionäre des Staatlichen Rates für Öffentliche Sicherheit anbelangt – Funktionsbesetzungen gab, um den Tatort zu verändern, wobei Beweise verfälscht wurden, und das mit dem einzigen Ziel, die Strafverfolgung bezüglich dieser Geschehnisse zu erschweren. In der gleichen Weise haben Polizei- und Armeefunktionäre eine klare Komplizenschaft mit den Tätern zu erkennen gegeben. Schließlich läßt das selektive Verhaltensmuster der Richter, nämlich die wenigen öffentlichen Bediensteten, gegen die Klage erhoben wurde, trotz der Eindeutigkeit der Beweise freizusprechen, unangebrachte Anweisungen zu geben, die zur Ungültigkeit der Tätigkeiten führen sowie die Nichtumsetzung der Haftbefehle, Zweifel an ihrer Unparteilichkeit aufkommen.

Ein weiteres Mal wurden in den Geschehnissen von El Bosque Zeichen von Parteilichkeit deutlich, zumal die Polizeiaktion in Zusammenarbeit mit den Behörden geschah, die mit der PRI verknüpft sind. Es reicht zu erwähnen, daß im Fall der auf dem Basketballfeld versammelten Festgenommenen ein verummter Bauer, der zur benachbarten Gemeinde Los Plátanos mit PRIstischer Tendenz gehört, zahlreiche auf dem Boden liegende Männer, identifizierte, die dann getrennt, identifiziert und festgenommen wurden

Schließlich sind die unangemessenen Verzögerungen auch eine Konstante in den juristischen Tätigkeiten, womit der Artikel 14.3 c) der IPBPR verletzt wird. So gibt es z.B. im Fall Acteal nach zehn Jahren immer noch offene Fälle; die Prozesse haben sich exzessiv in die Länge gezogen und damit schwerwiegende psychosoziale Folgen bei den Opfern und Angehörigen hervorgerufen; es gibt weiterhin Voruntersuchungen in der Reserve und nicht vollstreckte Haftbefehle, ohne daß die Wahrheit über die Geschehnisse bekannt wird, und ohne daß Maßnahmen ergriffen werden, um den Schaden, der den Überlebenden und den Angehörigen der Todesopfer angetan worden ist, zu kompensieren. Der schwerwiegendste Aspekt dieser Verzögerungen besteht darin, daß sie (siehe voriger Abschnitt) von denselben Richtern provoziert worden sind, welche in ihrer Vorgehensweise, sei es auf vorsätzliche oder fahrlässige Art, die Nichtigkeitserklärungen ihrer Handlungen durch die höheren Gerichte veranlaßt haben.

Die Gründe für die Probleme der Straflosigkeit und der Verletzung des effektiven Rechtsschutzes, die leider immer noch bestehen, liegen sowohl in politischen Strategien als auch in strukturellen Aspekten des juristischen und prozessualen Systems.

Was die ersteren Gründe anbelangt, ist es mittlerweile zum allgemeinen Grundton geworden, daß die Judikative an dem bereits beschriebenen repressiven Verhaltensmuster (siehe Kap. 4) teilhat oder durch die Regierungsbehörden dafür benutzt wird. Über das Handeln der verschiedenen Polizeikörper und in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen zivilen paramilitärischen Gruppen erreicht die Exekutive, daß Strafprozesse initiiert werden, die auf falschen Anklagen und willkürlich – einschließlich unter Folter – eingeholter Beweise beruhen, die zu vielen Staatsbediensteten, die für diesen Mißbrauch verantwortlich sind, nicht strafverfolgt werden. Die verschiedenen Regierungen haben immer wieder gelegentliche symbolische Entscheidungen getroffen, welche aber nicht die Straflosigkeit überwunden haben. Die Sonderstaatsanwaltschaft für die Verbrechen, die im Bezirk Chenalhó begangen wurden, wurde konstituiert mittels der Vereinbarung A/23/97 am 1. April 1998, und wurde zwei Jahre später, am 17. April 2000 mit der Vereinbarung A/010/00 aufgelöst, und zwar ohne die Ziele erreicht zu haben und während durch öffentliche Funktionäre und paramilitärische Gruppen weiterhin Verbrechen begangen wurden.

Die neue Regierung von Juan Sabines hat ebenfalls auf die Bildung einer auf die im Bezirk Acteal begangenen Verbrechen spezialisierte Sonderstaatsanwaltschaft zurückgegriffen, welche – wie wir festgestellt haben – bis heute nicht fähig gewesen ist, irgend einen effektiven Schritt in Richtung der Suche nach der historischen Wahrheit, der Bestrafung der Verantwortlichen und der Entschädigung der Opfer zu gehen. Unter der Regierung des neuen Gouverneurs entwickelt sich weiterhin dasselbe repressive Verhaltensmuster, und zumindest bis zur Redaktion dieses Berichtes hat es keine Fortschritte dabei gegeben, von irgendeinem der Funktionäre juristische Verantwortung zu fordern, die in die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind (illegale Festnahmen, Fälle von Folter, Verletzungen, Tötungsversuche, Rechtsbeugungen...). Während diese Situation sich weiterhin unverändert hält, zeichnet sich auf diese Weise der Rückgriff auf internationale Organisationen und Instrumente als einziger Weg ab, um gegen die Straflosigkeit und für die Herstellung der Gerechtigkeit zu kämpfen.

Auf jeden Fall beruhen die Probleme der Straflosigkeit und des Zuganges zum Recht auch auf strukturellen Gründen des juristischen und prozessualen Systems. Man muß anerkennen, daß die CCIODH in ihren Interviews mit der Regierung von Juan Sabines zeigen konnte, wie auf der Ebene des Bundesstaats ein Reformprozeß initiiert wurde, der – zumindest dem Anschein nach – in eine gute Richtung geht. Nun ist der strukturelle diagnostische Befund aber so schwerwiegend, daß sich dieser Reformprozeß erst am Anfang eines langen zurückzulegenden Weges befindet, um die Gewaltenteilung und den Zugang zu einem effektiven Rechtsschutz wirksam zu machen.

Unter den ersten strukturellen Hindernissen müssen die Defekte in der Organisation der Judikative hervorgehoben werden, welche sie unfähig machen, die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der juristischen Organe gegenüber der Exekutive sicherzustellen, was ein fundamentales Element ist, um einen Rechtsstaat anzuerkennen. Dadurch wird das Recht auf einen „unabhängigen und unparteilichen“ Richter verletzt, das in Artikel 8.1 der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und Artikel 14.1 der IPBPR anerkannt wird. Die Abhängigkeit bezüglich

der Exekutive erklärt sich teilweise aus dem System der Richterernennung, besonders, wenn sie direkt stattfindet, sowie aus anderen Aspekten wie dem Fehlen eines Gesetzes zum Verbot der Häufung öffentlicher Ämter. Aber vor allem aus dem Fehlen eines Systems des Zuganges zur Judikative, das auf transparenten Kriterien des Verdienstes und der Fähigkeit beruht, so daß (im Kontext einer verwurzelten Kultur des Klientelismus und der Vetternwirtschaft) die Wahl ihrer Mitglieder durch parteiliche Interessen erleichtert wird.

Weiterhin aus dem Anklagesystem, welches die Aufklärung und Verfolgung von Verbrechen ausschließlich der Staatsanwaltschaft zuschreibt (Art. 16 und 21 der politischen Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten und Art. 3 des Kodex der Strafverfahren für den Bundesstaat Chiapas). Angesichts des Fehlens der Institution der individuellen Anklage oder der acción popular [eine Art Verfassungsbeschwerde angesichts der Verletzung kollektiver Rechte] ist es die Staatsanwaltschaft, die in ausschließlicher Weise die Geschehnisse abgrenzt, welche für eine Strafverfolgung in Frage kommen, die Bezeichnung der Strafanklage juristisch qualifiziert und deren mögliche Verantwortliche anzeigt. Auf diese Weise hat die Staatsanwaltschaft von vornherein die Geschehnisse – trotz der Beweise – nicht als konstitutiv für internationale Verbrechen eingestuft, noch hat sie in vielen Fällen die Existenz des Vergehens krimineller Vereinigung anerkannt – trotz der offensichtlichen Tatsache, daß die Täter sich im Umfeld paramilitärischer Gruppen organisierten – und noch viel weniger hat sie die Verfahren gegen die eigentlichen militärischen und politischen Verantwortlichen geleitet. In diesem prozeßbezogenen Kontext, wo die Anklage auf den Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft beschränkt bleibt, ist es mehr als evident – aufgrund des Prinzips der Hierarchie und der Unterwerfung unter die Exekutive –, daß man niemals in effektiver Weise die hohen Verantwortlichen dieser Verbrechen verfolgen können. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte hat offen zu erkennen gegeben, daß “die Staatsanwaltschaft in Mexiko als eine innerhalb der Exekutive befindliche Institution aufgefaßt wird. In der Konsequenz wirkt die Autorität des Präsidenten oder des Gouverneurs in die exklusive und ausschließende Ausführung der Bestrafung hinein” (Bericht über die Situation der Menschenrechte in Mexiko 1998, S. 88). Kürzlich wurde der Artikel 21 des Verfassungstextes durch die Hinzufügung eines Absatzes reformiert, in welchem festgelegt wurde, daß “die Beschlüsse der Staatsanwaltschaft über die Nichtausführung und den Verzicht auf eine Bestrafung auf juristischem Wege und gemäß den Bestimmungen, welche das Gesetz festlegt, angefochten werden können”, aber bis zum Datum der Ausarbeitung dieses Berichtes ist diese Vorgabe noch nicht auf legislativer Ebene weiterentwickelt worden, worin sich wieder einmal der Mangel an politischem Willen auf der Seite der Behörden und der öffentlichen Macht zeigt, die Strafverfolgung von Verbrechen zu erleichtern.

Drittens werden diese Menschenrechtsverletzungen durch verschiedene verfahrensbezogene Institutionen erleichtert, unter denen besonders der “*arraigo*” hervorgehoben zu werden verdient, eine Einrichtung, welche ohne juristische Kontrolle von Seiten der Verwaltungsbehörde eine Festnahme für 30 Tage, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere 30 Tage mit juristischer Autorisierung, ermöglicht. Diese Festnahme erfolgt als Präventivmaßnahme, ohne Schuldzuweisungen, sondern gerade um solche zu finden. Die CCIODH hat zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen die Staatsanwaltschaft dem so Festgenommenen den Zugang zur Familie, zum Rechtsanwalt und zur medizinischen Betreuung verwehrt hat. Diese Situation fördert den Gebrauch von Folter, Einschüchterung und Zwang, um den so Festgenommenen unter Druck zu setzen und Geständnisse aus ihm herauszupressen, wobei – allgemein – die grundlegenden Normen, um einen gerechten Gerichtsvorgang zu sichern, und – konkret – das Recht jeder festgenommenen oder festgehaltenen Person, unverzüglich vor einen Richter gebracht zu werden, verletzt werden; dies sind Rechte, welche im Art. 7.5 der CIDH anerkannt sind. Zum zweiten fördert diese Situation, daß man sich nicht an Grenzen der Untersuchungshaft hält, ein Aspekt, der das Recht auf einen Gerichtsprozeß innerhalb eines angemessenen Zeitraumes bzw. auf Freilassung verletzt, ein Recht, das durch den Art. 9.3. der IPBPR anerkannt ist. Drittens fördert sie, daß ein Schnellverfahren ohne Recht auf eine zweite Instanz für dringende und offenkundige (bzw. in-flagranti-) Fälle vorgesehen ist, eine Festlegung, die gegen das Recht verstößt, gegen das Urteil vor einem Richter oder höheren Gericht Beschwerde einzulegen, ein Recht, das im Art. 8.2 h) der CIDH und 14.5 der IPBPR anerkannt ist, welche beide von Mexiko unterzeichnet sind. Das ist besonders alarmierend in einem Zusammenhang, wo die Rechtsprechung von In- spricht, wenn der mutmaßliche Täter in einem Zeitraum von 24 Stunden nach dem begangenen Verbrechen festgenommen wird.

Schließlich wäre es auch notwendig, das allgemeine Strafrecht zu reformieren. Eine der Empfehlungen der CIDH in ihrem Bericht von 1998 bestand darin, eine Reform der mexikanischen Strafgesetzgebung in Angriff zu nehmen, dergestalt, daß in dieser die Definition des Verbrechens der Vertreibung von Menschen eingefügt würde. Angesichts des Ausmaßes des Konflikts mit Tausenden von Vertriebenen ist es inkonsequent, daß die Vertreibung immer noch keine Straftat ist. Wenn es zu den entsprechenden Taten kommt, kann das Recht den Tätern nur das Vergehen der Drohungen

anlasten. Dabei muß man hervorheben, daß dieses Vergehen als geringfügig angesehen wird und der Verurteilte durch die einfache Zahlung einer Geldstrafe vom Gefängnis verschont bleibt. Andererseits wäre es notwendig, den Strafkodex durchzusehen, um Verbrechensdefinitionen wie die Anstiftung zur Gewalt zu beseitigen. Diese Definition rechtfertigt sich nicht aus dem Prinzip der Schädigung, denn sie beschreibt Verhaltensweisen, die weit von der Verletzung oder Gefährdung rechtlicher Güter entfernt sind. Außerdem werden in deren Redaktion die Prinzipien juristischer Selbstbegrenzung und Sicherheit verletzt. Ihre praktische Anwendung hat gezeigt, wie ihre Mehrdeutigkeit als Instrument zur Repression sozialer Bewegungen benutzt wird.

9.2.1. Politische Gefangene und Gefangene aus Gewissensgründen

Die CCIODH hat festgestellt, daß es in chiapanekischen Gefängnissen politische Gefangene gibt. Bei diesem Besuch wurden Dutzende von Fällen von Personen berichtet, die ausschließlich wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder politischen Organisation der Freiheit beraubt waren. Bezüglich dieser Gruppe fällt besonders auf, daß Personen wegen der bloßen Tatsache der Freiheit beraubt wurden, daß sie sich als zapatistische Unterstützungsbasis erklärt hatten, weil sie ein bestimmtes Amt im Bezirk innehatten oder zu indigenen Organisationen gehörten, die mit politischen oder wirtschaftlichen Interessen von Gruppen konfrontiert sind, welche politischen Parteien nahestehen.

Diese Situation bedeutet eine schwerste Verletzung der durch Mexiko unterschriebenen internationalen Verträge insofern, als daß es Situationen willkürlicher Festnahme und Haft sind, welche – unter vielen Verfügungen – durch den Art. 9.1. der IPBPR geächtet werden. Dieser Artikel ist darauf gerichtet, sicherzustellen, daß niemand seiner / ihrer Freiheit beraubt werden kann, außer durch Gründe, die im Gesetz verankert sind und gemäß der festgelegten Vorgehensweise. Diese Freiheitsberaubungen aus ideologischen Motiven bedeuten eine offenkundige Verletzung der Denk- und Gewissensfreiheit (Art. 18 der IPBPR) und einen Bruch mit der Vorschrift, daß niemand aufgrund seiner/ihrer Meinungen belästigt werden darf (Art. 19 der IPBPR).

Insofern in vielen der dokumentierten Fälle Menschen einzig und allein deshalb der Freiheit beraubt wurden, weil sie Teil bestimmter Kollektive waren, wird ein Recht, das jede Person hat, verletzt, nämlich sich frei mit andern zu verbinden (Art. 22 der IPBPR). Diese kollektive Dimension darf nicht unterschätzt werden, da sie das fundamentale Wesen des demokratischen Staates betrifft: die politische Partizipation; aber auch, weil die ungerechte Freiheitsberaubung ihrer Mitglieder von den Organisationen als das wichtigste Element der Konfrontation erlebt wird, worauf sich viele ihrer Kräfte und politischen Mobilisationen konzentrieren.

Die neue Regierung von Juan Sabines hat diese Realität anerkannt und einen Versuch gemacht, diese ungerechte Situation zu lösen, indem nach dem Ergebnis der Arbeit der am 17. März eingerichteten Versöhnungskommission zwischen März und April 2008 167 Personen (laut der Version der Regierung von Chiapas) freigelassen wurden. Die Versöhnungskommission hatte sich dazu verpflichtet, etwa 300 Fälle innerhalb eines Monats durchzuarbeiten. Mit dieser Geste hat ein guter Weg begonnen, der sich bis zur völligen Freilassung all derer Personen, die immer noch ungerechterweise eingesperrt sind, und bis zu deren Reparation für das nichtkorrekte Funktionieren der Justizverwaltung fortsetzen muß. Es ist aber wichtig hervorzuheben, daß in der Mehrheit der Fälle diese Entlassungen die Anerkennung der Schuld für Verbrechen, die sie nicht begangen haben, voraussetzen. Alle diese Maßnahmen sind sehr wichtig nicht nur für die Umsetzung des Rechts, was an sich schon löblich ist, sondern auch angesichts der psychosozialen Folgen der Freiheitsberaubungen für die Familien und die Organisationen selber, um die Mindestvoraussetzungen für eine richtige Überwindung des Konfliktes zu erfüllen.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, die repressive Vorgehensweise, die zu dieser Situation geführt hat, zu abzubauen, indem die Komplizenschaften zwischen zivilen Gruppen und öffentlichen Funktionären beendet und die strafrechtliche Verantwortung bezüglich vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Vergehen eingefordert werden. Trotz der Erklärungen der neuen Regierung, welche diese Praktiken ihren Vorgängern zuspricht, hat die CCIODH fünf Fälle der Inhaftierung politischer Gefangener während der Regierungszeit von Juan Sabines dokumentiert.

In einem anderen Aspekt – jenseits des strikten Themas der politischen Gefangenen – hat die CCIODH zeigen können, daß die in den Gefängnissen in Chiapas herrschende Praxis weit davon entfernt ist, die minimalen Regeln für die Behandlung der Häftlinge bezüglich "Unterbringung", "Kleidung und Bettzeug", "Gesundheitsfürsorge", "Zwangsmittel" und "Verkehr mit der Außenwelt" zu

respektieren, wie sie vom Ersten UN-Kongreß für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege angenommen wurden, der 1955 in Genf stattfand. Verbesserungen in diesen Bereichen sind dringend notwendig, um die von Mexiko eingegangene internationale Verpflichtung umfassend umzusetzen, in der zugesichert wird, daß *“jeder, dem seine Freiheit entzogen ist, [...] menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt werden”* muß (Art. 10.1 der IPBPR). Die neue Regierung hat zwar mit einem Prozeß der Gefängnisreformen angefangen, der sogar den Bau neuer und modernerer Zentren vorsieht. Aber es ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, um die gegenwärtigen schweren Mängel zu beheben.

10. Schlußfolgerungen und Empfehlungen bezüglich des Bundesstaats Chiapas

Schlußfolgerungen

1. Zehn Jahre nach dem Massaker von Acteal bleibt die Situation in Chiapas von einer tiefgreifenden Dynamik der Ungleichheit und des Ausschlusses geprägt. Diese Dynamik betrifft den größten Teil der Bevölkerung, besonders stark aber die Frauen und die indigene Landbevölkerung.

Die mächtigen Hindernisse für den Zugang zur Grundversorgung bestehen vor dem Hintergrund der verschiedenen festgestellten schweren Menschenrechtsverletzungen. Diese Schwierigkeiten beeinträchtigen wesentlich den Landbesitz, den Zugang zu Wasser, Energie und Biodiversität in ihrer Gesamtheit. Die ungleiche und unzureichende Befriedigung der Grundleistungen auf dem Gebiet der Bildung und Gesundheit, zusammen mit anderen Verletzungen fundamentaler sozialer und kultureller Rechte, tragen gleichfalls zur besorgniserregenden Situation der Menschenrechte in der Region bei.

... 2. Angesichts dieser Schwierigkeiten des Zugangs zu grundlegenden Ressourcen und Dienstleistungen gibt es weiterhin eine große soziale Mobilisierung, die alternative Lebensmodelle aufbaut, wobei die Autonomieerfahrungen der Zapatisten eine besondere Rolle spielen. Diese Prozesse stehen den Plänen der Regierung, sowohl auf nationaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene, offen entgegen, die versuchen, ein neoliberales Entwicklungsmodell durchzusetzen, das auf Raub, Privatisierung und Vermarktung der Grundressourcen wie Land, Wasser oder Biodiversität beruht.

Vierzehn Jahre nach dem zapatistischen Aufstand ist die Autonomie mehr als eine Forderung, sie ist vor allem eine Praxis und auch ein Raum des Streits zwischen der Staatsmacht und der indigenen Ermächtigung (empoderamiento). Deshalb geht es bei vielen Konflikten mit indigenen Gemeinden und besonders mit den Zapatisten letztlich um diesen Kampf um die Festigung der Autonomie.

Die Fortschritte und die Legitimität der indigenen Autonomieerfahrungen haben nicht dazu gedient, daß die nationale Regierung auf diesem Gebiet durch den Dialog und unter Einhaltung der Abkommen von San Andrés, der Konvention 169 der ILO und der universellen Erklärung der Rechte indigener Völker durch die UNO voranschreitet. Weit davon entfernt, setzt sie auf die Konsolidierung einer neoliberalen Entwicklung, die mit den Hoffnungen und Notwendigkeiten der Völker zusammenstößt und kolonialistische Schemata reproduziert.

... 3. Das Fehlen einer Lösung des Agrarproblems ist weiterhin eines der Haupthindernisse für den Fortschritt im Bereich der Menschenrechte. Das Andauern von Praktiken des lokalen Klientelismus und des Kazikentums, der Aufstandsbekämpfung, sowie der Kampf um die geostrategische Kontrolle zur ökonomischen Ausnutzung der Ressourcen steckt hinter der Abwesenheit des politischen Willens, der eine Dialoglösung der Konflikte um den Landzugang wirklich als Priorität ansieht.

Die Programme zur Vergabe von Landtiteln haben, statt ihr erklärtes Ziel der Eigentumssicherheit zu erreichen, unregelmäßige Prozesse des Landverkaufs favorisiert, die ländliche Verarmung vergrößert, wodurch die Emigration gefördert und die Spaltungen im Bundesstaat vertieft wurden. Das wirkliche Ziel solcher Programme ist weiterhin, den Boden zu bereiten für eine "vom Markt unterstützte Agrarreform", das heißt, die den Forderungen eines auf der Angleichung der Produktionsweisen basierenden Wirtschaftssystems gerecht wird, das auf Agrarexporte orientiert ist und das langsame Verschwinden der Bauern mit sich bringt.

Besonders besorgniserregend sind die Politik der Vertreibungen aus Umweltschutzgründen und die gewaltsamen Umsiedlungen von Bevölkerungen, die in der Umgebung von Naturschutzgebieten leben. In diesem Sinn hält es die CCIODH für nötig, vor den Gefahren von Initiativen wie der der COCOPA zu warnen, die den Weg für eine Zustimmung zu einem Gesetz öffnen will, das unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die Verfahrensweisen zur Enteignungen indigener Gemeinden regeln soll. Die Erfahrung zeigt, daß solche Festlegungen eher zur Verstärkung und Erweiterung solcher Verfahrensweisen als zum Schutz der Betroffenen führt.

... 4. Die Agrarkonflikte werden weiterhin als Streitigkeiten zwischen Gemeinden dargestellt, die ihre Ursache in der Knappheit des verfügbaren Landes haben. Hinter dieser Darstellung steht der Versuch, die Verantwortung der verschiedenen nationalen und bundesstaatlichen Regierungen bei der Schaffung wie auch bei der Konsolidierung solcher Streitigkeiten zu vertuschen. Die Priorität der Behörden liegt weiterhin bei der Durchsetzung einer Politik, die bessere Bedingungen für die Einführung eines ländlichen Entwicklungsmodells schafft, das das Land und die natürlichen

Ressourcen zur Ware macht und in den Markt eingliedert. In diesem Kontext werden die indigenen Autonomieerfahrungen, die den Versuch territorialer Kontrolle beinhalten, als inkompatibel Vorschläge gesehen, die kontrolliert und wenn möglich ausgeschaltet werden müssen. Von daher wird die öffentliche Politik zu einem Mechanismus, der die Formen sozialen Protests schwächt und versucht, Spaltungen zwischen und in die verschiedenen Gemeinden zu treiben.

... 5. Neben der Politik, die die indigenen Gemeinden im Widerstand und generell alle Bewegungen, die mit ihren Forderungen zu einer Bedrohung der herrschenden Interessen werden könnten, zu spalten und zu schwächen sucht, muß man von der Politik einer Kontrolle und Unterdrückung der kollektiven Bewegungen sprechen, die die Menschenrechte offen unterdrückt. Besonders beunruhigend ist die immer wiederkehrende Haltung der öffentlichen Bediensteten, die aufgrund falscher Anschuldigungen willkürliche Verhaftungen vornehmen, durch Mißhandlungen und Folter Geständnisse erpressen oder einfach einschüchtern und diese Geständnisse als Beweismittel in den Prozessen anerkennen. Dieses Modell, das die Untersuchungshaft systematisch als Vorbeugungsmaßnahme nutzt und im allgemeinen mit langen Jahren im Gefängnis endet, dient der Verfolgung von Mitgliedern sozialer Organisationen und als Instrument der Aufstandsbekämpfung, in dem zudem Privatpersonen mit stillschweigendem Einverständnis der Behörden agieren.

... 6. Seit unseren ersten Berichten haben wir immer wieder auf die Existenz paramilitärischer Gruppen hingewiesen und ihre Auflösung, Entwaffnung und Bestrafung ihrer Mitglieder empfohlen. Bedauerlicherweise nehmen wir nach wie vor die Präsenz dieser Gruppen sowie ihre Verbindungen zu Agenten der öffentlichen Sicherheit wahr. In einigen geographischen Gebieten haben ihre Aktivitäten sogar zugenommen. Die CCIODH hat verschiedene Zeugenaussagen gesammelt, die alle auf die OPDDIC als in dieser paramilitärischen und parapolizeilichen Logik handelnde Gruppe verweisen. Es ist außerdem besorgniserregend, daß diese Vorfälle weiterhin als Konflikte zwischen Gemeinden behandelt werden, wie es auch schon mit dem Massaker von Acteal geschah.

... 7. Wie schon in früheren Berichten festgestellt wurde, verstärkt die Militärpräsenz in der Zone den Konflikt. Die weitere Anwesenheit einer solchen Menge Militär ist unverhältnismäßig und deshalb ungerechtfertigt. Die CCIODH hat wieder einmal aufgezeigt, wie das Schema der Repression und Feindseligkeiten gegenüber sozialen Bewegungen, die Forderungen aufstellen, sich nicht nur auf die verschiedenen Organe der lokalen und nationalen Polizei bezieht. Zusammen mit ihnen muß man die Rolle des immer aktiveren mexikanischen Militärs erwähnen. Einer der wichtigsten Punkte der aktuellen Regierung besteht in der Stärkung der Rolle des Militärs bei der Verfolgung des Drogenhandels, des Waffenschmuggels sowie bei der Kontrolle der Grenzen. Im Fall von Chiapas wurden solche Gründe als Rechtfertigung für die weitere unverhältnismäßige Anwesenheit zu einem Zeitpunkt, wo der von der EZLN betriebene bewaffnete Aufstand kein ausreichender Grund mehr ist, benutzt. Die CCIODH hat wie schon bei ihren früheren Besuchen viele Klage über die großen Auswirkungen dieser Präsenz auf das Alltagsleben der indigenen und bäuerlichen Gemeinden erhalten.

... 8. Hinter der Verallgemeinerung dieses Verhaltens findet sich die fortgesetzte Strafflosigkeit der Staatsbediensteten. Der erste Besuch hatte eine Reaktion der Zivilgesellschaft auf das Massaker von Acteal zum Ziel. Gegenwärtig – zehn Jahre danach – können wir bekräftigen, daß die Strafflosigkeit weitergeht. Die Einsetzung einer speziellen Staatsanwaltschaft für den Fall Acteal durch die neue Regierung hat zu keinem wesentlichen Fortschritt in der Sache geführt. Die Verhaftung von bereits in dieser Sache verurteilten Personen, die Neuüberprüfung der bereits eingesetzten Verwaltungssanktionen oder die Unterzeichnung von Vereinbarungen mit der Gemeinde ohne den wahren Hergang der Vorfälle anzuerkennen, sind politische Akte von rein symbolischem Charakter, unfähig, Gerechtigkeit zu schaffen oder den Konflikt zu überwinden.

Die CCIODH weist darauf hin, daß gegenwärtig nach wie vor die Straffreiheit von Personen aus dem öffentlichen Dienst die Regel ist. Diese Tatsache fördert in keinerlei Hinsicht das Vertrauen in das Rechtssystem, noch zeugt es von einem besseren Umfeld für den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen. Trotz einiger Gesten guten Willens durch das neue Regierungsteam, ist es in dieser Hinsicht zu keinerlei Verbesserungen gekommen.

... 9. Die CCIODH hat zahlreiche Unregelmäßigkeiten im Funktionieren des Rechtssystems entdeckt, die durch den Mangel an Unabhängigkeit, Effizienz und Unparteilichkeit der juristischen Macht hervorgerufen werden, welche dieses als Teilhaber an dem Modell der Reaktion gegenüber den sozialen Organisationen und besonders gegen indigene Personen und Gemeinden erscheinen lassen, denen gegenüber die Schutzlosigkeit und das Fehlen von Gerechtigkeit weiterhin die Regel ist.

Empfehlungen

... 1. Die Ausweitung und Demokratisierung des Zugangs zu elementaren Ressourcen und Dienstleistungen bildet den Ausgangspunkt jedweden Fortschritts hinsichtlich der Anwendung der Menschenrechte in Chiapas. Deshalb sollte der Weg der neoliberalen Politik verlassen werden, die zu einem restriktiven und privatisierten Zugang zu den Basisressourcen führt und die sich außerdem nicht als ökologisch und sozial nachhaltig erwiesen hat.

... 2. Die Staatsgewalt muß die autonomen Prozesse der indigenen Völker und Gemeinden respektieren, da sie ihre Fähigkeit, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, bewiesen haben. In diesem Sinn ist es unaufschiebbar, den durch die Verfassungsreform von 2001 abgeschnittenen Weg des Dialogs wiederzueröffnen. Die Vereinbarungen von San Andrés müssen als Basis für einen Dialog genommen werden, der darüber hinaus die von Mexiko unterzeichneten internationalen Texte wie die Konvention 169 der ILO und die Universelle Deklaration der Rechte Indigener Völker der Vereinten Nationen als Ausgangspunkt hat.

An jeder Gesetzes- und Verfassungsreform sowohl auf nationaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene müssen die indigenen Völker direkt beteiligt sein und als Subjekte, nicht als Objekte der Regelungen anerkannt werden. Jedes Regierungsprogramm der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung muß sich vom Ziel der Spaltung und Schwächung der sozialen Netzwerke und der ihre Rechte einfordernden Bewegungen fernhalten und statt dessen direkt mit den betroffenen sozialen Sektoren einen Konsens suchen. Wenn solche Programme die indigenen Völker betreffen, muß notwendigerweise ihre vorherige, freie und informierte Zustimmung eingeholt werden, wie die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker verlangt.

... 3. Die nationalen und bundesstaatlichen Behörden müssen einen klaren politischen Willen demonstrieren, durch Dialog die Konflikte um den Zugang zu Land zu lösen. Dieser Wille muß ausgehen von der Anerkennung der Agrarreform, die der zapatistische Aufstand von 1994 faktisch gebracht hat, und durch den sowohl zapatistische als auch nichtzapatistische indigene und bäuerliche Gemeinden Zugang zu Land bekommen haben.

... 4. Die Praxis der Nutzung des Strafsystems, um die sozialen Bewegungen und Organisationen zu kriminalisieren, muß beendet werden. In diesem Sinn reicht ein Wechsel der politischen Praxis nicht aus. Es ist notwendig, strukturelle Reformen einzuführen, die helfen, diesen Situationen vorzubeugen, indem Rechtsreformen eingeführt werden. Dazu gehört die Abschaffung von Delikten, die wie die "Aufstachelung zur Gewalt" aufgrund ihrer Unbestimmtheit zur Unterdrückung genutzt werden können, sowie des polemischen Begriffs des "arraigo"; die Dauer der erlaubten Untersuchungshaft muß verkürzt werden.

Die positive Praxis der Freilassung von Gefangenen muß fortgesetzt und durch die Wiedergutmachung für jeden ungerechtfertigten Freiheitsentzug erweitert werden.

... 5. Es ist eine unaufschiebbare Aufgabe, Mechanismen zu etablieren, die es erlauben, das Handeln der verschiedenen Polizeiorgane zu kontrollieren, um die häufige Praxis der Verfolgung und Bedrängung der Mitglieder sozialer Organisationen und indigener Gemeinden zu unterbinden. Zu diesen notwendigen Mechanismen gehören Rechtsreformen, die z.B. den Straftatbestand der Folter gemäß den Kriterien der Anti-Folter-Konvention einführen.

Gleichfalls muß es politische Anweisungen geben, die die Anwendung von angemessenen Disziplinarmaßnahmen und Haftstrafen in Fällen von Machtmißbrauch, Folter, Mißhandlungen, Verletzung des Prinzips der Unschuldsvermutung, falschen Anschuldigungen, Gefängniseinweisungen, in die Staatsbedienstete jeglicher Art (Polizisten, Pflichtverteidiger, Richter, Gefängnisdirektoren etc.) durch Handeln oder Unterlassung verwickelt sind, sicherstellen.

... 6. Es ist unaufschiebbar, die Entmilitarisierung des Gebiets zu beginnen. Die Militärpräsenz muß unbedingt auf die in der Verfassung festgeschriebenen Funktionen begrenzt werden, wobei um jeden Preis Auswirkungen auf das Gemeindeleben vermieden werden müssen. Es muß definitiv zur Entwaffnung und Auflösung aller noch im Bundesstaat vorhandenen paramilitärischen Gruppen sowie zur juristischen Verfolgung ihrer Mitglieder und höchsten materiell und intellektuell Verantwortlichen und der Säuberung der politischen Verantwortlichkeiten übergegangen werden.

... 7. Die Staatsgewalt muß sich unverzüglich und in überzeugender Art und Weise dem Kampf gegen die Straflosigkeit widmen. Zu diesem Zweck ist die Einführung von Gesetzesreformen notwendig. Unter anderem empfehlen wir die Möglichkeit von Privatpersonen als Klägern im Strafprozeß sowie die Schaffung einer juristischen Kontrollinstanz der Gefängnisverwaltung, die über die Respektierung

der Grundrechte der Gefangenen und die Rechtmäßigkeit der Haft wacht. In jedem Fall ist eine politische Entschlossenheit notwendig, um das Phänomen der Straflosigkeit zu beenden.

••• 8. Dringend muß eine Strukturreform des Systems der Rechtsprechung auf den Weg gebracht werden, welche die wirkliche Zugänglichkeit des Rechtswesens, seine Unparteilichkeit und die Gültigkeit aller grundlegenden Bürgerrechte garantiert. Ein System der qualitativen und unabhängigen Pflichtverteidigung unter professionellen ethischen Kriterien muß sichergestellt werden, ebenso die Anwesenheit von Übersetzern des Vertrauens, welche die linguistischen Rechte der indigenen Personen garantieren und erlauben, daß die Opfer von Straftaten als Partei an den rechtlichen Prozessen teilhaben können, wodurch das Monopol der Staatsanwaltschaft verlassen und somit deren Parteilichkeit vermieden wird.

Besonders wichtig ist es, die Einmischung der Exekutive in die Rechtsprechung zu vermeiden und so die Gewaltenteilung zu sichern. Auf diesem Gebiet reicht es nicht aus, die Rechtskultur des Klientelismus zu verändern. Es ist notwendig, institutionelle Reformen voranzubringen, die einen Zugang zur Judikative garantieren, der auf unabhängigen Kriterien der Verdienste und Fähigkeiten basiert; ein System in dem die Häufung öffentlicher Ämter verhindert wird, sowie eine Reform des aktuellen Systems der Strafprozesse hin zu einem überwiegend mündlichen, mit einem öffentlichen Verfahren vor der Festsetzung des Urteils.

••• 9. Über die Verbesserung des Zugangs zur Justiz und bei der Rechtsprechung muß berücksichtigt werden, daß Umsetzung der Gerechtigkeit ein notwendiges Element ist, um ein historisches Gedächtnis des Konflikts zu schaffen. Nur durch die Anerkennung der Wahrheit kann die Basis für die Entschädigung der Betroffenen und die Lösung aus dem Konflikt resultierenden der psychosozialen Probleme geschaffen werden. Dies bezieht sich besonders auf das Massaker von Acteal, bei dem die Säuberung der sowohl materiell als auch intellektuell juristisch und politisch Verantwortlichen immer noch aussteht. Aber darüber hinaus geht es auch um den globalen Kontext des Konflikts, der Feindseligkeiten und Verletzungen der Menschenrechte, der ein Zusammenleben infrage stellt, das weiterhin auf Ausschluß und Ungleichheit basiert, deren Hauptbetroffene die indigenen Völker und die Frauen sind.